

Landtag Rheinland-Pfalz
15. Wahlperiode

Plenarprotokoll 15/89

89. Sitzung

Mittwoch, den 26. Mai 2010

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

"Auswirkungen des Sonderweges zur Hochschulfinanzierung auf die Haushaltslage in Rheinland-Pfalz" auf Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/4573 –	5306
"Stabilisierung des Euro und Regulierung der Finanzmärkte – Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz" auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4591 –	5313
"Defizite bei der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz" auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/4598 –	5327

Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Wahlen

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Kommission beim Landesbeauftragten für den Datenschutz Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4585 –	5334
--	------

Der Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4585 – wird einstimmig angenommen. 5334

Wahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4586 –	5334
--	------

Der Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4586 – wird einstimmig angenommen. 5335

**Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Landtags
in den Interregionalen Parlamentarier-Rat
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/4587 – 5335

*Der Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4587 – wird einstimmig
angenommen. 5335*

**Wahl eines Mitglieds des Landtags in den Richterwahlausschuss
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 15/4588 – 5335

*Der Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4588 – wird einstimmig
angenommen. 5335*

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU**

– Drucksache 15/4126 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Jugend
– Drucksache 15/4528 – 5335

Beitragsfreiheit für Zweijährige in Kindertagesstätten

Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/4209 –

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Jugend
– Drucksache 15/4529 – 5335

**Bildungs- und Betreuungsangebote gleich behandeln – Wahlfreiheit
durch Gutscheine schaffen**

Antrag der Fraktion der FDP – EntschlieÙung –

– Drucksache 15/4236 –

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Jugend
– Drucksache 15/4530 – 5335

Die Tagesordnungspunkte 3 bis 5 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

*Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 15/4126 – wird in zweiter
Beratung mit Mehrheit abgelehnt. 5344*

*Der EntschlieÙungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/4236 – wird mit
Mehrheit abgelehnt. 5344*

*Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4209 – wird mit Mehrheit
angenommen. 5344*

Landesgesetz zu dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/4392 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
 – Drucksache 15/4594 – 5345

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4392 – wird in zweiter
 Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 5345*

...tes Landesgesetz zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/4455 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
 – Drucksache 15/4595 – 5345

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4455 – wird in zweiter
 Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 5345*

...tes Rechtsbereinigungsgesetz
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/4456 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
 – Drucksache 15/4596 – 5346

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4456 – wird in zweiter
 Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 5346*

...tes Landesgesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
 – Drucksache 15/4495 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
 – Drucksache 15/4597 – 5346

*Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 15/4495 – wird in zweiter
 Beratung mit Mehrheit abgelehnt. 5351*

...tes Landesgesetz zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/4547 –
Erste Beratung 5352

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4547 – wird an den
 Rechtsausschuss überwiesen. 5352*

Jahresbericht 2009**Besprechung des Berichts des Bürgerbeauftragten (Drucksache 15/4357)
auf Antrag der Fraktion der CDU**

– Drucksache 15/4384 – 5352

Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 112 GOLT 5352

Die Tagesordnungspunkte 11 und 12 werden gemeinsam aufgerufen.

*Der Bericht des Petitionsausschusses wird von dem Vorsitzenden des Petitionsaus-
schusses, Herrn Abg. Peter Wilhelm Dröscher, abgegeben. 5352*

Die Tagesordnungspunkte sind jeweils mit ihrer Besprechung erledigt. 5356

Tagesordnungspunkt 24 wird abgesetzt. 5306

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering, Dr. Carsten Kühl; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Josef Dötsch, Petra Elsner, Dr. Adolf Weiland; die Staatssekretäre Prof. Dr. Siegfried Englert, Vera Reiß.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:	5314, 5348
Abg. Dr. Enders, CDU:	5327
Abg. Dr. Krell, SPD:	5307
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	5324, 5333
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	5329, 5334
Abg. Dr. Wilke, CDU:	5345, 5346, 5349
Abg. Dröscher, SPD:	5352
Abg. Eymael, FDP:	5350
Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:	5328, 5333
Abg. Frau Dickes, CDU:	5342
Abg. Frau Hayn, CDU:	5335
Abg. Frau Meurer, CDU:	5353
Abg. Frau Morsblech, FDP:	5335, 5338, 5343
Abg. Frau Raab, SPD:	5336, 5343
Abg. Frau Wagner, FDP:	5356
Abg. Hartloff, SPD:	5350
Abg. Hoch, SPD:	5346, 5348, 5349, 5350
Abg. Mertin, FDP:	5306, 5310, 5316, 5325, 5351
Abg. Puchtler, SPD:	5311
Abg. Ramsauer, SPD:	5313, 5323
Abg. Schneiders, CDU:	5346
Abg. Schreiner, CDU:	5308, 5311, 5345
Abg. Wansch, SPD:	5354
Beck, Ministerpräsident:	5317
Dr. Kühl, Minister der Finanzen:	5309
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:	5312, 5340, 5344
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:	5330
Präsident Mertes:	5306, 5307, 5308, 5309, 5310, 5311, 5312, 5313
Vizepräsident Bauckhage:	5338, 5340, 5342, 5343, 5344, 5345, 5346, 5348, 5349
	5350, 5351, 5353, 5354, 5356
Vizepräsident Schnabel:	5325, 5327, 5328, 5329, 5330, 5333, 5334, 5335, 5336
Vizepräsidentin Frau Klamm:	5314, 5316, 5317, 5323, 5324

89. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 26. Mai 2010

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Ich begrüße Sie herzlich zur 89. Sitzung des rheinland-pfälzischen Landtags in Mainz.

Frau Wagner und Herr Langner werden mich bei der Sitzungsleitung unterstützen.

Entschuldigt sind die Kollegen Dötsch, Elsner und Dr. Weiland sowie Staatssekretär Professor Dr. Englert und Staatssekretärin Reiß.

Am 14. Mai hatten wir den Geburtstag des Kollegen Gerd Schreiner zu feiern. Lieber Herr Schreiner, zu Ihrem runden Geburtstag, dem 40. Geburtstag – das darf man noch sagen –, wünsche ich Ihnen alles Gute, Gesundheit und ein gutes neues Lebensjahrzehnt.

(Beifall im Hause)

Lassen Sie mich, bevor ich die Tagesordnung aufrufe, die Senioren aus Steinefrenz/Weroth und Mitglieder des SPD-Stadtverbands Betzdorf begrüßen. Seien Sie willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Zu den Tagesordnungspunkten 6, 7, 8 und 9 ist zu sagen, dass die Beschlussempfehlungen am Dienstag, den 25. Mai 2010, verteilt worden sind. Mit der Feststellung der Tagesordnung ist gleichzeitig die Frist zwischen der Verteilung der Beschlussempfehlung und der Beratung abzukürzen. Gibt es dagegen Einwände? – Dann können wir so verfahren.

Darüber hinaus haben die Fraktionen vereinbart, den Tagesordnungspunkt 20 abzusetzen.

Gibt es weitere Hinweise zur Tagesordnung?

(Eymael, FDP: 24!)

– Habe ich die falsche Zahl genannt? Es handelt sich um Punkt 24 der Tagesordnung.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

**„Auswirkungen des Sonderweges zur Hochschulfinanzierung auf die Haushaltslage in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/4573 –**

Herr Kollege Mertin, Sie haben das Wort.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir konnten den Medien entnehmen – inzwischen liegt auch ein entsprechender Gesetzentwurf vor –, dass ein Sonderfonds gebildet werden soll. Dem liegt zugrunde, dass zwischen Bund und Ländern verabredet worden ist, den Hochschulen für zusätzlich aufgenommene Studierende entsprechende Zuwendungen in den nächsten Jahren zukommen zu lassen. An dieser Verabredung wollen wir in keiner Weise rütteln. Es geht also nicht darum, ob eine solche Zuwendung gegeben wird, sondern es geht uns hauptsächlich darum, wie das abgewickelt wird.

(Beifall der FDP)

Das Wie ist deshalb interessant, weil andere Bundesländer das im Rahmen des jeweiligen Haushaltsplans abwickeln werden, so wie das eigentlich üblich ist. Das tun wir nicht. Sie sagen, Sie wollen den Hochschulen Planungssicherheit gewähren – das ist sicherlich ein wichtiger Grund –, aber Sie sagen mit dem Sonderfonds, den Sie heute bilden, irgendwo zwischen den Zeilen auch – für meine Fraktion will ich dem widersprechen –, dass andere, wenn sie im nächsten Jahr nach der Wahl an die Regierung kämen, diese Zusagen unter Umständen nicht einhalten würden. Das nehme ich für meine Fraktion ausdrücklich zum Anlass, dem zu widersprechen. Wir würden diese Zulagen und Zusagen zugunsten der Hochschulen einhalten.

(Beifall der FDP)

Aus diesem Grund bedarf es für uns eines solchen Fonds nicht.

Dieser Fonds ist aber deshalb von Interesse, weil er natürlich haushaltsrechtlich eine kleine Besonderheit hat. Er hat eine Besonderheit, über die wir schon an anderer Stelle in diesem Haus gesprochen haben. Schon damals habe ich ein Beispiel gebildet, das heute wieder passt. Sie ziehen nämlich Ausgaben, die in späteren Jahren fällig werden, haushaltstechnisch vor.

Das ist nichts anderes als das Beispiel, das ich damals auch genannt habe, nämlich dass ein Schuldner, nachdem er von der Schuldnerberatung dahin gehend beraten worden ist, künftig vielleicht nicht mehr sein Konto zu überziehen, im Dezember feststellt, dass er im nächsten Jahr noch eine Ausgabe haben wird, wie zum Beispiel neue Reifen für das Auto, und dann noch schnell im Dezember das Konto überzieht, damit er die im Februar vom Spargbuch, auf das er das Geld einzahlt, bezahlen und dann sagen kann: Mein Konto habe ich nicht überzogen. –

(Beifall der FDP)

Genau das machen Sie in diesem Fall, auch wenn das haushaltstechnisch etwas anders abgewickelt wird, aber Vergleiche sind nicht immer treffgenau. In der Sache ist das aber nichts anderes.

(Hartloff, SPD: Neue Reifen fahren gut!)

– Herr Kollege, mich stört an dieser Stelle, dass wir vorhin ausführlich über die einzuführende Schuldenbremse gesprochen haben. Die Schuldenbremse besagt nichts anderes, als dass wir in den nächsten Haushaltsjahren entsprechend sparsam wirtschaften sollen. Das heißt, Ausgaben, die dann fällig werden, müssen diesen neuen Sparzwängen unterworfen werden. Mit dem, was Sie jetzt machen, entziehen Sie sich geradezu diesen Sparzwängen.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Sie machen nichts anderes, als die Schuldenbremse, die noch gar nicht in die Verfassung aufgenommen worden ist, mit diesem Gesetz jetzt schon auszubremsen. Sie bremsen sie schon im Vorhinein aus. Das ist eben keine solide, nachvollziehbare Haushaltspolitik, wie wir sie uns vorstellen.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Deshalb wiederhole ich es noch einmal: Wir kritisieren nicht, dass die Hochschulen diese Förderung bekommen sollen. – Das haben Bund und Länder miteinander verabredet, und ich gehe davon aus, dass das auch alle einhalten werden. Das liegt in unserem Interesse. Wir werden sie aus unserer Sicht auch einzuhalten haben. Es geht aber nicht, dass Ausgaben, die in den Jahren 2011, 2012 und 2013 fällig werden, schon jetzt in einen Sonderfonds aufgenommen werden, der haushaltstechnisch in zwei, drei Jahren für die Schuldenbremse keine Rolle mehr spielt, weil Sie haushaltstechnisch die Schulden vorgezogen haben. Das kritisieren wir. Das ist keine solide Finanzpolitik, sondern das ist vielmehr Stimmenfang auf Pump. Dem widersprechen wir auf das Heftigste.

(Beifall der FDP und der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Krell.

Abg. Dr. Krell, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Auswirkungen der Überführung der 120 Millionen Euro in das Sondervermögen sind recht einfach zu beschreiben. Uns geht es darum, Verlässlichkeit und Planungssicherheit für unsere Hochschulen zu schaffen. Das sind die Kernmotive bei diesem Vorgehen.

(Beifall der SPD)

Wir unterstreichen damit deutlich, dass Bildung – in diesem Fall die Hochschulbildung – auch in finanziell schwierigen Zeiten bei uns eine besondere Priorität genießt.

Meine Damen und Herren von der FDP und auch von der CDU, Sie lassen kaum eine Gelegenheit aus, um die finanzielle Situation im Hochschul- und Wissenschaftsbereich zu kritisieren.

(Wirz, CDU: Mit Recht!)

Das verbinden Sie zugleich mit der Forderung, deutlich mehr in diesen Bereich zu investieren.

(Schreiner, CDU: Richtig!)

Wie das funktionieren kann oder soll, bleibt dabei relativ unklar. Von Stipendien, die in großen Summen fließen sollen, ist beispielsweise die Rede. Es interessiert dabei wenig, dass es keine entsprechenden Strukturen gibt, um einen solchen Geldfluss in Gang zu setzen, geschweige denn, dass es das verbindliche Interesse der Wirtschaft gibt, dies zu unterstützen. Sie müssen sich entscheiden, wo Sie stehen. Um diese Entscheidung kommen Sie nicht herum. Entweder stehen Sie auf der Seite der notorischen Querulanten,

(Unruhe bei der FDP)

oder Sie stehen auf der Seite derjenigen, die mit Blick auf das Machbare unseren Hochschulen Planungssicherheit verschaffen.

(Beifall der SPD)

Das sieht unser Schritt zweifelsohne vor. Die Hochschulen begrüßen unseren Schritt; denn sie wissen sehr genau, was ihnen blüht, wenn CDU und FDP das Sagen hätten.

(Unruhe bei CDU und FDP)

Ein Blick über den Rhein nach Hessen zeigt das deutlich. Von Erpressung, von Pistole-auf-die-Brust-setzen und dergleichen ist die Rede, wenn vom aktuellen Umgang zwischen Landesregierung und den hessischen Hochschulen die Rede ist.

Das ist ein Weg, den die rheinland-pfälzische SPD nicht geht.

(Beifall der SPD)

Wir wollen Verlässlichkeit im Umgang mit unseren Hochschulen. Auch in finanziell schwierigen Zeiten wollen wir dieses Signal aussenden, und es wird verstanden. Gehen Sie doch einmal mit Ihrer Kleinlichkeitskrämerischen Argumentation in die Hochschulen, und tragen Sie sie dort vor. Dort werden Sie nur Kopfschütteln ernten; da bin ich mir sicher. Das haben wir nämlich schon erlebt, als wir das Sondervermögen installiert haben. Das sei Geldverbrennen, hieß es damals, das bringe alles nichts. Davon war bei CDU und FDP die Rede. Die Hochschulen jedoch haben es uns gedankt.

Um auch das klar zu sagen: Wer sich auf CDU und FDP verlässt, der ist verlassen. Ein trauriges Beispiel ist die angekündigte BAföG-Erhöhung.

(Beifall der SPD –
Zurufe der Abg. Dr. Schmitz und
Frau Morsblech, FDP)

Wir haben uns im letzten Plenum großspurige Erklärungen anhören dürfen, wie klar das alles von CDU und FDP geregelt sei. Und heute? Das Gegenteil ist der Fall. Die Halbwertszeit Ihrer Aussagen beträgt noch nicht

einmal vier Wochen. Dann verkehrt sich ihr Inhalt ins Gegenteil oder löst sich in Wohlgefallen auf.

Solche Willkürakte sind nicht unser Ding. Wir werden erneut signalisieren, dass die SPD auch in schwierigen Zeiten ein zuverlässiger Partner der Hochschulen ist.

(Eymael, FDP: So ein Quatsch!)

Wir werden das leisten, was wir in dieser schwierigen finanziellen Situation leisten können. Das heißt, wir übertragen diese 120 Millionen Euro in das Sondervermögen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Herr Kollege Schreiner, bitte schön.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Krell, wenn ich – ausgerechnet bei diesem Gesetzentwurf – höre, dass Sie hier formulieren, die Landesregierung würde eine besondere Priorität auf die Hochschulen legen, wird mir wirklich angst und bange um die Zukunft der Bildung in unserem Land.

(Beifall der CDU –

Pörksen, SPD: Darüber haben Sie sich doch noch keine Gedanken gemacht!)

Bitte lassen Sie die Hansdampf-Rhetorik stecken. Kommen wir zurück zu dem, was Sie hier machen und was weiß Gott kritikwürdig ist. Auch ich möchte damit beginnen, dass es uns allen darum geht, dass die Hochschulen Planungssicherheit haben. Deshalb haben Bund und Länder einen entsprechenden Vertrag beschlossen. Das, was Sie mit diesem Gesetzentwurf beisteuern, hat mit zusätzlicher Planungssicherheit nichts zu tun. Das hat nur etwas mit Taschenspielertricks und Haushaltstricks zu tun.

(Hartloff, SPD: Sie konnten die Presse aus Hessen nicht lesen!)

Deshalb möchte ich einige interessante Gedanken darstellen, in der Hoffnung, dass Sie vielleicht noch zur Besinnung kommen.

(Pörksen, SPD: Das wäre das erste Mal bei Ihnen!)

Ich finde es zumindest interessant, dass Sie im Mai schon wissen, dass Sie am Ende dieses Jahres, was die Kreditermächtigungen angeht, mindestens 120 Millionen Euro Luft haben. Aha, das ist interessant. Wenn wir bei Haushaltsberatungen behaupten, dass die Landesregierung mit ihren Haushaltsmöglichkeiten sehr großzügig umgeht, werden wir dafür immer kritisiert. Aber ich nehme interessiert zur Kenntnis, dass es in diesem Landes-

haushalt Luft gibt. Zumindest stehen 120 Millionen Euro zur Verfügung, und das schon im Mai.

(Hartloff, SPD: Vorsichtig!)

Aber was machen Sie? Sie bezeichnen dieses kreditfinanzierte Konstrukt als Sondervermögen. Ich möchte, dass wir uns alle darüber klar werden, dass die 120 Millionen Euro, die Sie den Hochschulen mit diesem Gesetzesvorhaben zur Verfügung stellen wollen, nichts anderes sind als Schulden. Zweifellos bedienen Sie sich einer hervorragenden Rhetorik. Wir sind es von Ihnen gewohnt, dass Sie die schlechten Nachrichten, die dieses Land betreffen, immer gut verkaufen. Aber Schulden bleiben Schulden und werden nicht dadurch, dass Sie sie als Sondervermögen bezeichnen, zu etwas Positivem.

(Beifall der CDU)

Im Kern ist es – Herr Kollege Mertin hat es angesprochen – die Bankrotterklärung der Finanzpolitik dieses Landes. Finanzpolitisch täte eine Konsolidierung not. Aber anstelle einer Konsolidierung nehmen Sie jetzt schon Schulden für die Zukunft auf.

(Hartloff, SPD: Einsparen und den Hochschulen wegnehmen!)

Herr Fraktionsvorsitzender, haben wir die 20 Millionen Euro, die wir 2011, 2012 und 2013 in unseren Haushalt einstellen müssten, nicht mehr? Müssen wir diesen Trick, diese Rosstäuscherei, anwenden, weil Sie Sorgen haben, dass Sie die politischen Versprechungen, die Ihnen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch einfallen, nicht umsetzen können?

(Hartloff, SPD: Wollen wir sie da einsetzen, oder wollen wir sie da nicht einsetzen? –

Licht, CDU: Die SPD befürchtet, dass sie nicht mehr da sind!)

– Herr Hartloff, die Hochschulen bekommen das Geld, weil es vertraglich gesichert ist. Lenken Sie hier nicht ab. – Es ist mir auch wichtig, dass wir hier den Maßstab wahren. Wenn ich mir die Vorlage aus dem Ministerium anschau, muss ich sagen: Es klingt alles ganz toll, wenn man liest, welch große Beträge für einen Studienplatz zur Verfügung stehen. Geplant ist, dass wir in den nächsten drei Jahren in Rheinland-Pfalz einen Aufwuchs von 20.000 Studienplätzen haben – das ist wünschenswert – und wir in diesem Zeitraum dafür 120 Millionen Euro in die Hand nehmen. Nur sollten wir dabei den Maßstab im Kopf behalten: Wir sprechen davon, dass das Land pro Semester und Studienplatz 1.000 Euro in die Hand nimmt. –

Ich bitte Sie, sich einmal vor Augen zu führen, was man mit 120 Millionen Euro für 20.000 Studienplätze leisten kann. Wenn Sie die kumulierten Zahlen bis 2018 zugrunde legen, kommen Sie zu Beträgen, vor denen man ehrfurchtsvoll erschauert. Aber wenn man sich anschaut, was pro Semester wirklich bei den Studierenden ankommt, wird es einem angst und bange. Die Politik, die Sie hier machen, bedeutet gerade das Gegenteil einer Planungssicherheit für die Hochschulen. Es

ist im Kern eine Politik, die nichts daran ändert, dass wir, was die Hochschulfinanzen angeht, in der Bundesrepublik Deutschland die rote Laterne tragen. Da hätten Sie entsprechende Änderungen anbringen müssen.

(Hartloff, SPD: Sie fordern mehr Ausgaben!)

Sie müssen zusätzliches Geld in die Hand nehmen, anstatt zu glauben, die Situation an den Hochschulen mit Taschenspielertricks schönreden zu können.

(Beifall der CDU –

Hartloff, SPD: Sie reden von zusätzlichem Geld, und in demselben Satz heißt es, es ist kein Geld da!)

Herr Hartloff, man muss vielleicht mit kleinen, bescheidenen Schritten anfangen. Ich hätte mir gewünscht, die Abgeordneten der SPD wären hierher gekommen und hätten gesagt: Wir haben heute, im Mai, die Erkenntnis, dass wir diese Kreditermächtigungen in Höhe von 120 Millionen Euro nicht brauchen. Diese Kredite werden wir nicht aufnehmen. Die Zinsen, die wir dabei sparen, kommen in den Jahren 2011, 2012 und 2013 den Hochschulen als echtes Geld zusätzlich zugute. – Das wäre eine echte Verbesserung für die Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz. Es wären keine haushalterischen Taschenspielertricks.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –

Hartloff, SPD: Davon hätten Sie 20.000 Studenten gefördert! –

Ramsauer, SPD: Er kann auch nicht besser rechnen als Frau Dickes! –
Zurufe von der CDU)

Präsident Mertes:

Ich darf dem Herrn Finanzminister das Wort erteilen.

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass wir in den öffentlichen Haushalten Schulden abbauen müssen, steht außer Frage. Wir haben im Grunde genommen nur zwei Wege, dies zu tun. Beide Wege schlägt die Landesregierung ein. Der erste Weg heißt Konsolidierung, Abbau von Ausgaben und das Pflegen von Steuerquellen. Der zweite Weg besteht im Generieren von Wachstum. Er hat unmittelbar etwas mit dem Pflegen von Steuerquellen zu tun. Wir wissen alle, was es für die Steuereinnahmen bedeutet, wenn das Sozialprodukt so zusammenbricht, wie wir es im Jahr 2009 erlebt haben. Die öffentlichen Kassen haben sich heute noch nicht davon erholt.

Wer Wachstum generieren will, spricht in der Öffentlichkeit immer davon, dass wir etwas für Bildung und Forschung tun wollen oder tun müssen. Das machen wir auch. Wenn man Wachstum generieren will, ist eine wichtige Determinante – das gilt für Unternehmen genauso wie für öffentliche Einrichtungen –, dass man verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Verlässliche

Rahmenbedingungen aber bedeuten Planungssicherheit.

Meine Damen und Herren, nichts anderes macht die SPD-Fraktion mit diesem Gesetzentwurf. Sie will haushaltsrechtliche Sicherheit geben, um die mit dem Hochschulpakt vor ihr liegenden Aufgaben des Ausbaus der Hochschulen, damit sie 20.000 zusätzliche Studierende aufnehmen können, und der Qualitätssteigerung in Forschung und Lehre erfüllen zu können.

(Beifall der SPD)

Was machen wir? Wir bilden Teile des neuen Hochschulpakts, nämlich 120 Millionen Euro, die Mittel für die Jahre 2011 bis 2013, in dem bereits für die Jahre 2009 bis 2013 etablierten Sonderfonds – das für die Hochschulen etablierte Sondervermögen – ab.

Damals wie heute ist die Begründung die gleiche: Es geht darum, den Hochschulen Planungssicherheit über den Zeitraum eines verabschiedeten Haushalts hinaus zu verschaffen. Welche Bedeutung das für die Hochschulen hat, wird Ihnen Frau Ahnen in der zweiten Runde näher erläutern.

Warum schaffen wir ein Sondervermögen? Es ist im Haushaltsrecht vorgesehen. Lieber Herr Schreiner, wir machen nichts anderes, als das Haushaltsrecht anzuwenden. Wenn man das Haushaltsrecht anwendet – schauen Sie hinein: § 26 Abs. 2 LHO –, hat das nichts mit Taschenspielertricks und auch nichts mit Rosstäuscherei zu tun.

Ich erkläre es Ihnen gern, wenn Sie es bisher noch nicht verstanden haben. Von der Zinsbelastung her bedeutet es für den Landeshaushalt nichts anderes, als würden wir dieses Geld in den Haushalten 2011, 2012 und 2013 etablieren.

(Licht, CDU: Sie sind nicht gezwungen, es so zu machen!)

Wir haben genauso wenig wie die SPD-Fraktion das geringste Interesse daran, etwas zu verschleiern oder zu täuschen. Ich weiß gar nicht, wie das geht. Vielleicht haben Sie mehr Erfahrungen damit.

Lieber Herr Schreiner, eines ärgert mich. Wenn Sie meinen, man wollte etwas verschleiern und täuschen, dann können Sie doch nicht glauben, dass wir so blöde sind und das in einem Gesetzentwurf tun, den wir dem Parlament vorlegen, und der Finanzminister mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion in eine Pressekonferenz geht, um all die Fragen, die damit verbunden sind, zu beantworten.

Ich will Ihnen sagen, was die Vorteile dieses Sondervermögens sind:

1. Es erlaubt Planungssicherheit über das Jährlichkeitsprinzip hinaus. Das ist die Voraussetzung. Das ist das, was wir wollen.

Herr Schreiner, hören Sie zu. Jetzt wird es für Sie wichtig.

2. Wir wollen, dass das Budgetrecht des Parlaments nicht verletzt wird. Deswegen wird mit diesem Gesetz ein Weg gewählt, der bei der Bewilligung das Budgetrecht des Parlaments ebenso wie bei dem Haushalt und dem Nachtragshaushalt völlig beachtet.

3. Es ist ein Verfahren, das eine vollständige Transparenz gewährleistet, weil dieses Sondervermögen im Haushalt abgebildet wird und somit der Kontrolle des Parlaments unterliegt. –

Was machen wir haushaltstechnisch? Wir machen nichts anderes als eine außerplanmäßige Ausgabe von 120 Millionen Euro zugunsten des Sondervermögens. Das ist etwas, was im Haushaltsrecht in der Landeshaushaltsordnung vorgesehen ist.

Wie wird das gegenfinanziert? Das ist das, was Sie interessiert hat. Es wird aus dem verabschiedeten Haushalt 2010 gegenfinanziert, und zwar, ohne die dort veranschlagte Nettokreditaufnahme zu erhöhen.

(Bracht, CDU: Aber sie auszuschöpfen! –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Das hat zwei Gründe. Wir haben höhere Steuereinnahmen, als wir erwartet haben.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Wir werden auch am Ende des Haushaltsjahres wie im Haushalt 2009 geringere Ausgaben haben als veranschlagt. Sie erinnern sich an unsere Debatte bei der Verabschiedung des Nachtragshaushalts. Dort haben Sie uns erklärt: Ihr wollt überhaupt nicht sparen. – Ich habe Ihnen gesagt, wir tun das im Haushaltsvollzug. Sie haben die Haushaltsrechnung 2009 gelesen. Seitdem habe ich nichts mehr von Ihnen gehört. Das ist auch gut so, weil wir dort den Beweis angetreten haben, dass wir im Vollzug gespart haben.

Ich fasse zusammen: Dieses Sondervermögen ist völlig transparent und wahrt das Budgetrecht des Parlaments bei der Bewilligung und der Kontrolle.

Lieber Herr Mertin, es ist im Hinblick auf die Jahre 2010 bis 2013 fiskalisch neutral. Sie sagen: Ihr bremsst die Schuldenbremse aus. – Für die Schuldenbremse gilt aber das, was für Schalke 04 immer unter Huub Stevens gegolten hat. Am Ende steht die Null. Es ist völlig egal, wann wir das Geld ausgeben. Am Ende 2020 muss die Null stehen.

(Zurufe aus dem Hause)

Die Null muss unabhängig davon stehen, ob wir das Geld 2010, 2011, 2012 oder 2013 ausgeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an einer Stelle ist diese Maßnahme ein bisschen „ungerecht“, weil sie die Hochschulen bevorzugt. Es privilegiert die Hochschulen für einen Teil ihrer Ausgaben, weil sie Planungssicherheit über das Prinzip der Jährlichkeit hinaus bekommen. Dieses Privileg haben nicht alle Institutionen. Dieses Privileg kann man nur wenigen einräumen,

weil wir in der besonderen Situation sind, dass wir ein bisschen Luft im Haushalt 2010 haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Privilegierung ist aus den von mir eingangs genannten Gründen gewollt und sicherlich auch richtig.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Mertin.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Krell, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie eben die Behauptung aufgestellt, Mitglieder meiner Fraktion hätten behauptet, Geld, welches die Landesregierung in den vergangenen Jahren in die Hochschulen investiert hätte, sei zu verbrennen.

Diesen Vorwurf weise ich mit aller Entschiedenheit zurück und fordere Sie auf, an dieser Stelle zu sagen, wann, wo und bei welcher Gelegenheit eine Kollegin oder ein Kollege meiner Fraktion eine solche Behauptung aufgestellt hat. Ansonsten nehmen Sie den Vorwurf von hier aus zurück.

(Beifall der FDP)

Von meiner Fraktion hat noch nie jemand erklärt, das sei Geld zu verbrennen. Dagegen verwahre ich mich auf das Entschiedenste.

(Beifall der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Finanzminister, natürlich erleichtern Sie sich das Geschäft, was die Schuldenbremse angeht. Buchungstechnisch sind die Schulden in diesem Jahr gemacht. Ausgeben tun Sie das später. Das stimmt schon. Aber buchungstechnisch erscheinen die Schulden dieses Jahr und nicht in den Folgejahren.

Deswegen sind die Schulden, die Sie dieses Jahr machen, in den Folgejahren bei der Schuldenbremse einfach außen vor. Das ist einfach eine Erleichterung. Damit unterlaufen Sie die Schuldenbremse, die in den nächsten Jahren greifen wird, weil Sie diese Millionen in den nächsten Jahren dann nicht einzusparen haben. Sie haben sie dieses Jahr verbucht.

Sie sagen, Sie haben sparsam gewirtschaftet. Es wird der Eindruck erweckt, dass durch sparsames Wirtschaften Geld auf die hohe Kante gelegt worden wäre, das Sie jetzt verausgaben könnten. Sie haben es völlig korrekt wiedergegeben. Das ist kein Geld von der hohen Kante. Sie nutzen einfach die vom Haushaltsgesetzgeber mit Mehrheit Ihrer Fraktion verabschiedete Ermächtigung, Schulden aufzunehmen. Das ist etwas ganz anderes, als Erspartes für ein Sondervermögen einzu-

setzen. Das Sondervermögen wird aus Schulden gespeist.

(Beifall der FDP und der CDU)

Das muss man festhalten. Es wird einfach vorgezogen und der Schuldenbremse, die wir gemeinsam beschließen wollen, damit entzogen.

(Beifall der FDP)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Puchtler.

Abg. Puchtler, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Investitionen in Wissenschaft schaffen Zukunft. Dafür ist Planungssicherheit notwendig. Es ist entscheidend, gerade das Signal in der jetzigen Zeit zu setzen, dass wir entsprechendes Sondervermögen bilden bzw. aufstocken; denn wenn man die aktuelle Diskussion beobachtet und über den Rhein schaut, kann man feststellen, dass teilweise über diese Themen sehr bedenklich gesprochen wird.

Es ist nicht nur so, dass man dort über Reifen diskutiert. Ich habe manchmal den Eindruck, dass schon über richtige Räder diskutiert wird. Von daher ist es ganz entscheidend, dass wir gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine klare Vorsorge treffen und das auch transparent machen.

(Beifall der SPD)

Lieber Herr Kollege Schreiner, es ist ganz klar in § 26 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung geregelt, dass das Sondervermögen ein Instrument für bestimmte Aufgaben ist. Die Aufgabe ist es, Planungssicherheit im Interesse der Hochschulen und Studierenden zu schaffen. Das ist vernünftig, transparent, offen und klar.

Es wird sich nicht in einem Satz gegenseitig widersprechen, wie Sie das tun. Sie sagen „sparen“ und „ausgeben“ und beklagen gewisse finanzielle Dimensionen. Sie haben aber keine Lösung. Wir haben eine vernünftige Lösung, indem wir heute sagen, wo und wie wir das Geld einstellen. Das ist Planungssicherheit für die Hochschulen. Das positive Echo ist spürbar.

(Beifall der SPD)

Das ist ein wichtiger Schritt, der gerade jetzt zur richtigen Zeit für finanzpolitisch vertretbar gehalten wird, und ein deutliches bildungspolitisches Signal. Wenn andere darüber nachdenken, in entscheidenden Zukunftsfeldern gegebenenfalls zu sparen, ist es wichtig, dass wir in Rheinland-Pfalz sagen: Nein, wir halten dagegen. –

Wir sichern heute schon die Zukunft des bundesweit abgeschlossenen Hochschulpakts und stellen die entsprechenden Mittel bereit, weil wir wissen, dass Investitionen in Wissen in der Zukunft Rendite bringen, vor

allem auch finanzpolitisch; denn unser Land lebt vom Wissen und den Fertigkeiten seiner Menschen.

Das ist die Basis für zukünftige wirtschaftliche und finanzielle Entwicklungen. Von daher ist es der richtige Schritt zur richtigen Zeit.

(Glocke des Präsidenten)

Ich lade Sie ein, gehen Sie ihn mit!

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Schreiner.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Kühl, es ist schon interessant. Sie erklären am Pult, Sie würden die Konsolidierung des Landes Rheinland-Pfalz nicht gefährden, da dieses Sondervermögen ohne eine Erhöhung der Kreditermächtigung finanziert werde. Darum geht es gar nicht.

Herr Kühl, ich möchte einfach nur sicherstellen, dass wir nicht aneinander vorbeireden. Wir würden uns wünschen, dass wir die Mittel, die Sie in diesem Jahr nicht ausgeben und die durch die Bank alle kreditfinanziert sind, weil wir leider in diesem Land Rheinland-Pfalz viel mehr Schulden als 120 Millionen Euro machen, nicht ausgeben, um die Schulden nach oben zu treiben, sondern wir verstehen unter Konsolidierung, dass man die Nettokreditaufnahme senkt. Diese Chance vertun Sie an dieser Stelle.

Was das Thema „Hochschulen“ angeht: Wenn es denn so ein ehrenwertes Ziel wäre, für das es sich lohnen würde, Schulden zu machen, gerne. Aber die Hochschulen sind unterfinanziert, und durch diese Maßnahme werden sie kein Stückchen besser finanziert.

Die Mittel des Hochschulpakts und damit auch die Mittel dieses Sondervermögens sind an die steigenden Studierendenzahlen gebunden, das heißt, das Geld pro Studierenden, das Geld, das den Hochschulen unter dem Strich netto zur Verfügung steht, verändert sich nicht.

Hätten Sie – darum bitte ich Sie – nach Haushaltsmöglichkeiten gesucht, die Kreditaufnahme zu reduzieren, die Belastungen der kommenden Haushalte zu reduzieren, dann könnten Sie dieses konsolidierte Vermögen nehmen, um es den Hochschulen zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Herr Finanzminister Kühl, ich habe sogar in Ihr Haus so viel Zutrauen, dass ich davon ausgehe, dass Sie, wenn Sie mit dem Bund einen Pakt schließen, sich daran halten.

(Glocke des Präsidenten)

Das Gleiche gilt für die FDP und die CDU.

(Pörksen, SPD: Mit diesem Bund kann man keinen Pakt schließen!)

Der Hochschulpakt und die Planungssicherheit werden durch dieses System des Sondervermögens nicht verbessert. Ich würde mir wünschen, Sie würden die Mittel, die Sie sparen können, nehmen, um in Zukunft die Mittel für die Hochschulen insgesamt zu verbessern.

Danke.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Staatsministerin Ahnen das Wort.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schreiner, ganz unmittelbar zu dem, was Sie gesagt haben: Ich glaube, es ist nicht ein Nichtverstehen zwischen Ihnen und Herrn Kühl, sondern ich glaube, Sie haben die Sache schlichtweg überhaupt nicht verstanden.

(Beifall der SPD)

Das werde ich gleich an Zahlen belegen; denn auf das, was Sie in Größenordnungen in den Raum gestellt haben, auf die Rechnung, die Sie da aufmachen, bin ich wirklich gespannt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Finanzminister Kühl hat darauf hingewiesen, dass diese Gesetzesinitiative haushaltspolitisch gut vertretbar und – darauf weise ich besonders hin – ein entscheidendes Signal an die Hochschulen für Planungssicherheit in schwieriger Zeit ist. Deswegen begrüße ich diesen Gesetzentwurf als Wissenschaftsministerin mit Nachdruck. Ich bedanke mich auch für diese Initiative.

Übrigens, die Hochschulen begrüßen diese Initiative auch. Sie haben dafür gute Gründe. Auch darauf will ich noch einmal zurückkommen.

(Beifall der SPD -
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Herr Abgeordneter Baldauf, sie haben dafür gute Gründe, weil die Hochschulen eins verstanden haben, was mir zumindest in der Debatte eben nicht so ganz verstanden schien.

Die Hochschulen haben verstanden, dass man Haushaltspolitik nicht von Inhalten trennen kann, sondern macht, um bestimmte Inhalte umsetzen zu können, und nichts anderes tun wir an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht um einen Sonderweg, wie es in dem Titel der Aktuellen Stunde angetextet ist, sondern es geht um ein Sondervermögen.

Ein Sondervermögen ist diesem Parlament kein Neuland, sondern diesen Weg sind wir bereits schon einmal über das Programm „Wissen schafft Zukunft“ gegangen. Es ist ein bewährtes Verfahren, mit dem die Hochschulen gute Erfahrungen gemacht haben.

Das ist einer der Gründe, warum sie diesen Weg an dieser Stelle begrüßen.

Dass das Sondervermögen sich als Instrumentarium im Hinblick auf das, was wir inhaltlich erreichen wollen, bewährt hat, merkt man auch daran, dass die erste Phase ab 2009 über das Sondervermögen abgesichert worden ist.

Wir haben in Rheinland-Pfalz mit die besten Ergebnisse erzielt. Wir sind an der Spitze der Länder, was die zusätzlichen Studienanfängerinnen und Studienanfänger angeht. Wir haben schon heute 7.400 statt der geplanten 5.800, und da hinken andere Bundesländer erheblich hinterher.

(Beifall bei der SPD)

Das wird wohl auch etwas mit dem Weg zu tun haben, wie wir das Geld zur Verfügung gestellt haben.

Diese zweite Phase stellt deutlich höhere Anforderungen. Es ist bereits darauf hingewiesen: bundesweit 275.000 Studienanfängerinnen und Studienanfänger und für das Land gut 20.000 Studienanfängerinnen und -anfänger.

Wir wollen auch diese zweite Phase gut gestalten. Ich sage es an dieser Stelle noch einmal, weil es auch da um Inhalte geht. Diese Jahre werden eine der letzten Chancen sein, dass wir in diesem Umfang junge Menschen gut ausbilden können, die wir im Hinblick auf den Fachkräftebedarf der Zukunft noch dringend brauchen werden. Deswegen müssen wir alles tun, damit die Umsetzung des Hochschulpakts auch in der zweiten Phase gut läuft.

Wir tun das mit den Hochschulen gemeinsam nicht nur auf einem bewährten Weg der Finanzierung, sondern auch in abgestimmten Ausbauplanungen und mit gemeinsamen Zielvereinbarungen, die bis zum Spätsommer zum Abschluss kommen sollen.

Jetzt sagt Herr Abgeordneter Schreiner, das, was wir mit dem Hochschulpakt leisten würden, sei – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – ein erbärmlicher Beitrag.

Das Erste ist: Gegen wen richten Sie eigentlich diesen Vorwurf; denn die Zahlen im Hochschulpakt sind bundesweit mit der Bundesministerin vereinbart? Also war das heftige Schelte und Kritik an der Bundesministerin.

Herr Abgeordneter Schreiner, aber das Zweite ist, Sie haben sich – wenn ich es richtig überschlage – so knapp

um den Faktor 20 verrechnet. Aber das ist kein ganz neuer Tatbestand.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Es geht nicht um 1.000 Euro pro Studienplatz, sondern es geht um ungefähr 20.000 Euro pro Studienplatz. Das hätten Sie vorher schon einmal nachrechnen können, bevor Sie hier eine solche Behauptung in den Raum stellen.

(Beifall der SPD -

Schreiner, CDU: Zuhören! -
Bracht, CDU: Sie haben nicht zugehört!)

Es stimmt, dass wir mit diesen Hochschulpaktmitteln nicht zusätzliche Mittel den Hochschulen obendrauf in Aussicht stellen – das hat auch nie jemand behauptet –, sondern wir geben ihnen Planungssicherheit und frühzeitige Entscheidungsmöglichkeiten für die zweite Phase des Hochschulpakts. Nichts anderes haben wir gesagt, nichts anderes haben die Hochschulen verstanden, und nichts anderes haben sie dennoch begrüßt, weil sie Planungssicherheit gerade in diesen Tagen zu schätzen wissen.

(Beifall des Abg. Puchtl, SPD)

Dass sie das zu schätzen wissen, dafür kann man ein gewisses Verständnis aufbringen, wenn man einen Blick in die umliegenden Länder wirft, sich ein bisschen auf der Bundesebene umschaut und versucht, das Empfinden der Hochschulen nachzuvollziehen. Ich meine damit nicht primär die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, über die wir in diesem Plenum auch noch sprechen werden.

Schauen Sie sich in Hessen die Beschlüsse zu den Hochschulen an, dann sage ich, Sie brauchen nicht nach Hessen zu schauen. Wie interpretieren Sie den Beschluss des Finanzausschusses des Bundesrates, dass plötzlich die zugesagte BAföG-Erhöhung in Frage gestellt wird? – Da soll in diesen Tagen noch jemand von Planungssicherheit reden. Dann sage ich, Planungssicherheit ist ein hoher Wert, und in Rheinland-Pfalz wollen wir genau zum jetzigen Zeitpunkt diese den Hochschulen geben;

(Beifall der SPD)

denn sie müssen Stellen besetzen, und sie müssen jetzt damit beginnen. Sie müssen Berufungsverfahren durchführen, und sie müssen jetzt damit beginnen. Sie müssen Anmietungen vornehmen, sie müssen jetzt damit beginnen, und sie müssen gegebenenfalls auch die Ausstattung anpassen.

Also frühzeitige Entscheidung und das mit Planungssicherheit verbunden, das ist der Weg mit dem Sondervermögen, der hier gewählt werden soll, und das ist alles andere als ein Taschenspielertrick. Das ist transparent, weil es in einem Gesetzentwurf niedergelegt wird. Das ist gegenüber den Hochschulen klar kommuniziert, und wir tun genau das, was wir gesagt haben, und das in einer klaren Linie der Priorisierung der Ausgaben für die Hochschulen.

Wenn Sie behaupten, damit ändert sich an den Studienbedingungen überhaupt nichts, dann sage ich Ihnen, umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wenn wir diese Mittel für die Hochschulen nicht frühzeitig zur Verfügung stellen, damit sie die entsprechenden Vorbereitungen treffen können, dann wird die Ausstattung immer der gestiegenen Zahl von Studienanfängerinnen und Studienanfängern hinterherhinken, und genau das wollen wir an dieser Stelle vermeiden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir tun übrigens ein Zweites: Bei der Umsetzung des Hochschulpaktes mit unseren Hochschulen sehen wir sehr wohl ein qualitatives Element vor, das auch unabhängig von den Studierendenzahlen zur Verfügung stehen soll. Ich glaube, wir sind das einzige Bundesland, dass das so macht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend, wenn etwas haushaltspolitisch gut vertretbar, wissenschaftspolitisch sinnvoll ist und von den Betroffenen gewollt wird, dann frage ich: Warum sollten wir es nicht tun?

(Beifall der SPD –

Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, zwischenzeitlich sind sie eingetroffen, sodass ich als Gäste auf der Zuschauertribüne nunmehr die Delegation des Obersten Gerichtshofs der Republik Polen unter der Leitung von Herrn Präsident Professor Dr. Lech Paprzycki und Herrn Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz, Ralf Bartz, begrüße. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag! Willkommen als Nachbar und als Freund!

(Beifall im Hause)

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Stabilisierung des Euro und Regulierung der Finanzmärkte – Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz“ auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4591 –

Der Herr Kollege Ramsauer spricht, bitte schön.

Abg. Ramsauer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, weil wir wissen, dass die derzeitige wirtschaftliche Situation die Menschen umtreibt. Die Sorge um den Euro, die Sorge um die Zukunft und die persönliche Zukunft vieler Menschen müssen wir ernst nehmen. Deshalb gehört es hier in diesen Landtag, auch weil die Folgen dieses sogenannten 750-Milliarden-Schutzschirms uns natürlich mittelbar im Land Rheinland-Pfalz treffen.

Deshalb wollen wir das hier auch diskutieren und unsere Haltung dazu darstellen.

Aber gestatten Sie mir zunächst einmal einen Blick auf die vergangene Krise, auf die Bankenkrise. Das war im Jahr 2008, als in Berlin die Große Koalition regiert hat und es zunächst um 100 Milliarden Euro ging und verhandelt wurde, dass die Länder beteiligt werden und das Land Rheinland-Pfalz mit 360 Millionen Euro maximal dafür geradestehen muss.

Das war zu diesem Zeitpunkt eine große Herausforderung. Wir können heute feststellen, die Große Koalition hat diese Frage hervorragend angepackt und auch gut gehandelt.

Wenn man allerdings die Situation heute betrachtet, kann man das nicht sagen. Man muss feststellen, dass damals Bund und Länder gemeinsam mit den Kommunen agiert haben, man gemeinsam ein Konjunkturprogramm I und II aufgelegt hat und wir im Land Rheinland-Pfalz noch etwas oben draufgelegt haben und insgesamt zu einem Invest von über 800 Millionen Euro in Rheinland-Pfalz gekommen sind. Rheinland-Pfalz liegt in dieser Geschichte an der Spitze in der Bundesrepublik.

Gleichzeitig – da möchte ich anschließen an das, was wir eben diskutiert haben – haben wir in Rheinland-Pfalz unsere Steuereinnahmen in wichtige Zukunftsfelder gesteckt. Wir haben dafür gesorgt, dass die Bildung vom Kindergarten bis in den Hörsaal kostenfrei ist. Die Gedanken sind frei und das Erststudium auch in Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD –
Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Wir haben in Wissenschaft und Forschung investiert, haben damit Wachstumskräfte gestärkt und auch Arbeitsplätze gesichert, indem wir unsere Firmen unterstützt haben.

Meine Damen und Herren, aber derzeit haben wir es mit einer der größten Wirtschafts- und Finanzkrisen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland zu tun, mit einer der größten Krisen in Europa.

In allen Ländern ist die Verschuldung gestiegen, meine Damen und Herren. Auf Bundesebene summiert sich das mittlerweile auf mehr als 80 Milliarden Euro. Herr Baldauf, man erinnere sich, noch vor Kurzem haben Sie angesichts dieser Diskussion, dieser Zahlen noch für Steuersenkungen plädiert und diese „Möwenpickprivilegien“, die die derzeitige Koalition beschlossen hat, verteidigt.

2008 ging es noch um 100 Milliarden Euro in der Bundesrepublik, heute geht um weitere 148 Milliarden Euro, für die aus dem 750 Milliarden Rettungsschirm geradezustehen ist.

Meine Damen und Herren, jeder kann sich ausrechnen, was das im Ernstfall auch für uns im Land Rheinland-Pfalz bedeuten wird. Jeder kann sich ausrechnen, wie das in Berlin weiterbehandelt wird, wenn man daran denkt, dass erst nur von 22,4 Milliarden Euro die Rede

war, und drei Tage später waren es dann gleich 148 Milliarden Euro, wie seriös dort gerechnet wird.

Wir sehen auch nach wie vor, dass Schwarz-Gelb in Berlin und die Kanzlerin in Berlin nicht geneigt sind, wirksame Regelungen zur Eindämmung von Spekulation und Zockerei verbindlich festzulegen.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb durfte die SPD in der letzten Woche im Bundestag auch nicht zustimmen.

(Baldauf, CDU: Ihr habt euch enthalten!)

Meine Damen und Herren, deshalb musste allerdings im Bundesrat die Weiche so gestellt werden, dass mit Blick auf die Gesamtverantwortung nicht blockiert wurde. Meine Damen und Herren, deshalb sind wir auch weiterhin wachsam, und deshalb werden wir auch weiterhin klar sehen, wohin die Reise geht.

In einer seltsamen Presseerklärung haben die rheinland-pfälzische CDU und ihre Kandidatin gemeint, sagen zu müssen, die SPD hätte keine Haltung in dieser Frage. Meine Damen und Herren, *w i r* haben eine ganz klare Haltung in dieser für unser Land und ganz Europa existenziellen Frage, im Unterschied zur CDU und FDP im Bund, wo getrickst wurde und wo Begriffe über Steuern so verwischt wurden, dass die Menschen nicht mehr wissen, wovon die Rede ist.

(Eymael, FDP: Deshalb habt Ihr euch enthalten!
Eine klare Haltung!)

Das werde ich Ihnen in der zweiten Runde dann darlegen.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU: Uii!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die CDU-Fraktion hat das Wort Herr Kollege Baldauf.

Abg. Baldauf, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Worte des Abgeordneten Ramsauer aufnehmen. Ich habe selten eine klarere Haltung der SPD im Bund gesehen als diese Enthaltung in dieser fadenscheinigen Art und Weise, Herr Ramsauer. Das ist keine Meinung, das ist keine Klarstellung, wofür man steht. Das ist schlichtweg das Wegdrücken von Verantwortlichkeit.

(Beifall der CDU –
Ramsauer, SPD: Ich werde es Ihnen gleich sagen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mir vorher überlegt: Wieso Aktuelle Stunde? Wiederholen

wir jetzt die Debatte im Bundestag? Um was geht es? Haben wir ein schlechtes Krisenmanagement? –

(Ramsauer, SPD: Haben wir, ja!)

– Weiß ich nicht.

Dann wollen wir doch bitte einmal beleuchten, über was wir hier reden, Herr Ramsauer. Erinnern Sie sich denn, wie Griechenland überhaupt in die Europäische Währungsunion hineingekommen ist?

(Beifall bei der CDU –
Zuruf von der SPD: Sehr gut! –
Eymael, FDP: Rot-Grün!)

Da kann ich mich erinnern, da gab es einmal eine rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder. Dieser werte Herr Gerhard Schröder hat zusammen mit Ihnen, mit den Genossen und den GRÜNEN, dafür Sorge getragen, dass sie in den Eurowährungsverband überhaupt hineingekommen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP –
Hartloff, SPD: Wollen Sie ernsthaft, dass Griechenland nicht dabei ist?)

Dann machen wir doch gleich weiter, Herr Hartloff. Im Übrigen, interessant ist ja, ich habe überhaupt keinen besseren Vorschlag gehört. Was hätten Sie denn gemacht anstelle der Bundesregierung? Da bin ich ja einmal sehr gespannt darauf, was Sie noch dazu sagen.

(Ramsauer, SPD: Nur etwas Geduld!)

Dann hat der werte Herr Schröder mit seiner rot-grünen Regierung dafür gesorgt, dass die eigenen Kriterien – im Übrigen auch durch Deutschland in der Vergangenheit – nicht immer so eingehalten wurden, dass wir jetzt von den Griechen hätten verlangen können, dass sie eindeutig eingehalten werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU und bei der FDP)

Das muss man an dieser Stelle doch auch einmal sagen.

Jetzt haben wir die Situation, wie sie da ist. Da gibt es zwei Möglichkeiten: Die eine ist, wir lassen jetzt alles bankrottgehen.

Es ist richtig, die Menschen verstehen es nicht. Natürlich können sie es nicht verstehen, dass einer in Griechenland als Beamter mit 50 in Pension geht, die volle Pension bekommt

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

und die nicht verheiratete Tochter die Pension als Erbsanspruch erhält. Das versteht keiner. Das ist doch völlig klar.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Herr Pörksen, Sie kommen in einen solchen Genuss leider nicht, da wir über die Rente mit 67 reden und ähnliche schlimme Dinge. Aber wir diskutieren es ein bisschen ehrlicher als die Griechen. Das ist so.

(Hartloff, SPD: Diese Überheblichkeit gegenüber einem anderen Land ist unerträglich!)

Wir haben jetzt die Situation vorgefunden, dass Griechenland bankrott gewesen wäre. Meine sehr geehrten Damen und Herren, überlegen Sie bitte auch, wenn Griechenland bankrott gewesen wäre, wie viele deutsche Gläubiger wären auf ihrem Geld sitzen geblieben und hätten nichts erstattet bekommen? Das bitte ich immer an dieser Stelle auch zu bedenken.

(Beifall der CDU und bei der FDP –
Eymael, FDP: So ist es!)

Ich sage Ihnen nur eines: Wir müssen in dieser schwierigen Situation, die keiner will und die keiner vorhergesagt hat, unabhängig davon, dass wir noch Italien, Spanien, Portugal und Irland und viele andere Länder haben, eine Frage beantworten: Sind wir der Auffassung, dass der Euro eine stabile Währung sein soll für dieses Land, für dieses Land, das exportabhängig ist, für dieses Land, das seine Binnenkonjunktur natürlich noch ankurbeln muss, aber selbstverständlich im Euroraum sehr große Absätze hat? Wollen wir den Euro haben, ja oder nein?

(Ramsauer, SPD: Genau!)

Diese Frage ist in Berlin beantwortet worden, leider nicht mit Ihrer Zustimmung, sondern mit einer feigen Enthaltung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU und bei der FDP)

Jetzt kommt noch etwas. Das ist ganz interessant. Der Bund ist verschuldet, die Länder sind verschuldet, die Kommunen richtig schlimm. Aber Solidität fängt doch bitte in diesem Haus an. Daraus können wir eine Aktuelle Stunde machen. Solidität fängt doch in diesem Haus mit dem eigenen Landeshaushalt erst einmal an.

(Eymael, FDP: So ist das!)

Dann möchte ich doch nur einmal erwähnen dürfen, dass seit 1994 entgegen anderer Bundesländer – man muss es immer einmal im Vergleich zu anderen Bundesländern sehen – die Zunahme der Pro-Kopf-Verschuldung aller westlichen Flächenländer die höchste Zunahme zu verzeichnen ist, dank der Regierung Beck, dank dieses Ministerpräsidenten, Herr Kollege Ramsauer, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Da können Sie sich nicht wegducken. Da können Sie nicht sagen, wir geben alles nach außen und legen einen wunderbaren Landeshaushalt vor. Sie können mit all diesen hehren Vorgaben, die Sie heute machen, im Herbst beweisen, was Sie uns für einen Landeshaushalt präsentieren, der dann aber – bitte schön – wirklich das Wort „konsolidieren“ auch in sich trägt, Herr Dr. Kühl,

und der nicht nach Taschenspielertricks überlegt, wie hoch man die Nettoneuverschuldung nach oben setzen kann, um an irgendeiner Stelle wieder einmal etwas Gutes für die Menschen zu tun. Das muss ein Ende haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Pörksen, SPD: Sie versprechen doch alles!)

Zum Abschluss sei noch erwähnt: Die Kanzlerin hat sehr verantwortlich gehandelt. Sie hat sehr verantwortlich gehandelt.

(Beifall der CDU –
Ramsauer, SPD: Gar nicht hat sie gehandelt!)

Wenn Sie der Meinung sind, sie hätte nicht gehandelt, frage ich Sie, weshalb Sie sich enthalten haben und weshalb Herr Steinmeier in seiner überzeugenden Rede als einziges Argument der Enthaltung vorbrachte, er hätte gern die Transaktionssteuer gehabt,

(Glocke der Präsidentin)

wo doch jeder von uns weiß, wenn er und ich in Shanghai gemeinsam ein Konto über das Internet eröffnen, dass wir beide keine Transaktionssteuer bezahlen.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Das würde ich mit Ihnen niemals tun!)

– Nein, Entschuldigung! Sie gehen ja über Dubai. Ich bitte um Verzeihung!

Danke.

(Heiterkeit bei der CDU –
Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Mertin das Wort.

(Hartloff, SPD: Und diese Rede fanden Sie so toll?)

Abg. Mertin, FDP:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Ramsauer, Sie haben in wohlklingenden Worten geschildert, was die Große Koalition Sinnhaftes getan hat, um den Rettungsschirm über den Banken aufzuspannen. Ich will dies nur Revue passieren lassen, damit wir wissen, worüber wir reden. Anders als die SPD vor Kurzem im Bundestag hat nämlich die FDP-Fraktion damals zugestimmt.

(Beifall der FDP –
Eymael, FDP: So ist es!)

Herr Kollege Ramsauer, sie hat zugestimmt, obwohl die von Ihnen so gelobte schwarz-rote Koalition – die sogenannte Große Koalition – keinen Vorschlag unterbreitet hat, wie man zukünftig das Pleitegehen von Banken in

der Weise verhindert, dass der Staat dann nicht mehr erpresst werden kann.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Zu diesem Zeitpunkt war ein solcher Vorschlag nicht da. Es wurde kein Vorschlag zusätzlich gemacht, wie die Bankenaufsicht neu strukturiert werden soll, und schon gar nicht wurde ein Vorschlag vorgelegt, wie man zukünftig solche Geschäfte bei den Banken verhindern kann. Gleichwohl hat die FDP damals aus Verantwortung für das ganze – – –

(Hartloff, SPD: Ich erinnere an den Vorschlag von Herrn Steinmeier! Er wurde damals schon vorgelegt!)

– Ach, tatsächlich? Wo ist er denn? – Nichts haben Sie damals vorgelegt! Sie haben damals gesagt: Stimmt zu, damit die Banken gerettet werden, und ich warte bis heute noch darauf, dass Sie konkrete Vorschläge von damals, die Sie versprochen haben, auch tatsächlich umsetzen. So ist es eben nicht gewesen.

(Hartloff, SPD: Es gab eine Wahl dazwischen!)

So ist es eben nicht gewesen. Es hat damals keine Vorschläge gegeben.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege, ich weiß es noch ganz genau, und wir haben trotzdem zugestimmt. Es hat keinen Vorschlag gegeben, und wir haben trotzdem zugestimmt, und ich finde, es ist auch richtig, dass wir zugestimmt haben. Wir hätten es uns nämlich nicht leisten können, die Banken den Bach runtergehen zu lassen, und zwar nicht wegen der Aktionäre der Banken, sondern wegen der vielen Sparer, die dort ihre Sparguthaben angelegt haben. Deswegen war es geboten, dies zu tun.

(Beifall der FDP)

Nun haben wir die gleiche Situation mit dem Euro-Raum. Ich muss manchmal ehrlich sagen, ich bin in Deutschland schon erstaunt, wie wir über Europa sprechen.

(Frau Staatsministerin Dreyer: Ja, allerdings!)

Wir sprechen immer davon, welche Belastungen wir davon haben. – Das stimmt schon, Europa bringt auch Belastungen mit sich. Aber wir vergessen immer, dazuzusagen, in welchem Umfang wir eigentlich davon profitieren.

(Beifall der FDP)

Unsere ganze Wirtschaftsleistung wird in großem Umfang mit Europa abgewickelt. Wir haben unseren Wohlstand durch den Handel mit den europäischen Staaten erwirtschaftet, und dabei ist die gemeinsame Währung, die wir haben, für unsere Wirtschaft etwas sehr Hilfreiches. Wenn wir diese gemeinsame Währung haben, muss man sie, wenn sie in Gefahr gerät, natürlich stützen.

Mich freut es auch nicht, dass Griechenland in diese schwierige Situation geraten ist. Ich habe auch nichts übrig für Spekulanten, aber eines muss man wissen: Wenn Griechenland solider gewirtschaftet hätte, hätten die Spekulanten keine Chance gehabt. Das muss man doch auch sehen. Das sind zwei Seiten einer Medaille.

(Beifall der FDP)

Aber es hilft nichts, weil die Griechen natürlich in so kurzer Zeit ohne Hilfe von anderen nicht klarkommen würden. Deshalb war es notwendig, entsprechende Hilfen zu leisten, und deswegen ist es auch weiterhin notwendig, ein Insolvenzverfahren für Banken auf den Weg zu bringen, wie es in der Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Gelb steht, und die Bankenaufsicht so zu strukturieren, dass es keine Probleme mehr gibt. Es ist notwendig, danach zu versuchen, auf europäischer Ebene Regelungen zu schaffen, die es Spekulanten unmöglich machen, gegen den Euro zu spekulieren.

Nur, mit Verlaub, gute Ratschläge an andere zu geben, ist sehr wohlfeil, und ich möchte gar nicht andere zitieren. Mich hat die Äußerung des eigenen Sprechers unserer Bundestagsfraktion, eines gewissen Herrn Schäffler, schwarz geärgert, der den Griechen empfohlen hat, doch Inseln zu verkaufen, um sich zu sanieren. Das sind Vorschläge, mit denen man auf europäischer Ebene – mit Verlaub! – keinen Erfolg haben wird, und das gilt auch für andere aus anderen Parteien. Ich möchte aber ausdrücklich einen Abgeordneten der FDP nennen, weil mich seine Äußerung schwarz geärgert hat. Das ist nicht geeignet, Vertrauen zu schaffen. Aber genau das muss uns gelingen, und dies ist nur auf europäischer Ebene möglich.

Wenn wir mit dem Finger auf andere zeigen, sollten wir immer wissen, dass einige Finger auch auf uns zeigen. Die Stabilitätskriterien haben wir mit als Erste gebrochen. – So ist das.

(Beifall der FDP)

Wenn wir über die griechischen Verhältnisse wohlfeil in Deutschland reden und mit dem Finger nach Griechenland zeigen, sollten wir wissen, wir sind nur deshalb nicht in so großen Schwierigkeiten wie die Griechen, weil unsere Wirtschaftsmacht deutlich größer ist. Aber dies ändert nichts an der Tatsache, dass Bund, Länder und Kommunen seit Jahren über ihre Verhältnisse leben. Wenn wir nicht in die gleiche schwierige Situation geraten wollen, müssen wir konsolidieren, und zwar sowohl im Bund und in den Ländern als auch in den Kommunen. Deshalb ist es wichtig, dass Sparanstrengungen vorgenommen werden. Wir werden uns zukünftig nicht mehr alles leisten können, aber nur so bekommen wir die Sache geregelt.

(Beifall der FDP –
Eymael, FDP: Bravo!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat nun Herr Ministerpräsident Kurt Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass es mehr als angemessen ist, über ein Thema, das die Menschen so sehr umtreibt wie wenig anderes, in diesem Parlament zu debattieren, nachdem innerhalb von kürzester Zeit, in den letzten zwei Wochen, doch Entscheidungen zu treffen waren, die Deutschland insgesamt tangieren und die sich über Dimensionen erstrecken, die sich für Deutschland auf rund 170 Milliarden Euro als Garantiegrößenordnung belaufen.

In den letzten Tagen – es wird Ihnen nicht anders gegangen sein als mir – wird man vielfach angesprochen von Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere auch von älteren Menschen, die ihre Sorge äußern, eine Sorge, die sich aus der Erfahrung eines Währungsschnittes speist, den sie erleben mussten, und die natürlich vor dem Hintergrund dieser komplexen Materie noch stärker besorgt sind, ob sie noch einmal erleben müssen, dass das, wofür sie gearbeitet haben, wieder infrage gestellt wird. Dies ist eine zentrale Sorge, die sicherlich die Menschen überall in Europa umtreiben würde, wenn man die Gelegenheit hätte, in ähnlicher Weise unmittelbar mit ihnen zu sprechen.

Es ist wohl wahr, dass wir uns bei einer solchen Gelegenheit der Bedeutung und der Chance einer europäischen Zusammenarbeit bewusst bleiben müssen. Dies ist eine Riesenchance für Frieden und Freiheit, aber auch für ökonomische und ökologische Fortschritte und für die Handlungsfähigkeit auf diesem europäischen Kontinent, der viele Nationen, aber eine relativ überschaubare Fläche umfasst, wenn man es einmal mit anderen Kontinenten vergleicht. Es ist natürlich eine Herausforderung an uns alle, die politischen Gegebenheiten so mitzugestalten, dass die soziale Dimension, das heißt das, was den Menschen in Europa dient, auch vernünftig organisiert wird.

Dass es eine große Entscheidung gewesen ist, eine gemeinsame Währung zu schaffen, davon bin ich nach wie vor überzeugt. Dass es zum Beispiel – um nur die Transferkosten von früher, also um nur die Geldtauschkosten von früher einmal zu betrachten – die Bundesrepublik Deutschland und natürlich die Wirtschaft und die Menschen rund zehn Milliarden im Jahr kosten würde, wenn wir noch getrennte Währungen hätten, sei nur ein Beleg dafür, dass es in vielfältiger Weise Bedeutung hat, in diesem Raum eine gemeinsame Währung zu haben. Daran kann es keinen Zweifel geben.

(Baldauf, CDU: Das sehe ich auch so!)

Deshalb wäre es auch ein seltsamer Stil, wenn wir uns wirklich gegenseitig unterstellen würden, dass diese Grundüberzeugungen dadurch infrage gestellt werden, dass man Antworten auf eine Krisensituation unterschiedlich bewertet. Das möchte ich zunächst einmal deutlich machen.

Ich möchte zum Zweiten unterstreichen, dass sich die Landesregierung immer dafür eingesetzt hat, alles zu tun, um dieser Überzeugung gerecht zu werden, auch

dort, wo es gilt, Entscheidungen zu treffen, die helfen können, eine Währung mit zu stabilisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen aber auch, dass wir alles andere als in der Lage wären, heute zu behaupten, dass wir am Freitag vergangener Woche im Deutschen Bundestag und im Deutschen Bundesrat zum letzten Mal solche stützenden Maßnahmen ergreifen mussten.

Sie wissen, dass international höchst angesehene Persönlichkeiten von deutlich größeren Notwendigkeiten sprechen, um auf Dauer Absicherungen des Euro zu schaffen. Deshalb finde ich, verbietet sich ein allzu forschender Ton in diesem Zusammenhang. Es ist eher die Sorge angebracht, die der Präsident der BaFin geäußert hat, als er im Deutschen Bundestag bei der Anhörung geredet hat. Jochen Sanio hat dort gesagt: Eigentlich müsste einem blüherant sein. Mir ist auch nicht gut. –

Das ändert nichts daran, dass man trotzdem handeln muss. Aber mit dem Brustton der Überzeugung jetzt hier zu sagen, wie konntet ihr denn nicht mit zwei Füßen auf die Lösungsansätze, die dort geboten werden, aufspringen, ohne die zweite Seite, nämlich die Vermeidung weiterer Risiken für die Zukunft ausreichend ausgestaltet zu sehen, ist doch ein ziemlich mutiges Unterfangen.

(Beifall der SPD)

Deshalb: Es geht um diesen EU-Schutzschirm.

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Man muss ja nicht zuhören. Ich sage trotzdem, wie ich es sehe.

Es geht um diesen EU-Schutzschirm. Ich habe in zwei Reden, also zu der Griechenlandhilfe und auch am vergangenen Freitag zu diesem Schutzschirm im Deutschen Bundesrat, deutlich gemacht – ich habe auch an der Debatte im Deutschen Bundestag teilgenommen –, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung zu dieser Hilfe steht. Ich habe aber deutlich gemacht, dass eine zweite Seite zu dieser Medaille dazugehört. Das ist die, dass wir nicht immer größere Wunden, die uns gerissen werden, und zwar der europäischen Ökonomie und den Staaten und damit den Menschen, schlicht und einfach mit immer größeren Pflastern versuchen zu versorgen, sondern dass wir alles tun müssen, um nicht neue Wunden entstehen zu lassen.

Ohne Frage gehört dazu Haushaltsdisziplin. Das gilt für Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Irland und für Deutschland.

(Baldauf, CDU: Und für Rheinland-Pfalz!)

– Und für uns. Aber, liebe Kollegen von der CDU, ausgerechnet in einer solchen Debatte, in der es um bundesweite und europäische Dimensionen geht, jetzt hier hinzukommen und eine rheinland-pfälzische Debatte zu führen, dazu sage ich, ja, ich stehe dazu, dass wir auch konsolidieren müssen. Wir werden Ihnen das auch beweisen. Ich werde genau wieder erleben, was ich seit 16 Jahren erlebe. Wenn wir Einsparvorschläge machen,

dann sind Sie hinterm Baum. Wenn draußen jemand dagegen protestiert, stehen Sie auf der Wiese und demonstrieren mit. Das wird kommen.

(Starker Beifall der SPD –
Zuruf der Abg. Bracht und Baldauf, CDU)

Ich sag Ihnen, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

(Weitere Zurufe des Abg. Bracht, CDU)

– Sie sind immer laut, lieber Herr Kollege Bracht. Das weiß ich. Aber Sie konnten nicht einmal einen Haushalt von 1,5 Millionen im Griff behalten und haben sich um ein Drittel verhauen. Also insoweit wäre ich da ganz vorsichtig, anderen über Finanzen Belehrungen geben zu wollen. Da wäre ich ganz vorsichtig.

(Beifall der SPD –
Weitere Zurufe des Abg. Bracht, CDU)

Na ja, Sie wissen, was gemeint ist. Wenn man 1,4 Millionen hat und 400.000 gehen einem verloren und man weiß nicht, wo sie sind, und dann stellt man sich hierher und gibt anderen Belehrungen, wie man mit Finanzen umgeht, da wäre ich unter dem Tisch vor Scham, sage ich Ihnen, lieber Kollege. Da wäre ich unter dem Tisch vor Scham und würde nicht so laut rufen.

(Beifall der SPD –
Zurufe des Abg. Bracht, CDU)

Ich wollte aber doch in dieser Situation in Erinnerung rufen – das nehme ich für den Haushalt Rheinland-Pfalz für 2008/2009 und erst recht für 2009/2010 in Anspruch, wie wir es im Bund mit akzeptiert haben –, wir haben eine Rekordverschuldung, aber wir haben beim Bund auch eine Rekordverschuldung von 80 Milliarden Euro. Ich werfe es ausdrücklich nicht vor, weil es sich zu einem gerüttelt Maß um konjunkturstützende Maßnahmen gehandelt hat. Aber ich lasse es mir auch nicht hier – im Gegenteil – einfach vorwerfen ohne jede Differenzierung. So geht das nicht, zumindest nicht unwidersprochen.

(Beifall der SPD)

Ja, wir müssen uns dieser Konsolidierungsaufgabe stellen, ja auch zum Zweiten, die Kontrollmechanismen innerhalb der Europäischen Union müssen gestärkt werden. Sie werden sehen, das wird ein schwieriges Geschäft; denn wir alle, die wir auch Parlamentarier sind, werden nicht zustimmen, dass das sogenannte Königsrecht der Parlamente jetzt an einen EU-Kommissar abgegeben wird und er dann bestimmt, was in den Haushalten stehen darf oder nicht. Aber darüber wird debattiert. Ich erfinde hier doch keine Geschichten.

Wir müssen also einen anderen Weg finden, einen Weg der Transparenz und sicher auch einen Weg, der dann Korridore bestimmt und stärker deren Einhaltung einfordert, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte doch ein wenig vor Geschichtsklitterung warnen. Als es

um den 480-Milliarden-Rettungsschirm für die Banken gegangen ist, da war es nicht so, dass dort nicht der Versuch vom damaligen Finanzminister unternommen worden wäre,

(Zuruf von der FDP)

– ja, ich war dabei –, ein Regulierungssystem für die Banken mit hinzuzufügen. Das ist an den internen nicht vorhandenen Möglichkeiten der Bundeskanzlerin, dies bei ihrer eigenen Fraktion so durchzusetzen, gescheitert. Ich möchte es Ihnen nur in Erinnerung rufen. So war es.

(Mertin, FDP: Wir haben trotzdem zugestimmt!
Das habe ich gesagt!)

– Das ist richtig. Auf die Zustimmung will ich noch gerne kommen, lieber Herr Kollege, wenn Sie wollen, gerne jetzt.

Ich möchte Ihnen auch gar nicht Herrn Schäffler vorhalten. Da steckt man nicht immer drin, wobei es schon ein Meisterstück war, in der größten Krise den Rücktritt von Herrn Trichet zu fordern. Er war immerhin bis dahin Ihr zuständiger Sprecher. Sie haben ihm Vertrauen zugeordnet. Er kann doch kein Hinterbänkler gewesen sein, wenn man so spricht. Er ist es nicht mehr.

(Dr. Schmitz, FDP: Hier und heute nicht! –
Mertin, FDP: Was ich davon halte, habe ich ja eben gesagt!)

– Ja gut, ich will es ja nur sagen. Man darf es aber in Erinnerung rufen. Bis vor wenigen Wochen hat er die Position der FDP in diesen Fragen vertreten.

Was mich aber mehr befasst, ist: Wie kommen Sie denn dazu, uns hier mit solcher Vehemenz die Tatsache vorzuwerfen, dass wir uns enthalten haben? – Weil dieser zweite Teil, nämlich die Absicherung in die Zukunft hinein, Kontrolle der Banken, eine Abschöpfung von Gewinnen, die niemand wollen kann, nämlich Gewinne, die aus rein spekulativen Geldgeschäften entstehen, die mit Wertunterlegung überhaupt nichts zu tun haben, gefehlt hat, weil man seitens der Berliner Koalition nicht in der Lage war, das in ein Papier zu schreiben und es als Entschließung im Bundestag mit zu vertreten, deshalb hat sich meine Fraktion im Bundestag enthalten.

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Herr Eymael, es ist gut, wenn man schaut, wer sich noch enthalten hat.

(Zuruf des Abg. Mertin, FDP)

Dr. Hermann Otto Solms, der Mann, der, wenn es so gelaufen wäre, wie es vielfach betrachtet worden ist, heute auch Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland sein könnte. Das ist ein von mir sehr hoch geschätzter Kollege.

Wenn sich der finanzpolitische Sprecher der FDP-Fraktion mit einer, wie ich finde, genauso guten Begründung wie es meine, unsere ist, dort der Stimme enthält, dann frage ich Folgendes: Wie kommen Sie dazu zu

sagen, dass eine Fraktion, die insgesamt zu dieser Auffassung kommt, das Gleiche tut, auch mit einigen Ausnahmen, aber im Regelfall das Gleiche tut, dass das, was wir tun, auf einmal verwerflich ist? Wie kommen Sie dazu, mit dieser Verve hier gegen uns zu argumentieren?

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Eymael, FDP –
Zurufe von der CDU und FDP: Oh!)

– Ja, oh. Nicht immer wie es passt.

Ich will jetzt gar nicht darüber reden, dass in der CDU/CSU-Fraktion – –

(Baldauf, CDU: Wir machen's einfach! –
Zurufe von der SPD: Oh!)

– Lieber Herr Kollege, manchmal müsste man Schmerzensgeld bekommen für Ihre Zwischenrufe.

(Beifall der SPD)

Ich will jetzt gar nicht zitieren, wer in der CDU/CSU mit Nein gestimmt und wer sich enthalten hat.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Kleinlich!)

– Ja, Entschuldigung, wir bekommen es vorgehalten. Wenn ich dann zurückargumentiere, dann stöhnen Sie. Das tut manchmal weh, aber so ist es.

(Eymael, FDP: Einzelne Abgeordnete! –
Baldauf, CDU: Bei euch waren es alle!)

– Ja, aber wenn Ihre führenden Leute etwas anders tun als Ihre Fraktion, dann müssen Sie das auch gegen sich gelten lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren. So ist das nun mal.

(Beifall der SPD)

Es war doch kein Sozialdemokrat, der sofort nach Karlsruhe gegangen ist und versucht hat, dieses ganze Paket zu verhindern. Das war einer der CDU.

(Licht, CDU: Ja und!)

– „Ja und“ sagt er. Das war Herr Gauweiler. Da sagt er „ja und“. Wir hätten es zwar beinahe kaputtgemacht, wenn es uns gelungen wäre, es ganz kaputt zu machen, aber na und. Der liebe Gott hat Rheinland-Pfalz schon beschützt.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage noch einmal, diese zwei Teile gehören zusammen, und zwar erstens, diese Operation zu machen, wenn man helfen muss, und zweitens, dafür zu sorgen, dass nicht neue Wunden gerissen werden. Dies muss durch Konsolidierung, durch Transparenz der Konsolidierung und dadurch geschehen, dass man endlich wirksame Instrumente zur Finanzmarktsteuerung einsetzt.

Ich fand gut, dass der Bundesfinanzminister in den Debatten auf die Argumentation eingeschwenkt ist und gesagt hat: Ja, wir weichen von dem Beschluss des Koalitionsausschusses in Berlin, der zwei Tage vorher getagt hat, ab und sagen, erster Versuch G-20-Ebene, einverstanden, zweiter Versuch, europäische Ebene, einverstanden, dritter Versuch, Euroraum, einverstanden. –

Wenn Sie am Wochenende die Presse nachlesen, werden Sie unsere Skepsis verstehen, warum man darauf bestanden hat, dass das auch in einem Entschließungsantrag stehen sollte. Frau Homburger, die Fraktionsvorsitzende der FDP, hat deutschen Presseorganen erklärt, sie fühle sich an diese Transaktionssteuer nicht gebunden. Sie können das in einer ganzen Reihe von Zeitungen vom Samstag nachlesen. Sie glauben doch nicht etwa, dass wir auf ein solches Glatteis gehen, dass man uns nichts gibt, sondern nur Verantwortung zuschieben will? Warum ist nicht der vielgescholtene Bundeskanzler Schröder – seine Vorgänger übrigens auch, Helmut Kohl auch – – Sie haben bei schwieriger Lage nicht nur die Opposition eingebunden – das ist punktuell auch passiert –, sondern haben die Regierungen der Länder zu einem Gespräch eingeladen. Die jetzige Bundesregierung hat dazu keine Veranlassung gesehen.

(Zuruf von der SPD)

Wenn man also nicht eingebunden wird, wenn man innerhalb von zwei Tagen ein Gesetz serviert bekommt – bei der Griechenlandhilfe kam am Tag, bevor wir zustimmen sollten, noch ein Gesetz, in dem stand: (x x), wo dann die Milliarden stehen sollten –, wenn man in wenigen Tagen eine solche Entscheidung treffen soll, dann kann man nur Mitverantwortung übernehmen, wenn man auch gehört und einbezogen worden ist. Das ist auf eine sträfliche Weise vernachlässigt worden.

(Baldauf, CDU: Das gilt für dieses Haus genauso!)

– Das gilt für dieses Haus überhaupt nicht. Ich sehe nicht, dass wir die Kommunen nicht immer in unsere Gespräche einbezogen haben. Also, nicht ablenken.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Lassen Sie mich noch einiges hinzufügen, was bis heute an Unklarheit noch besteht.

(Zuruf von der CDU)

Eine sogenannte Zweckgesellschaft ist beschlossen worden, die nach luxemburgischem Recht gebildet werden soll. Ich habe bis heute keine Ahnung, wie das im Einzelnen aussehen soll.

(Licht, CDU: Rheinland-Pfalz ist die G-7!)

Man kann sagen: Müsst ihr nicht wissen. – Aber warum muss ich dann zustimmen, wenn ich es nicht wissen darf?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eine Frage an die Vertreter der Bundesregierung gestellt. Sie wissen, wie sich das aufteilt, 250 Milliarden Euro soll der

Internationale Währungsfonds bringen, 440 Milliarden Euro sollen von den Nationalstaaten im Euroraum verbürgt werden und 60 Milliarden Euro von der EU. Mich hätte interessiert, wenigstens eine Auskunft zu bekommen, was ausgehandelt worden ist. Heißen die 60 Milliarden Euro, dass wir auch für Großbritannien und seine Währungsprobleme in Zukunft geradestehen müssen? Wie wir wissen, sind diese nicht gering. Man wird das doch fragen dürfen, bevor man die Hand für ein Gesetz heben soll.

Ich hätte gern gewusst, was ist, wenn Mittel Not leidend werden, die in Höhe von 60 Milliarden Euro insgesamt von der EU erbracht werden sollen? Was bedeutet das für die Länder, für die EU-Programme von Küstenschutz und Agrarhilfe über die unterschiedlichen Strukturhilfeprogramme hinweg? Das muss man doch fragen dürfen.

Was würden Sie zu mir sagen, wenn ich hierher gekommen wäre und hätte gesagt, Sie fragen mich, was ist, wenn das Not leidend ist, und ich sage, ich habe nicht einmal gefragt. Daran habe ich nicht gedacht. Ich muss Ihnen heute sagen, ich habe keine Antwort bekommen, weil man es wahrscheinlich bis dahin nicht erörtert hat.

Leider könnte man solche Beispiele nicht in dieser Dimension, aber insgesamt fortsetzen. Deshalb fühle ich mich hier in keiner Weise angegriffen oder zumindest berechtigt angegriffen, weil es zu dieser Stimmenthaltung kam, die im Bundesrat noch einmal anders aussieht. Da besteht dann die Frage, ob man den Vermittlungsausschuss anruft oder nicht. Wir haben von vornherein gesagt, wir halten das Gesetz nicht auf, wir hätten es aufhalten können. Wir hätten nur Fristeinrede machen müssen. Jedes Land kann Fristeinrede machen. Ich glaube, es versteht sich von selbst, dass man das bei solchen Dimensionen nicht macht, auch wenn die Kürze der Zeit einen unendlich bedrückt.

Zweitens hätten wir versuchen können – ob mit Mehrheit, ist noch eine Frage –, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Wenn man in einer solchen Sackgasse ist, haben wir am Ende gesehen, dass jeder Tag bedeuten kann, dass die Finanzspekulationen dieser Welt noch einmal Milliarden Gewinne erbringen und die Steuerzahler letztendlich dafür geradestehen müssen.

Aber dass deswegen trotzdem noch dieser ganze Fragenkatalog offen war, hat uns zu der Haltung bewogen, zu der ich nach wie vor stehe, die eine vernünftige und verantwortliche war.

Sie haben die Frage gestellt oder haben das in Ihrem Thema aufgenommen, was das für Rheinland-Pfalz bedeutet. Unmittelbar sind wir an den 440 Milliarden Euro nicht beteiligt. Ob wir über die 60 Milliarden Euro indirekt tangiert sind, kann ich nicht sagen. Ich habe es eben ausgeführt. Aber dass natürlich, wenn Mittel in beachtlicher Größenordnung Not leidend würden, das auch an unserer Finanzsituation nicht vorbeigeht, wissen wir meiner Meinung nach alle. Da gibt es Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die natürlich auch sofort auf dem Prüfstand wären, und vieles andere mehr. Aber unmittelbar, zum Unterschied vom Bankenschirm, wo wir, die Länder, bei den 480 Milliarden zusammen mit 7,7 Milli-

arden Euro beteiligt sind, sind wir es hier mittelbar, aber nicht unmittelbar. Das will ich hinzufügen dürfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht jetzt darum, dass wir uns in der Tat klar werden, wie der Weg weitergeht. Haushaltsdisziplin habe ich angesprochen. Das wird erst spannend, wenn es konkret wird, und es wird konkret. Der zweite Punkt ist, wie wir mit den öffentlichen Einnahmen umgehen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich habe keine Ahnung mehr, wie es auf der Bundesebene weitergehen soll. Vielleicht wissen wir nach der Juni-Klausur, die die Koalition angekündigt hat, etwas mehr. Die Steuersenkungsversprechen scheinen ja abgeräumt.

Jetzt kommt der Kollege Müller aus dem Saarland und redet von Steuererhöhungen. Auch rheinland-pfälzische CDU-Bundestagsabgeordnete sagen, in der Abwägung zwischen der Finanztransaktionssteuer oder anderen Finanzsteuern kann man dann ja doch vielleicht lieber auf die Mehrwertsteuererhöhung verzichten. Das fand ich eine spannende Abwägung. Ich habe gedacht, das sei gar nicht in der Abwägung. Vielleicht ist es auch nur so dahergeredet, aber es ist ja nicht unspannend.

Wie ist es denn wirklich? Kommt jetzt eine Finanztransaktionssteuer, die im Übrigen nicht die kleinen Sparer trifft? Herr Kollege Dr. Kühl wird Ihnen das nachher gern noch einmal darstellen, weil ich nicht zu lange reden will, aber bei einer – – –

(Vereinzelte Heiterkeit im Hause)

– Na ja, gut. Wir reden hier gerade einmal über 750 Milliarden Euro. Wir haben schon über weniger hier länger geredet.

(Baldauf, CDU: Ich würde auch gern mal so lange reden, wenn es so wichtig ist! Das wird man doch dürfen!)

– Ich freue mich immer über Ihre Ernsthaftigkeit, Herr Kollege.

(Baldauf, CDU: Ja, sehen Sie!)

Ich will deutlich machen, es ist natürlich eine völlig falsche Unterstellung, dass das die kleinen Sparer oder die Transaktion jetzt von ein paar Aktien, die man hat, betreffen würde. Das sind geringste Beträge. Aber wenn man Hunderte von Milliarden um den Erdball jagt, dann sind das riesige Beträge. Das ist der Punkt. Das kann man auch nachrechnen.

(Bauckhage, FDP: Es ist die Frage, von wo es gemacht wird!)

– Ja, das muss gemacht werden.

(Bauckhage, FDP: Von wo?)

– Bitte?

(Bauckhage, FDP: Von wo es gemacht wird?)

– Na ja, da gibt es ganz interessante Vorschläge, beispielsweise die Überlegung: Kann man denn solche Papiere nicht über Börsentitel transparent machen, absichern und entsprechend kontrollieren? –

(Bauckhage, FDP: Das ist unstreitig!)

Es ist ja nicht so, dass man nichts tun kann. Dann wären wir im Übrigen bei einer Steuerart, die wir schon kennen, also nicht in Deutschland, aber in der Welt. Es gibt schon Ideen, wie das auch praktisch gehen kann.

(Bauckhage, FDP: Da müssen aber alle mitmachen!)

– Nein, nein, das müssen sie nicht. Es geht im EU-Raum, ganz ohne Frage.

(Bauckhage, FDP: Im EU-Raum!) –
Weitere Zurufe im Hause)

– Entschuldigung, was heißt „aber“? Ich sehe gar nicht, dass das nicht geht. Ich habe beispielsweise mit Jean Claude Juncker telefoniert, der für diese Fragen für den EU-Raum zuständig ist. Er ist sehr dafür, dass wir das machen, und meint auch, dass wir das hinkriegen können. Es ist nicht so, dass man das nicht hinbekommen kann. Es gibt viele Umsetzungsmöglichkeiten, das dann auch zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, dass wir auf der einen Seite wirklich dranbleiben und auf der anderen Seite jetzt sehr aufpassen müssen, dass wir bei dem Thema „Sparen“ nicht einen neuen kapitalen Fehler in ganz Europa machen. Es ist keine Frage, dass wir konsolidieren müssen. Aber wenn ganz Europa seine investiven Ausgaben und auch in gewissem Maße, wenn es übertrieben wird, konsumtiven Ausgaben überzogen zurückfährt, haben wir eine Situation, die von der Nachfrage in China und anderswo nie und nimmer ausgeglichen werden kann. Das heißt, wir sind in der konkreten Gefahr, in eine wirtschaftliche Rezession wieder hineinzulaufen. Das ist eine Frage von Maß und Ziel.

Ich sage nicht, dass wir nicht sparen sollen. Das ist eine massive Gefahr. Wenn Sie die Wirtschaftszeitungen in den letzten Tagen gelesen haben, wird sie doch auch deutlich beschrieben. Es besteht eine massive Gefahr. Wenn dieser Euro-Raum in diese ganz harte Sparebene hineingeht, dann haben wir ein neues Problem. Dann bekommen wir statt dieser durchaus berechtigten Hoffnung einer Kurve, die sich jetzt wieder nach oben bewegt, die große Gefahr, dass es uns wegkippt und wir mit der Wirtschaft wieder nach unten gehen mit all den Folgen, dass wir noch mehr sparen müssen usw.

Ich rate dazu, dass wir darüber reden, dass wir darüber debattieren. In sehr begrenztem Umfang geht es auch um unseren Haushalt, aber in der Summe aller Haushalt in dieser Europäischen Union ist dies ein massives Thema. Ich möchte nicht, dass irgendwann gesagt wird „Na ja, haben wir ja nicht gewusst“, oder „Darüber ist ja nie geredet worden.“ – Wir müssen uns auch da verantworten.

Wissen Sie, wenn man sagt, wir haben über unsere Verhältnisse gelebt: Haben wirklich griechische Arbeiter über ihre Verhältnisse gelebt? – Das glaube ich nicht.

(Zurufe von der CDU)

– Entschuldigung, hier ist ja über Griechenland geredet worden, als wären die Griechen die zu Verspottenden dieser Welt.

(Starker Beifall der SPD)

Dort haben die Reichen und Reichsten keine Steuer bezahlt – und der Staat hat es zugelassen, das ist die zentrale Krux, meine Damen und Herren –, und nicht der Fischer, der mit ein paar Kilo Fisch heimkommt, hat die Krise angerichtet. Nur, damit wir uns gegenseitig nichts vormachen, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall der SPD)

Wir haben Steuermodelle zugelassen, dass man mit griechischer Flagge in der Welt mit Schiffen herumfährt und mit Flugzeugen herumfliegt, weil das alles so steuergünstig war. Am Ende haben Sie dann dem Rest der Europäischen Union Zahlen verkauft, die mit der Realität des Lebens nichts zu tun hatten. Ich behaupte, auch in Deutschland leben die Menschen nicht über ihre Verhältnisse. Es ist doch schlicht und einfach nicht wahr, dass der Lohn ein Problem ist.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, das ist schlicht und einfach nicht wahr. Das sagt Ihnen auch jeder Volkswirt, wenn Sie sich es einmal anschauen. Wir haben in den letzten zehn Jahren über 8 % Reallohnverluste. Das ist im Übrigen auch ein Thema, dieses Europa in der Balance zu halten. Ich will es aber nicht vertiefen. Wir tun hier manchmal so, als müssten wir Bauklötzchen aufeinander stapeln, aber es ist ein bisschen anspruchsvoller, was uns abverlangt wird mit unserem bescheidenen Teil und dem Teil, den wir in Berlin mit zu entscheiden haben.

Meine Damen und Herren, deshalb Sparen mit Augenmaß und Sinn – ich glaube, das ist, wenn wir es gründlich überlegen, unsere allergrößte Sorge –, dass wir in der Hinsicht vorgehen, dass Vertrauen in die Demokratie und in die Handlungsfähigkeit der Staaten und der gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten nicht kaputtgeht. Dazu gehört auch, dass wir in Deutschland endlich handeln. Das hätte schon vor Monaten geschehen sein können, dass wir handeln.

Wenn eine Bank wie die HRE – Hypo Real Estate –, die nur noch lebt, weil sie am Tropf der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hängt, mit einem Vorstandsvorsitzenden einen Vertrag abschließt, wonach er dann, wenn er länger als ein Jahr bleibt – er ist nach 18 Monaten ausgeschieden – im Monat 240.000 Euro Rente erhält – nach 18 Monaten, aber nach einem Jahr hätte er die auch schon gehabt –, müssen wir verdammt aufpassen, wenn wir zu den Leuten gehen und sagen „Ihr müsst den Gürtel enger schnallen“, dass uns die Menschen am Ende noch folgen.

Eine andere Bank – ich rede von der Commerzbank –, die auch zu einem Löwenanteil, zumindest mit einem großen Batzen, durch den Staat mitgestützt wird, hat unter Stimmenthaltung der Vertreter des Bundes beschlossen, wie man heute in Zeitungen nachlesen kann – die ganze Zeit habe ich gedacht, es ist schwierig, das herauszubekommen, weil das alles hoch geheim ist, aber heute schreibt die „Stuttgarter Zeitung“ in ihrem Wirtschaftsteil, dass man die Stimmzahlen und Stimmgewichtungen usw. hochgerechnet habe, was zu dem Ergebnis geführt habe, dass sich wohl die Vertreter des Bundes der Stimme enthalten haben –, in dieser schwierigen Zeit einen Vorratsbeschluss zu fassen.

Danach sollen die Vorstandsgehälter, die nach den Regeln des Bankrettungsschirmes auf 500.000 Euro plus dem, was man dazu hat, begrenzt sind, vorsichtshalber durch einen Reservebeschluss auf 750.000 Euro angehoben werden, wenn es wirtschaftlich besser gehe. „Wirtschaftlich besser gehen“ ist so definiert, wenn man für die Bundesanteile, die in der Bank stecken, die Zinsen bezahlen kann. In diesem Fall erhöhen sich die Gehälter um eine Viertelmillion Euro.

Wir müssen über solche Fragen reden. Meinetwegen können die sich goldene Klosschüsseln bauen – das ist mir persönlich so egal wie nur etwas –, aber wenn wir mit den Menschen darüber reden und wenn Kollegen kommen und sagen, auch an der Bildung darf das Sparen nicht vorbeigehen usw., wir aber solche Dinge nicht in den Griff bekommen, ist das schwierig. Wir versuchen das noch nicht einmal in dieser Republik. Die Berliner Koalition ist noch nicht einmal zu einem Versuch in der Lage, weil man sich nicht einigen kann.

(Bracht, CDU: Haben Sie es versucht?)

– Ja, wir haben es versucht. Auf den Zuruf habe ich gewartet. Wir haben es versucht, aber das ist in der Großen Koalition immer von Ihrer Seite aus verhindert worden, lieber Herr Kollege. Machen Sie sich da nichts vor.

(Beifall der SPD –
Baldauf, CDU: So ein Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch, sondern das war exakt so.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Nein, nein, wir sind nicht die Engel der Nation, aber ihr hört nicht gerne das, was ihr nicht hören wollt. So sind aber die Realitäten.

Ich sage Ihnen, wenn wir das nicht in den Griff bekommen, werden wir auch nicht zu den Menschen hingehen können und ihnen sagen: Jetzt müsst ihr da und dort verzichten. –

Lieber Herr Baldauf, es gab eine Kollegin und einen Kollegen, die haben mich geradezu angegiftet, ich müsste mich bei der Welt entschuldigen, weil ich gesagt habe, es stünden auch Nacht- und Feiertagszuschläge auf dem Prüfstand. Heute steht noch viel, viel mehr auf dem Prüfstand. Das war damals wahr, und das ist heute wahr. Sie werden sehen, das wird noch das Geringste

sein, was auf den Tisch kommt, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Wenn wir bei den Menschen an diese Zahlungen gehen und wir nebenan Menschen haben, die nach 18 Monaten Arbeitszeit 250.000 Euro Rente im Jahr bekommen, werden die Leute zu Recht sagen: Das machen wir nicht mit. –

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Das will Herr Kollege Eymael nicht hören, aber das ist so.

(Eymael, FDP: Das kann man uns nicht vorwerfen!)

– Ich halte es Ihnen vor, weil Sie nichts tun. Ihre Partei und die CDU/CSU verhindern das.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Ja, das ist immer verhindert worden. Weshalb macht ihr es nicht jetzt?

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Ach so, jetzt ist es nicht mehr opportun. Ihr wollt im Bund regieren, habt eine Traumphochzeit gefeiert, aber es ist ein Albtraum geworden, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Was musste ich mir über Jahre hinweg alles anhören?

(Abg. Eymael, FDP, verlässt seinen Platz)

– Herr Eymael, laufen Sie nicht fort. Sie wissen, wie das ist, wer rausgeht, kommt auch immer wieder rein. Das war im Parlament schon immer so.

(Unruhe bei der FDP)

– Ich habe die Zwischenrufe nicht gemacht.

Ich wollte eigentlich versöhnlich, aber sehr ernsthaft enden.

(Unruhe bei CDU und FDP)

Ich möchte Papst Benedikt XVI. zitieren. Das stammt nicht von irgendwann, sondern ich zitiere aus einem Newsletter von Radio Vatikan am 23. Mai dieses Jahres. Er hat gesagt: „Die Politik muss den Primat über die Finanzen haben, und Ethik muss alles Handeln bestimmen.“ – Das hat er am Samstag im Vatikan vor dem Kongress einer Stiftung gesagt. Weiter heißt es in dem Bericht: „Eine der größten Gefahren bestehe heute darin, dass der tatsächlichen Abhängigkeit der Menschen und der Völker untereinander keine ethische Wechselbeziehung von Gewissen und Verstand der Beteiligten entspricht“ (...) Dieses Miteinander von Gewissen und Verstand erweise sich bei den Regierungen angesichts

der wiederholten Fälle unverantwortlicher Spekulationen gegenüber schwächeren Ländern als ungenügend ausgeprägt. Sie reagierten gegenüber der Finanzwelt nicht mit der gebotenen Entschlossenheit.“ – Ich meine, wir sollten uns davon alle angesprochen fühlen. Ich meine auch, dass uns diese Gedanken dazu bringen müssen, in der Tat zu handeln. Ich finde, es ist allerhöchste Zeit.

Wir haben hinsichtlich der finanziellen Risiken, die wir alle – die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Europa und in Deutschland – übernommen haben, Dimensionen erreicht, die kaum noch jemand überschauen kann. Niemand kann uns sagen, dass wir den Grund des Sees schon sehen können. Ich hoffe sehr, dass wir am Grund angelangt sind, aber niemand kann uns das wirklich garantieren. Wenn das aber so ist, muss die Frage der ethischen Verantwortung eine Rolle spielen. Ich hoffe, dass sich die Diskussionen, wenn die Aufregungen ein bisschen gedämpft sind, auch in eine solche Richtung bewegen und daraus Handeln entsteht hinsichtlich des eigenen Verhaltens, aber auch hinsichtlich einer klaren Position, damit diese Art, Währungen und Nationen kaputt zu spekulieren, auf dieser Welt, zumindest aber in Europa, nicht mehr geduldet wird.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich begrüße Gäste im Landtag, und zwar Mitglieder des Katholischen Frauenbundes Worms-Herrnsheim. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Ramsauer das Wort. Ihm steht ebenso wie allen anderen Kolleginnen und Kollegen eine Redezeit von elf Minuten zur Verfügung.

(Unruhe im Hause)

Abg. Ramsauer, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Baldauf, Sie haben vorhin die rhetorische Frage gestellt, wollen wir den Euro oder wollen wir ihn nicht. – Selbstverständlich wollen wir den Euro.

(Baldauf, CDU: Sehr gut!)

Selbstverständlich wissen wir, dass die Wirtschaft und die Menschen in unserem Land davon große Vorteile haben. Wenn wir ihn aber sichern wollen, braucht es dazu klare Entscheidungen. Das war unser Problem. Der Ministerpräsident hat es eben dargestellt, solche klaren Entscheidungen werden im Augenblick in Berlin nicht getroffen.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Die Kanzlerin spricht im Augenblick von einer Finanzmarktsteuer. Der Journalist Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“ nennt das eine

„Finanzdingsbumssteuer“. Dies deshalb, weil hier ein Etikettenschwindel überdeckt werden soll. Herr Westerwelle kommt nämlich mit einer Finanzaktivitätssteuer, die wesentlich weniger einbringen und wesentlich anders greifen kann und höchstens eine Milliarde Euro im Jahr generieren kann, während wir sagen, wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer, die immerhin im Jahr 26 Milliarden Euro erbringen kann.

Der Herr Ministerpräsident hat eben deutlich gemacht, dass das Geld nicht von den kleinen Sparern, sondern von den Spekulanten kommen soll.

Sie haben gefragt, was die SPD will, und ich habe versprochen, es Ihnen in der zweiten Runde zu sagen. Ich sage Ihnen: Dieser Schutzschirm hat nur dann einen Sinn, wenn wir uns auch an die Ursachen wagen, wenn wir sie bekämpfen. Wir wollen wirksame Regeln gegen Spekulanten und eine Beteiligung der Verursacher an den durch die Krise entstandenen Kosten.

(Beifall der SPD –
Baldauf, CDU: Wie sehen die aus?)

Wir wollen erstens eine Finanztransaktionssteuer, die aber, da dies nicht so schnell zu haben ist, nicht unbedingt global sein muss, sondern die auch, wie das britische Vorbild zeigt, national oder, wie es die Bundesregierung inzwischen erörtert, europäisch implementiert werden könnte. Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer, um kurzfristige Spekulationen einzudämmen.

Wir wollen zweitens die Verflechtung der Ratingagenturen auflösen. Wir wollen diese Ratingagenturen einmal selbst raten. Wer von uns weiß denn, wer überhaupt dahintersteckt?

Wir wollen drittens spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen verbieten.

Wir wollen viertens die Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung weiter verstärken.

Wir wollen fünftens Spekulanten das Handwerk legen und an den Kosten der Krise beteiligen. Das hat in der Diskussion und bei der Vorbereitung des Beschlusses gefehlt. Die Regierung war nicht in der Lage, einen Konsens zu finden, und deshalb konnte sie einen entsprechenden Entschließungsantrag nicht mit unterschreiben.

Was kommt jetzt auf uns zu? Wir haben schon angesprochen, dass am 7. Juni in Meseberg eine Kabinettsklausur stattfinden soll. Alles, was man liest und hört, deutet darauf hin, dass hier wieder die alten Ideen greifen: Die Zeche ist im Endeffekt von den kleinen Leuten zu zahlen, nicht aber von denen, von denen vorhin gesagt worden ist, dass sie nach 18 Monaten – so lange hat früher der Wehrdienst gedauert – eine solche Pension bekommen.

(Zurufe von der FDP)

Man hört, dass insbesondere das Arbeitsministerium und Transferleistungen wie Arbeitslosengeld, Hartz IV und Ähnliches im Visier seien. Man hört – auch wenn noch so oft das Gegenteil beteuert wird –, dass anscheinend

die Nacht- und Feiertagszuschläge im Visier sind. Man hört tatsächlich auch, dass über die Mehrwertsteuer diskutiert wird.

Bevor anderes auf dem Tisch liegt und bevor man prüfen kann, wie die Lasten verteilt sind und wie gerecht sie verteilt sind, wird wieder nach dem alten Rezept verfahren, dass nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentner sowie diejenigen, die gern arbeiten würden, die Zeche bezahlen müssen. Dann kann man einer solchen Situation natürlich nichts Gutes abgewinnen.

Man muss darauf schauen, dass die Lasten zwischen denen, die mehr leisten können, und denen, die vom Leben weniger haben, gerecht verteilt werden. Darüber muss sensibel diskutiert werden. Dann kann man unter Umständen auch einen Konsens finden.

Herr Mertin, Sie wissen ganz genau, dass es damals einen 10-Punkte-Plan gab, der nicht zu verwirklichen war. Einen solchen Plan gab es jetzt nicht. Wir bestehen darauf, dass das auf den Tisch muss. Wir wollen darüber diskutieren. Die Situation, die wir jetzt haben, wird an uns allen nicht spurlos vorbeigehen. Sie wird an den Haushalten und auch an den Menschen nicht spurlos vorbeigehen. Genau deshalb muss man wachsam sein, und genau deshalb ist es so misslich, dass wir zurzeit eine Bundesregierung haben, die in dieser für die Menschen in Europa existenziellen Frage nicht handlungsfähig ist.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die CDU-Fraktion hat Kollege Rosenbauer das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Wenn Sie Ihre Rede vier Wochen vor der Wahl gehalten hätten, es also eine Wahlkampfredewesen wäre, hätte ich das eine oder andere verstanden.

(Ramsauer, SPD: Dann hätten Sie es auch nicht verstanden!)

Aber das, was Sie hier geäußert haben, kann man nicht verstehen. Ich will nur auf einen Punkt eingehen. Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: „Ihr macht nichts, ihr seid an allem schuld, ihr schenkt keinen reinen Wein ein, ihr unternehmt nichts gegen die Banker, die diese Gelder haben“, muss ich Ihnen sagen:

(Ministerpräsident Beck. Das habe ich nicht gesagt!)

Es kann sein, dass Sie die Diskussion in den letzten Wochen und Monaten – auch schon im letzten Jahr – nicht verfolgt haben. Es geht um den Ansatz. Das, was Sie machen, ist rein populistisch. –

Herr Beck, ich frage Sie jetzt einmal: Was machen Sie denn? – Gerade Ihre Landesregierung wollte doch am

Nürburgring 30 Millionen Euro durch Bankgeschäfte erwirtschaften, die ganz woanders getätigt werden und die Sie hier gleichzeitig beklagen. Sie wollten sich doch genau dieser Mittel bedienen. Jeder normale Mensch fragt sich schließlich: Was steckt denn dahinter, wenn ich eine solche Rendite erhalte? –

(Beifall der CDU)

Zweite Frage – ich gebe mich jetzt auf das gleiche Niveau –: Was haben Sie denn getan, damit Boris Becker für einen Auftritt 50.000 Euro bekommt? – Auch das verstehen die Leute draußen nicht.

(Beifall der CDU)

Wir könnten mit diesen Punkten noch weitermachen. Sagen Sie jetzt aber nicht, das sei nicht vergleichbar.

(Ministerpräsident Beck: Zu Ihnen sage ich am besten gar nichts!)

– Vielleicht ist das besser so; sonst müssten Sie nämlich eingestehen, dass ich recht habe. – Was diese Finanzierungsgeschichte am Nürburgring betrifft: Jeder, der einen etwas konservativen Ansatz hat und sich überlegt, wo diese Rendite herkommt, hätte sich denken müssen, dass das auf diesem Weg nicht zu erwirtschaften ist und dort noch andere Geschäfte eine Rolle spielen müssen. Ich frage Sie: Was machen Sie konkret? –

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Bei der Verschuldung ist es das Gleiche. Was haben Sie denn in den letzten Jahren gegen die Verschuldung unternommen? Tatsache ist doch, dass die Steuereinnahmen noch nie so hoch waren wie in den Jahren 2007 und 2008. Was ist denn mit der Konsolidierung?

(Zurufe von der SPD)

Jedes Jahr haben wir neue Schulden aufgenommen. In jedem Jahr sind es nicht weniger, sondern mehr Schulden geworden. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Hartloff, SPD: Nur Ihre Forderungen werden noch größer!)

Ich finde, es zeugt von Doppelmoral, sich hier hinzustellen und andere Kollegen so anzugehen. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP –

Schweitzer, SPD: Was war denn das für ein Auftritt?

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Mertin von der FDP-Fraktion.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Herr Ramsauer, ich habe vorhin dar-

gestellt, die FDP-Fraktion hat zugestimmt, dass die Große Koalition einen Rettungsschirm gespannt hat, bei dem nicht alles geklärt war und uns auch nicht mitgeteilt werden konnte, wie es geklärt werden sollte. Ursachen, die unter Umständen eine Rolle hätten spielen können, haben Sie genannt. Ob es so ist, weiß ich nicht; ich war nicht dabei. Ich stelle nur fest, dass wir in Abwägung der Vor- und Nachteile, die es dabei gibt, zugestimmt haben. Ich stelle weiterhin fest, dass Sie sich in einem vergleichbaren Zeitraum, als auch nicht alles klar war, anders entschieden haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie haben Ihre Gründe, aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass viele Fragen, die Sie hier aufwerfen, auf europäischer Ebene gar nicht so schnell geklärt werden konnten, wie es notwendig gewesen wäre, um den Spekulanten an der Stelle das Handwerk zu legen. Das wissen Sie ebenfalls. Das geht überhaupt nicht so schnell.

(Beifall der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich lobend hinter Herrn Solms gestellt. Es wäre schön, wenn Sie das im Zusammenhang mit seinen sonstigen finanzpolitischen Vorstellungen ebenfalls getan hätten.

(Beifall bei FDP und CDU –
Baldauf, CDU: Das ist wohl wahr!)

Seine finanzpolitischen Vorstellungen bekämpfen Sie ansonsten landauf, landab. Im Vergleich zu dem Kollegen, den ich vorhin namentlich genannt habe, sehe ich das bei dem Kollegen Solms anders. Es ist seine persönliche Meinung, und es gehört zur Demokratie, dass er sich in dieser Weise sachlich äußern kann.

Aber wenn Sie mich darauf hinweisen, wer sich in der FDP-Fraktion wie verhalten hat, sage ich Ihnen: Ich erinnere mich, in der Zeitung gelesen zu haben, dass einige SPD-Bundestagsabgeordnete, die für Europa zuständig sind, gar nicht mitgestimmt haben, weil sie eigentlich zustimmen wollten. Ich finde die Haltung von Herrn Solms, der sich öffentlich hinstellt und sagt, er sehe das anders, mannhafter und ehrlicher, als einer Abstimmung fernzubleiben.

(Beifall bei der FDP)

Ich hoffe, ich tue keinem Kollegen Ihrer Fraktion unrecht. Jedenfalls habe ich das so in der Zeitung gelesen. Die Journalisten gaben an, dass einige Damen und Herren Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion aus diesem Grunde ferngeblieben sind. Daher ergibt es wenig Sinn, wenn wir uns das an dieser Stelle vorwerfen.

(Ministerpräsident Beck: Ihr habt uns doch die Enthaltung vorgeworfen, nicht umgekehrt!)

– Die halte ich Ihnen weiterhin vor.

Sie haben mir aber ein einzelnes Fraktionsmitglied vorgehalten. Jetzt halte ich Ihnen Fraktionsmitglieder der SPD vor, die eigentlich zustimmen wollten, aber nicht

den Mut hatten, das öffentlich zu bekennen, sondern lieber der Abstimmung ferngeblieben sind.

(Beifall der FDP –
Ministerpräsident Beck: Wenn es denn so war!
Ich weiß es nicht! Ich habe das Protokoll
zitiert des Bundestags!)

Es ist wahrer Mut, das zu bekennen. Ich habe nur die Medien zitiert wie Sie auch.

Herr Ministerpräsident, wissen Sie, wenn jemand an der Abstimmung nicht teilnimmt, dann kann im Protokoll nur festgehalten werden, dass er nicht teilgenommen hat, aber nicht aus welchem Grund. Deswegen ist die Haltung von Herrn Solms viel lobenswerter. Er hat öffentlich bekannt, wofür er steht. Das ist meines Erachtens ein Unterschied.

(Beifall der FDP –
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Nein, die sind der Sache ferngeblieben.

(Ministerpräsident Beck: Ich rede von mir und den anderen Bundestagsabgeordneten!)

– Sehen Sie, ich rede auch von den anderen, die anders als Herr Solms entschieden haben. Was für den einen gilt, gilt für den anderen auch.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Ich lasse gegenüber Ihrer Argumentation nicht gelten, dass Sie sagen, es sei in diesem Fall verantwortungsvoller, sich enthalten zu haben, weil nicht alles geklärt war. Wir haben uns zu einem früheren Zeitpunkt, an dem auch nicht alles geklärt war, nicht in die Büsche geschlagen, sondern Verantwortung übernommen. Das ist der Unterschied, auf den ich hinweisen wollte.

(Beifall der FDP)

Mit Verlaub – vorhin ist es schon gesagt worden –, dass Griechenland aufgenommen wurde, haben andere damals mit beschlossen. Ich meine, dann hätte es auch ein Stück weit zur Ehrlichkeit gehört, sich jetzt auch daran zu beteiligen, die Sache wieder zu bereinigen. Auch das muss man festhalten.

(Beifall der FDP –
Ramsauer, SPD: Waren Sie denn gegen die Aufnahme?)

– Entschuldigung, ich habe damals nicht der Bundesregierung angehört. Die Bundesregierung hat über die europäischen Gremien die Möglichkeit gehabt, die vorgelegten Zahlen zu überprüfen. Sie sind akzeptiert worden. Das ist okay. Ich werfe es Ihnen nicht weiter vor.

Dann werfen Sie uns nicht vor, dass wir im Schweinsgalopp schnell Dinge entscheiden müssen, um das zu verhindern, was wir alle nicht wollen, nämlich dass der

Euro den Bach heruntergeht. Das ist für uns viel schlimmer, als wenn wir diese Hilfen wahrnehmen.

(Beifall der FDP –
Hartloff, SPD: Seit Februar lagen die Probleme
auf dem Tisch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, ich habe gegen Ihre Ausführungen, was zu Bankmanagern gesagt wurde, nichts einzuwenden. Ich weiß nicht, wer den HRE-Manager eingestellt hat. Wenn der Vertrag so war, ist er unmöglich.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Das gilt für die Commerzbank genauso. Ich weiß nicht, wer was wie durch welches Stimmverhalten ermöglicht hat. Es ist aber sonnenklar, dass wir in einem solchen Geschäftsmodell, in dem die Banken mit Steuergeldern am Leben erhalten werden, auch wollen, dass die festgelegten Gehälter eingehalten werden. Das können wir der Bevölkerung gar nicht anders vermitteln.

Wenn – von welcher Bundesregierung auch immer – Fehler gemacht worden sind, bin ich der Letzte, der das beschönigen wollte. Das kommt für mich überhaupt nicht infrage. Solange die Commerzbank am Steuergeldtropf hängt, hat sie sich gefälligst an diese Gehaltsobergrenze zu halten. Hier gilt nichts anderes. Dafür gibt es auch kein Vertun. Das gilt auch für die HRE und viele andere auch.

Das gilt übrigens auch für die Landesbanken, in denen auch dagegen verstoßen wird. Wir haben glücklicherweise keine. Wir waren einmal vernünftig und haben diese veräußert. Ich will das doch festhalten.

Ich finde es immer sehr interessant, wenn uns auf Bundesebene vorgeworfen wird, wir wollten Spekulanten schützen. Ich habe überhaupt kein Interesse daran, Spekulanten zu schützen. Das liegt mir völlig fern. Alle Fachleute sagen, dass eine solche Steuer, wie sie im Raum steht, nur dann Sinn macht, wenn sie weit über Deutschland hinaus synchron mit eingeführt wird, weil sie sonst völlig fehl geht. Nur darum geht es. Ich sehe noch nicht, dass wir eine Mehrheit auf europäischer Ebene dafür erreicht haben. Der Besuch des neuen britischen Premiers lässt mich nicht hoffnungsfroh erscheinen. Das, was er dazu gesagt hat, müsste man abwarten.

Bitte schön, ich habe es in einem anderen Zusammenhang noch einmal gesagt. Auch Herr Rosenbauer hat es erwähnt. Ich lasse mir nicht vorwerfen, die FDP sei für Spekulanten, wenn Sie sich bei der Umsetzung Ihrer Politik im Land mit Leuten einlassen, für die Spekulantentum – ehrlich gesagt – noch ein Ehrenwort ist, um Ihre Politik umzusetzen. Herr Barandun ist kein Spekulant. Er ist etwas viel Schlimmeres. Zwei oder drei andere Beteiligte auch. Ich meine, wenn man so im Glashaus sitzt, sollte man an der Stelle etwas zurückhaltender sein.

(Baldauf, CDU: Aber wirklich!)

Ich meine, hier ist schon ein Stück weit Zurückhaltung geboten.

(Beifall der FDP und der CDU)

Genauso wenig wie ich dem Bürger draußen klarmachen kann, dass Bankmanager, die am Tropf des Staates hängen, solche Gehälter bekommen, genauso wenig kann ich bestimmte Gehaltsmodalitäten am Nürburgring klarmachen, weil es dem Bürger schlichtweg nicht nachvollziehbar dargetan werden kann, weshalb ein ehemaliger Tennisspieler so viel Geld für einige Werbeauftritte bekommt. Auch das gehört zur Ehrlichkeit der Debatte. Ich meine, jeder tut am besten selber daran, vor seiner Haustür zu kehren.

(Ministerpräsident Beck: Das ist in Ordnung gebracht, und der, der Verantwortung hatte, hat sie wahrgenommen! Das ist der Unterschied!)

– Das wissen wir noch nicht, wer, wann, wie und in welcher Weise Verantwortung übernommen bzw. sich über welche Beschlüsse des Aufsichtsrats hinweggesetzt hat. Die Untersuchungen laufen. Warten wir einmal ab, was zutage gebracht wird.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin an die CDU-Fraktion gerichtet gesagt, sie würden, wenn es an das Sparen geht, draußen als Erste protestieren. Als wir einmal gemeinsam gespart haben, war es auch so. Das will ich Ihnen gern bestätigen.

Ich will Ihnen gern bestätigen, wenn jetzt auf Bundesebene gespart wird, werden Ihre Parteifreunde die Ersten sein, die draußen stehen und demonstrieren werden. Das gehört auch zur Wahrheit bei dieser Debatte dazu. Das haben wir doch eben in ähnlicher Weise anklingen hören. Egal, was dort an Vorschlägen kommt, Sie werden sie kritisieren. Ich werfe es Ihnen nicht vor. Das gehört zur Demokratie und zur Opposition dazu. Das gilt dann allerdings im Land Rheinland-Pfalz auch.

(Ramsauer, SPD: Es kommt darauf an, auf wessen Kosten gespart wird!)

– Herr Kollege Ramsauer, wir werden in aller Ruhe abwarten, welche Sparvorschläge die Regierung am Ende dieses Jahres im Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 explizit drinstehen haben wird. Wir haben in der vorhergehenden Aktuellen Stunde diskutiert, auf welche Art und Weise Sie ein bestimmtes Wohlfühlprogramm finanzieren, nämlich auch nur kreditfinanziert und zu einem Zeitpunkt, an dem die Schuldenbremse nicht gilt.

(Ministerpräsident Beck: Forschungsmittel!)

Das ist ein Wohlfühlprogramm für Sie und nicht für die Hochschulen; denn Sie machen es sich leichter, das Geld zu erwirtschaften. So habe ich das zu verstehen. Das ist kein Wohlfühlprogramm für die Hochschulen. Diese brauchen die Mittel.

Wir haben Vorschläge gemacht, wie man die Hochschulen finanzieren könnte. Ich weiß, dass diese Vorschläge unbequem sind. Ich bin kein Ideologe. Wenn Sie diese

Vorschläge nicht aufgreifen wollen, habe ich überhaupt nichts dagegen, dass Sie andere machen.

Der Vorschlag, den Sie jetzt einbringen, läuft darauf hinaus, dass höhere Schulden aufgenommen werden. Das ist in Anbetracht der jetzigen Finanzkrise nicht der richtige Lösungsansatz. Sie machen es sich zu einfach.

Wir machen es uns nicht einfach. Sowohl die CDU als auch Sie gehen durch die Lande und sagen, den Finanzierungsvorschlag der FDP finden wir nicht gut. Okay, wenn Sie ihn nicht für gut finden, fordere ich Sie auf, einen anderen für unseren Haushalt verträglichen Finanzierungsvorschlag zu machen. Auf den warte ich. Den haben Sie auch heute nicht gemacht. Den machen Sie mit dem Fonds, den Sie einführen wollen, auch nicht. Das gehört alles schön zusammen, wenn wir über finanzpolitische Solidität sprechen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wir kommen zum dritten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Defizite bei der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz“ auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/4598 –

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Peter Enders das Wort.

Abg. Dr. Enders, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der „Rhein-Zeitung“ vom 13. Mai dieses Jahres war zu lesen: „Land droht enormer Ärztemangel“. Es ging um einen Bericht der tags zuvor stattgefundenen Präsentation des Versorgungsatlasses der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz. Ich komme später noch einmal darauf zurück.

Zur Vorgeschichte. In den vergangenen Jahren haben CDU und FDP mehrfach auf einen drohenden Ärztemangel insbesondere im ländlichen Raum hingewiesen. Wir waren in einem engen Schulterschluss mit der Landesärztekammer und auch der Kassenärztlichen Vereinigung.

Das wurde lange Zeit von der Landesregierung anders gesehen. Es wurde negiert. Als Argument wurde gebracht, dass die Arztzahlenentwicklungen ganz anders seien. Wir haben dem entgegengehalten, dass dieses Gegenargument in den Zeiten nicht gilt, in denen die Ärzte sehr viel mehr Bürokratie zu erledigen haben und die Demografie die Ärzte zwingt, sich intensiver mit älteren Patienten zu beschäftigen.

Man muss zur Kenntnis nehmen, dass junge Ärztinnen und Ärzte heute in andere Berufsfelder gehen, wir glück-

licherweise einen sehr hohen Frauenanteil haben und Ärzte ins Ausland gehen. All dies wird in Zukunft noch stärker passieren, wenn nichts dagegen getan wird.

Frau Ministerin Dreyer, dann kam im Oktober 2007 der sogenannte Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz. Ich danke Ihnen für die damalige Einsicht und dass dieser Plan kam.

Was kam danach? – Der Landtag hat im Dezember 2008 beschlossen, dass die Landesregierung in einem gewissen Abstand über die ambulante ärztliche Versorgung unterrichten soll. Dies ist dann kurz vor Weihnachten letztes Jahr geschehen.

Sie führen dort unter anderem aus, wie der Masterplan umgesetzt wurde. Da kann man einiges finden, unter anderem ein Internetportal. Man findet zahlreiche Hinweise auf viele Veranstaltungen.

Man findet Hinweise auf geplante Sicherstellungszuschläge in strukturschwachen Regionen, aber nicht so intensiv, wie das in Schweden gemacht wird. Dort bekommen die Ärzte, die in Regionen gehen, in die keiner will, ganz im Norden, deutlich mehr Geld als diejenigen, die in Städten bleiben wollen.

Man findet einen Hinweis auf die Bereitschaftsdienstzentrale. Bis heute ist diesbezüglich noch nichts passiert, dass der Kassenärztliche Bereitschaftsdienst und der Notarzdienst über die neuen Integrierten Leitstellen gemeinsam alarmiert werden, womit man den Ärzten Bürokratie abnehmen könnte.

Dann will ich noch einen Punkt erwähnen: Weiterbildung aus einer Hand. – Es wird die allgemeinärztliche Facharztausbildung von über 60 Monaten angesprochen.

Dann nennen Sie das Beispiel aus dem Kreis Altenkirchen zwischen Kreisärzteschaft und dem DRK-Klinikum. Was ist denn da passiert? – Ich glaube, ein Einziger hat sich gemeldet. Gekommen ist niemand. Das war ein Schuss in den Ofen.

Meine Damen und Herren, was wir brauchen, ist ein Bündel von Maßnahmen, das greift. Da hat der neue Gesundheitsminister mit seinem Sachverstand einiges sehr Bemerkenswertes erwähnt.

Ich will die Veränderung beim NC erwähnen, dass nicht nur das Abitur das Kriterium ist. Ich will den Wunsch erwähnen, die Studienplätze wieder anzuheben. Wenn man weiß, dass einige woanders hingehen, dann muss man die Plätze erhöhen. Ich will die Landarztquote nennen, die noch juristisch geprüft werden muss, aber vom Ansatz her denkwert ist.

Ich will aber auch über die Verteilung des Geldes reden. Das ist der wichtige Punkt. Ich habe das Beispiel Schweden eben erwähnt. Nicht unbedingt mehr Geld, aber die gerechte Verteilung des Geldes an die Ärzte, das zur Verfügung steht, und eine am Versorgungsbedarf orientierte kleinräumige Arztsitzausweisung.

Herr Rösler hat Anfang Mai im „FOCUS“ den Ärztepakt gefordert. Er hat zum 6. Mai zu diesem Ärztegipfel eingeladen. Ich kann ihn zitieren. Er schreibt dann, ich habe Mitte April meine Länderkollegen für den 6. Mai eingeladen. Aber aus allen von der SPD und den Linken geführten Gesundheitsministerien kommen nur Absagen, oder es kommt gar keine Antwort. Die Sozialdemokraten – so Minister Rösler – machen, was sie immer gemacht haben, sie ignorieren den Ärztemangel in Deutschland hartnäckig. –

(Frau Staatsministerin Dreyer: Und Sie wiederholen das so einfach!)

Frau Dreyer, ich frage Sie, waren Sie auf diesem Gipfel, oder haben Sie sich auch vertreten lassen?

Ich will auf den Versorgungsatlas zurückkommen, den ich eben erwähnte. Ich weiß nicht, ob Sie es noch mitbekommen haben. Sie sind wegen anderer Verpflichtungen von dieser Veranstaltung etwas früher gegangen.

Nur 4 % der Medizinstudenten der Universität Mainz können es nicht ausschließen, sich zum Beispiel im Westerwald später einmal ärztlich zu betätigen. Das muss ein Alarmzeichen sein. Das kann man für andere Regionen genauso sehen.

Ich darf abschließend sagen, Ihr Zitat in der „RZ“ vom 13. Mai, allein die pauschale Forderung nach mehr Geld ist nicht die einzige Lösung, da mag etwas dran sein.

Frau Dreyer, solange der Medizinerjob auf dem Land im Gegensatz zur Stadt sich nicht mehr rechnet, werden wir das Problem so nicht lösen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Frau Abgeordneter Anklam-Trapp von der SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Defizite bei der ärztlichen Versorgung heute in der Aktuellen Stunde sind ein Problem, das in ganz Deutschland vorhanden ist. Es ist ein Problem, dem wir in Rheinland-Pfalz mit verschiedensten Maßnahmen begegnen. Es ist ein Problem, das dem demografischen Wandel entspricht.

Die Bevölkerung wird Gott sei Dank älter. Sie werden damit wahrscheinlich hochbetagt, multimorbid und brauchen mehr Versorgung. Aber auch unsere Ärztinnen und Ärzte sind älter geworden. Das erkennt man aus dem ersten Satz der Großen Anfrage der CDU, die am 11. November 2009 beantwortet wurde: Rheinland-Pfalz verfügt über eine gute ärztliche Versorgung im stationären und ambulanten Bereich.

Wir möchten – das ist uns ganz wichtig – sehr ernsthaft weiterhin den Bedarfen entsprechen. Wir beobachten

die Entwicklung und steuern gegen den Wandel, der daraus entsteht.

Meine Damen und Herren, die Zahl der berufstätigen Ärzte steigt bundesweit Jahr für Jahr, und das bei zurückgehenden finanziellen Ressourcen. Es gab 2008 rund 320.000 Ärztinnen und Ärzte. Das ist ein Plus von 1,5 %. Das ist ein Hochstand. In Rheinland-Pfalz hat sich die Zahl der praktizierenden Ärzte im Jahr 2008 mit rund 6.240 in Krankenhäusern tätigen Ärzten verdoppelt. Das Gleiche gilt übertragen für die ambulante Versorgung.

Eine Unterversorgung – das wäre eine Versorgung mit 75 % – gibt es in Rheinland-Pfalz nicht. Wir haben Regionen, in denen wir unter 100 % sind. Das wissen wir. Ich schaue meine Kollegin an, zum Beispiel Bitburg-Prüm mit 92,5 % oder der Donnersbergkreis. Aber eine Unterversorgung gibt es nirgendwo in Rheinland-Pfalz.

Die Ursache und die Probleme liegen oftmals in der Altersstruktur unserer Ärztinnen und Ärzte.

Die Gruppe der 35- bis 39-jährigen praktizierenden Mediziner liegt bei uns in Rheinland-Pfalz bei nur 11 %, bei rund 1.200 niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. Klinikärzte, die hoch kompetent zwischen 50 und 59 Jahre alt sind, machen immerhin 6.038 aus. Sie werden älter und sind hoch kompetent. Der Altersdurchschnitt von Hausärzten liegt bei 53 Jahren. Gerade die Hausärzte sind der erste Anlaufpunkt für alle Menschen zwischen 15 Jahren bis zum Lebensende. Sie sind deswegen ganz wichtig. Der Chirurg mit im Durchschnitt 53 Jahren ist in diesem Alter hoch erfahren. Der Psychotherapeut mit 55 Jahren ist auch einer in diesem demografischen Altersfaktor.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz – das hat uns eine Anfrage der FDP-Fraktion im Bund beschert – steht in Deutschland im Ländervergleich hervorragend da. Wir haben mit diesen relativ alten Zahlen immerhin noch die günstigste Altersstruktur. Ich denke, das ist immerhin ein schwacher Trost.

Es gilt, den Veränderungen entgegenzuwirken. Das tun wir in Rheinland-Pfalz. Das tut die Landesregierung, und das tut unsere Ministerin Malu Dreyer. Weil wir das Problem klar erkannt haben, können wir uns dem stellen.

Seit dem 1. Januar 2007 ist das Vertragsarztänderungsrecht eingeführt. Auch da ist das Land bundesweit dasjenige, das am meisten umgesetzt hat, das Medizinerinnen in den Beruf zurückgeholt hat. Rund 500 Anstellungen sind möglich geworden.

Es ist die Altersgrenze, die heraufgesetzt wurde, um Mediziner und Medizinerinnen zu ermöglichen, länger zu arbeiten. Ganz wichtig sind die Fach- und Weiterbildungsstellen für qualifizierte Fachärzte in Krankenhäusern.

Die Attraktivität des Hauses, die Attraktivität der Region und der Kommunen spielt dabei eine wichtige Rolle; denn nicht nur der Arzt, sondern die ganze Familie kommt mit. Schule, ÖPNV und all diese Dinge sind eine

Frage von Vereinbarkeit von Familie und Beruf; denn die Medizinerinnen und Mediziner von morgen leben auch und wollen die Infrastruktur haben. Die brauchen sie auch.

Wir unterstreichen die Bedeutung der Ärzte. Es ist ein Beruf mit hohem Image. Kaum ein Beruf ist in Deutschland mehr geachtet als dieser.

Meine Damen und Herren, die Rahmenbedingungen müssen stimmen, dann werden wir Medizinerinnen und Mediziner, Ärzte finden, die arbeiten. Bei der Entlohnung in Rheinland-Pfalz war Malu Dreyer mit ihrer Initiative vorbildlich. Wir haben die Einkünfte erheblich verbessert.

Wir haben eine beispielhafte Ausbildung. Wir haben in Rheinland-Pfalz eine hohe Praxisorientierung mit ungefähr 200 Lehrpraxen, die bereit sind, Mediziner im Angebot zu schulen, um die Studenten zu animieren, in diese Berufe einzusteigen.

Wir haben das TMS, diese Einführung des Tests für Medizinische Studiengänge, um Mediziner zu ermöglichen, mit einem nicht so guten Numerus clausus, wenn sie dafür geeignet sind,

(Glocke des Präsidenten)

einen solchen Beruf auszuüben.

Ich werde in der zweiten Runde weitere Ausführungen machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort Herr Kollege Dr. Peter Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die verschiedenen parlamentarischen Initiativen von CDU und FDP zum Thema „Versorgung insbesondere in den ländlichen Regionen“ wurden schon erwähnt.

Ich darf eine Zahl in Erinnerung rufen, die Ergebnis unserer Großen Anfrage, ich glaube im Jahr 2008, war. Im Donnersbergkreis sind über drei Jahre hinweg elf Hausärzte gegangen. Drei rückten nach. Das ist ein Negativdelta von acht Hausärzten nur im Donnersbergkreis.

Frau Kollegin Anklam-Trapp, von daher verstehe ich nicht, dass Sie auch heute wieder sagen, dass wir in Rheinland-Pfalz keine Unterversorgung haben. Das ist für mich schlicht nicht nachvollziehbar.

Die Landesregierung hat damals angemerkt, dass sie zum einen ein erhebliches Stadt-Land-Gefälle sieht, auf gut Deutsch, wir haben in den Städten zu viele Ärzte und auf dem Land zu wenig, insgesamt reicht es aus. Sie hat

dann darauf verwiesen, dass die damals geplante Honorarreform die Attraktivität des Arztberufs erhöhen wird, und sie hat auf die veränderten Versorgungsformen hingewiesen, Stichwort „Medizinisches Versorgungszentrum“ (MVZ).

Dass man damals zumindest andeutungsweise das Problem wahrgenommen hat, will ich nicht leugnen, dass man aber seither kraftvoll Wege gefunden hat, die tatsächlich zur Besserung führen, das bestreite ich ausdrücklich.

(Beifall der FDP)

Ich möchte mich mit den einzelnen Argumenten dieses mühsamen Weges zur Wahrheit der Landesregierung auseinandersetzen.

Erster Punkt: Das Stadt-Land-Gefälle. Der Versorgungsatlas, der jetzt vorgelegt wurde und über den wir diskutieren, formuliert auf Seite 2 des Hauptteils: „Zum anderen zeichnet sich vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und einem damit korrelierten Wandel im Morbiditätsspektrum“ – also stärkere Erkrankung immer älterer Menschen – „aber auch ein qualitatives Versorgungsproblem ab (das durchaus auch die Städte betrifft), (...)“

Meine Damen und Herren, das ist ein ganz zentraler Punkt. Es ist eben nicht so, dass wir in der Zukunft in den Städten zu viele Ärzte haben, aber es ist tatsächlich so, dass wir auf dem Land zu wenig Ärzte haben.

Das Argument, wir müssen nur die Verteilproblematik lösen, löst das Problem nicht. Es wird auf Basis des absehbaren und nicht mehr veränderbaren demografischen Wandels in Rheinland-Pfalz mittel- und langfristige und auch jetzt schon zu erheblichen Versorgungsengpässen kommen. Das ist mit einer Veränderung der Niederlassung in Stadt und Land nicht zu bewältigen.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, der zweite Punkt: Die Hoffnung auf eine Attraktivitätssteigerung durch die Honorarreform, für die Ulla Schmidt stand, hat sich in Luft aufgelöst. Frau Anklam-Trapp, auch wenn Sie die Leistungen der Landesregierung als vorbildliche Initiative beschreiben, diese Honorarreform führte zu Honorarchaos und zu höherer Unzufriedenheit.

(Zuruf von Frau Staatsministerin Dreyer)

– Ich halte nur das Ergebnis fest, Frau Ministerin. Ich habe das nicht gesagt.

Ich sage, dass die Honorarreform, die Sie und der Ministerpräsident als Hoffnungszeichen präsentiert haben, ausführlich, mehrfach und lautstark, in der Tat ein Schuss in den Ofen war, weil sich die Zufriedenheit mit dieser Honorarreform, salopp ausgedrückt, in argen Grenzen hält.

Die Unzufriedenheit mit der Honorarverteilung war noch nie so hoch. Im Zusammenhang mit dieser Honorarre-

form von einer Attraktivitätssteigerung zu sprechen, ist schlicht eine Farce.

Das dritte Argument: Neue Versorgungsformen. Wir haben erfahren, dass die Mehrzahl der MVZs, die auf dem Land das Problem lösen sollen, in Städten angesiedelt ist. Der Situation auf dem Land kann man so nicht helfen.

Meine Damen und Herren, auch noch einmal zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Die vielen jungen angestellten Ärztinnen, die bejubelt werden, über deren Niederlassung auch ich mich freue – Medizin wird weiblich, ja, das ist so –, zeichnen sich aus durch Teilzeit und Angestelltenstatus.

Wenn Sie das, was diese jungen Ärztinnen in Vollzeit-äquivalenten jetzt und zukünftig zur Versorgung beitragen können, ausrechnen, dann werden Sie feststellen, dass es in etwa jeweils halben Arztstellen entspricht. Das ist im Übrigen auch ein Manko dieses ansonsten sehr begrüßenswerten Versorgungsatlas, dass man auf diesen zentralen Punkt nicht in der gebührenden Tiefe eingeht.

Alle anderen Punkte in der zweiten Runde.

Danke sehr.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Für die Landesregierung hat das Wort Frau Staatsministerin Malu Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Vielen Dank.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete! Vielleicht zunächst zur Geschichte: Sehr geehrter Herr Dr. Enders, Sie haben früher nicht vom drohenden Ärztemangel gesprochen, Sie haben vom Ärztemangel gesprochen, und das vor ungefähr fünf bis acht Jahren. Darüber habe ich mich permanent aufgeregt.

Ich habe Ihnen nie abgesprochen, dass Sie ein ernsthaftes Interesse daran haben, dass die ärztliche Versorgung auch in Zukunft sichergestellt wird, aber ich habe mich darüber aufgeregt, dass man vor fünf Jahren den Menschen im Land überall gesagt hat, dass wir einen Ärztemangel haben. Ich habe nie bestritten, dass wir das demografische Problem zu lösen haben.

Aber ich habe bestritten, dass wir zur damaligen Zeit einen Ärztemangel hatten. Ich sage das auch heute immer noch. Wir haben nach wie vor diese punktuellen Probleme, das Ungleichgewicht zwischen Land und Stadt, aber wir haben im Moment keinen Ärztemangel.

Sie sprechen heute vom drohenden Ärztemangel. Da sind wir absolut d'accord. Wir haben da überhaupt keinen Dissens an dieser Stelle. Deshalb ärgere ich mich darüber eigentlich ganz besonders. Aber sei es drum, das ist letztendlich Wortklauberei.

(Baldauf, CDU: Dann müssen Sie ein Konzept vorlegen!)

Es geht mir überhaupt gar nicht darum, sondern es geht mir darum, noch einmal deutlich zu machen, dass das Land, die Gesundheitsminister aller Bundesländer, andere Bundesländer und auch der Bund mit Blick auf das demografische Problem vieles getan und sich vorbereitet haben und wir immer noch dabei sind.

Ich sage dazu, das Thema „demografischer Wandel“ können wir auch in der Medizin, genauso wenig wie bei der Pflege, wie bei den Ingenieuren, wie bei den Handwerkern, alleine als Staat regeln. Deshalb hat das Land von Anfang an auf gemeinschaftliche Aktivitäten mit der Kassenärztlichen Vereinigung, mit der Landesärztekammer und mit den Pflegeverbänden gesetzt. Unser Masterplan ist ein Gemeinschaftswerk. Der Versorgungsatlas ist ein Mosaikstein aus dem Masterplan.

Herr Dr. Enders, ich gehe nachher noch einmal darauf ein, weil es nicht damit erschöpft ist, dass es eine Internetplattform gibt – die gibt es auch –, sondern es sind ganz viele konkrete Dinge angegangen worden, die heute auch von Dr. Rösler beispielsweise als Notwendigkeit im Mund geführt werden. In Rheinland-Pfalz sind wir viele Schritte weiter.

Schade auch noch an der Stelle, dass Sie mich nicht einfach einmal gefragt haben, wie das eigentlich mit dem Termin bei Dr. Rösler war. Ich hatte überhaupt keine Lust, ein solches Thema öffentlich zu machen. Das fand ich auch ziemlich dreist, muss ich sagen, vom Bundesgesundheitsminister, öffentlich im Fokus Minister und Ministerinnen anzuprangern.

Aber da Sie mich jetzt darauf ansprechen, will ich es Ihnen doch erklären. Ich habe mich öffentlich nicht dagegen gewehrt, weil ich dachte, es ist ihm als Minister noch jung im Amt geschuldet, vielleicht ab und zu einen Fehler zu machen. Es ist noch nie vorgekommen, es gehört sich auch nicht, dass ein Minister mit ernsthaftem Interesse daran, dass Minister und Ministerinnen auch kommen, nicht über die Koordinierungen – das sind zwei Personen auf der A- und B-Seite – in etwa einmal abcheckt, ob es andere Termine gibt, die den Termin in der Wahrnehmung wirklich unmöglich machen.

Was waren das für Termine? Die Amtschefkonferenz (ACK) hat getagt, also die Staatssekretäre, zur Vorbereitung der Gesundheitsministerkonferenz zu genau demselben Thema. Wir hatten Sozialpolitischen Ausschuss hier im Land. So ging es vielen Kollegen.

Wir haben dann die Konsequenz daraus gezogen, nachdem wir gebeten hatten, den Termin zu verschieben, was normalerweise auch Usus ist, dass man das tut, für alle Länder haben wird das erbeten. Nachdem das nicht stattgefunden hat, haben wir gesagt, die ACK

wird verkürzt, und zwei Staatssekretäre fahren in Vertretung dort hin.

Herr Dr. Rösler, sagte mir Herr Habermann, hat im Übrigen inzwischen zugesagt, dass er bei nächsten Terminen darauf achten wird, dass die Koordinierungen und Termine abgesprochen werden.

Es ist eigentlich nicht wichtig, nur wenn Sie versuchen, uns an der Stelle anzuprangern, dass wir uns an diesem Termin haben vertreten lassen, dann muss ich auch solche Banalitäten hier einfach erklären.

(Pörksen, SPD: Schön erwischt! Sehr peinlich!)

Ich habe eben gesagt, dass es viele Aktivitäten gibt, um das Thema „demografischer Wandel“ wirklich gut in den Griff zu bekommen. Natürlich ist das eine Herausforderung. Alles andere wäre Quatsch, hier zu sagen. Ich habe es auch nie anders gesagt.

Ich möchte hier noch einmal ganz kurz sagen, was in den letzten Jahren von Bundeseite gelaufen ist.

Es ist nicht so, dass Herr Dr. Rösler der erste ist, der dieses Thema aufgreift. Schon im Jahr 2004 ist das GMG verabschiedet worden, mit dem die MVZs eingeführt worden sind, die auch im ländlichen Raum bestehen.

Als die MVZs eingeführt wurden, habe ich mir gar nicht erträumt, dass sie für das Land Rheinland-Pfalz überhaupt einmal eine Rolle spielen könnten. Inzwischen gibt es aber Regionen, in denen es wichtig ist, dass MVZs errichtet werden können. Ich fand es im Übrigen bei der Umfrage unter den Studierenden zum Versorgungsatlas auch sehr interessant, dass viele gesagt haben, sie könnten sich durchaus vorstellen, eine Anstellung in einem MVZ wahrzunehmen. Das MVZ war einer der harten Punkte in der Gesundheitsreform, der seitens der CDU und der CSU abgelehnt worden ist mit der Begründung, die MVZs hätten sehr viel mit den Polikliniken in der ehemaligen DDR zu tun, und dies sei im deutschen Gesundheitssystem nicht erwünscht. Wir haben damals gesagt, dass wir die MVZs für die Weiterentwicklung brauchen. Damit, dass dieser Punkt an der einen oder anderen Stelle noch korrigiert wurde, habe ich überhaupt kein Problem, aber es war ein wichtiger Schritt.

Danach kam das Vertragsarztänderungsgesetz, das uns die Chance eröffnet hat, dass Ärzte und Ärztinnen angestellt werden können, sie in Teilzeit arbeiten können und die Altersgrenze aufgehoben worden ist. Darüber hinaus ist die Möglichkeit geschaffen worden, dass Teilzulassungen möglich sind und Ärzte im niedergelassenen Bereich und im Krankenhaus arbeiten können. Allein in Rheinland-Pfalz gibt es inzwischen 550 Anstellungen und 220 Zweitpraxen, Tendenz steigend, weil es viele Frauen gibt, die in ihrem Beruf gern teilzeitbeschäftigt sind.

Danach ist das GKV-WSG verabschiedet worden, das Bestandteil der Honorarreform ist. Herr Dr. Schmitz, ich kann nur noch einmal sagen, auch wenn wir letztendlich nicht zufrieden sind, sind in Rheinland-Pfalz über 100 Millionen Euro an zusätzlichem Geld in das Honorarsys-

tem geflossen. Dass die Ärzte untereinander und die Kassen nicht in der Lage sind, das Geld so zu verteilen, dass es einigermaßen gerecht ist, ist ganz bestimmt nicht die Schuld der Politik.

(Beifall der SPD)

Ich habe Ärzte zu Besuch, mit denen ich Gespräche führe. Ich weiß nicht, für wie viele Facharztgruppen wir uns schon stark gemacht haben, aber ich kann das nicht bewegen. Ich kann an dieser Stelle einfach nur sagen, ich nehme es auf, ich überprüfe es, und wenn ich das Gefühl habe, es stimmt etwas nicht, versuche ich, mich dafür einzusetzen. Aber die Schuld, dass das Honorarsystem so umgesetzt wird, wie es derzeit geschieht, nehme ich nicht auf meine Kappe. – Punkt!

(Beifall der SPD)

Im Übrigen erinnere ich mich noch sehr gut daran, wie dieses Honorarsystem verabschiedet worden ist. Es war damals der Vorschlag der KBV, das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen. Das Honorarsystem ist nicht am grünen Tisch oder am runden Tisch der Politik entwickelt worden. Ich erinnere mich noch umfassend an die Debatte über die Pauschalierung, weg von Einzelfallvergütungen und hin zur Pauschalierung. Heute laufen mir die Ärzte die Tür ein, weil sie hin zu Einzel Leistungsvergütungen und weg von den Pauschalen wollen, weil sie nichts taugen.

Glauben Sie allen Ernstes, dass es unsere Idee war, Pauschalen einzuführen? – Das war eine damalige Forderung der Ärzteschaft, die umgesetzt worden ist, und heute wird genau das Gegenteil propagiert. Ich glaube, es ist eine echte Aufgabe für den Bundesminister, den Bereich des Honorarsystems noch einmal auf andere Füße zu stellen. Unsere Hoffnung war damals gewesen, dass es ein gutes Honorarsystem wird und die Ärzte dadurch auskömmlich verdienen. Es existiert viel zu viel Unzufriedenheit, und dies bedauere ich persönlich auch außerordentlich.

Ich möchte noch ganz deutlich sagen, dass der Masterplan, der in diesem Parlament immer so abwertend und auch kritisch kommentiert wird, eine außerordentlich wichtige Bedeutung in unserem Land hat. Ich habe bereits gesagt, wir haben den Masterplan gemeinsam mit allen Partnern und Partnerinnen im Gesundheitswesen entwickelt. Damit verbunden ist eine Nachwuchsoffensive bei Medizinstudenten und -studentinnen. Wir haben Verbesserungen zum Thema „Familie und Beruf“ eingeführt, wir haben in Rheinland-Pfalz Mentoren und Mentorinnen, die Wiedereinsteiger in den ärztlichen Beruf unterstützen. Wir haben Hospitationen in Hausarztpraxen, um dies zu ermöglichen. Wir haben Wiedereinstiegskurse bei der Landesärztekammer, und wir haben die Weiterbildung zum Allgemeinmediziner nun auch in Teilzeit ermöglicht. Wir haben ein Frühwarnsystem entwickelt, dessen Grundlage der Versorgungsatlas ist.

Wir haben die Niederlassungsberatung bzw. die KV ausgebaut. Es ist eine Famulatur und Praxisabgabebörse entwickelt worden, und – Herr Dr. Enders Sie wissen es genau – die Bereitschaftsdienstzentralen sind zum Teil schon umgesetzt und zum Teil noch nicht umge-

setzt. Aber auch in diesem Fall gilt, es gibt genug Menschen vor Ort, die dagegen protestieren. Ich muss auch noch einmal sagen: Hut ab vor der KV, die trotzdem an diesen Bereitschaftsdienstzentralen festhält und sie auch umsetzt. Man ist dabei, in den unterschiedlichen Regionen die Bereitschaftsdienstzentralen umzusetzen. Wir unterstützen diesen Prozess, aber natürlich muss man auch von Region zu Region schauen, wo es Schwierigkeiten gibt und wie man sie ausräumen kann.

Herr Bundesminister Rösler hat einen Vorstoß hinsichtlich der Studienplätze unternommen. Bestandteil unseres Masterplanes war es auch, dass wir mit der Universitätsmedizin im Gespräch waren und im neuen Wintersemester ein neues Auswahlverfahren eingeführt wird. Danach können sich 60 % der Studierenden nicht nur über die NC-Note, sondern auch über einen zusätzlichen Test eine Chance eröffnen, einen Medizinstudienplatz zu erhalten. Ehrlich gesagt, ich finde das hundert Mal schlauer, als den NC aufzugeben.

Natürlich müssen wir den Studierenden und Interessierten die Chance geben, auch jenseits eines NC von 1,0 bis 1,4 in ein Studium eintreten zu können. Deshalb finde ich den Weg über das zusätzliche Testverfahren, den wir gewählt haben, außerordentlich wichtig. Wir werden den Prozess abwarten. Wir werden es evaluieren und überlegen, inwieweit man diesen Test vielleicht noch weiterentwickeln muss.

Ich möchte noch auf zwei oder drei Punkte hinweisen. Wir haben die Lehrpraxen für das Praktische Jahr von ehemals vier auf nun elf ausgebaut, wir haben die Weiterbildungsförderung durch zusätzliche Weiterbildungsstellen weiterentwickelt, und wir haben die Weiterbildung aus einer Hand als Konzeption angelegt. Herr Dr. Enders, diese Konzeption ist am Anfang nicht aufgegangen, aber trotzdem steht es nun im Gesetz, dass auch die Kammern solche Koordinierungsstellen einrichten sollen. Natürlich brauchen wir diese Stellen. Wir brauchen einen Aus- und Weiterbildungsverbund in der Medizin genauso wie in allen anderen Berufen auch; denn in Zukunft wird nicht mehr jeder Arzt und jedes Krankenhaus in der Lage sein, die Weiterbildung selbst zu organisieren. Deswegen werden wir als Landesregierung diesen Baustein weiterverfolgen.

Abschließend darf ich sagen, ich war sehr froh darüber, dass der Versorgungsatlas und die Versorgungsforschung seitens der KV überhaupt als Aufgabe übernommen worden ist. Dies ist sehr wichtig, weil die KV dann auch die Chance hat, mit unterschiedlichen Instrumenten, die schon jetzt zur Verfügung stehen, zu intervenieren, wenn klar ist, dass in Kürze ein Arzt in Rente gehen möchte. Wir brauchen diese Grundlagen, aber wir dürfen uns nichts vormachen: Wir müssen auch weiterhin an diesem Thema dranbleiben. Wir haben zugesagt, dass wir den Masterplan mit allen Partnern weiterentwickeln werden, aber wir müssen uns auch trauen, neue Versorgungswege zu gehen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat nun Herr Kollege Dr. Rosenbauer von der CDU-Fraktion.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, den Ärztemangel gibt es doch! Da können Sie noch so oft das Gegenteil behaupten. Es gab ihn auch schon vor fünf Jahren.

(Frau Schmitt, SPD: Haben Sie nicht zugehört?)

In den Krankenhäusern hatten wir schon vor fünf, sechs, sieben Jahren erhebliche Probleme, alle Assistenzarztstellen zu besetzen. Heute bestehen diese Probleme noch mehr. Laut Aussage der Bundesärztekammer gibt es zurzeit in Deutschland 5.000 unbesetzte Ärztstellen im Krankenhausbereich. Ich nenne zunächst den Krankenhausbereich, um dann auf den ambulanten Bereich zu kommen. Dies sind die Vorläufer für das, was sich nachher im ambulanten Bereich abspielt. Wenn immer weniger Stellen besetzt werden, stehen auch immer weniger Nachwuchskräfte zur Verfügung, um diejenigen, die irgendwann einmal altersbedingt ausscheiden, ersetzen zu können.

Genau darin liegt der Knackpunkt, und es sind viele Jahre verschenkt worden. Weder mein Kollege Dr. Enders noch Herr Kollege Dr. Schmitz stellen in Abrede, dass mit einer Reihe von Maßnahmen versucht wurde, dieses Problem zu beheben. Aber wir müssen doch heute feststellen, bis jetzt haben alle diese Maßnahmen nicht wirklich gegriffen. Das muss man einmal ganz offen und ehrlich feststellen.

(Beifall der CDU und des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Die Stadt-Land-Diskussion hilft den Menschen überhaupt nicht weiter, und es kommt noch ein wichtiger Punkt hinzu. Die KV hat Prognosen aufgestellt, die ich einmal vortragen möchte. Die Quote der Ärzte im Alter von 58 Jahren und älter sieht wie folgt aus: In der Vulkaneifel sind 48 % aller Hausärzte 58 Jahre und älter und müssen ersetzt werden. Im Rhein-Lahn-Kreis sind es 47 % und in Speyer 44 %.

Das heißt, da läuft eine Riesenwelle von Ärzten auf uns zu, die in Rente gehen und ersetzt werden müssen. Wir bekommen zurzeit die anderen Stellen noch nicht einmal besetzt. Wie soll denn das in zehn Jahren aussehen? Wenn wir jetzt nicht daran arbeiten, wird das Schreien noch größer werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

In diesem Atlas sind Entfernungen enthalten. Ich kann aus Zeitgründen jetzt nicht mehr alles nennen. Nur, zur Ehrlichkeit gehört noch eines hinzu: Man hat in dieser Untersuchung zweigeteilt, einmal die Hausärzte und Internisten und die Facharztschiene. Wenn Sie genau hineinschauen, sehen Sie, dass die Facharztschiene im ländlichen Raum noch viel schlimmer dran ist. Selbst in

Städten und in Verbandsgemeinden ist es mittlerweile so. Das hat schon etwas mit Politik zu tun.

(Dr. Altherr, CDU: Das ist ja so gewollt!)

Die SPD und die GRÜNEN haben die Facharztschiene damals als überflüssig angesehen.

(Glocke des Präsidenten –
Dr. Altherr, CDU: So ist es!)

Da ist eine ganze Reihe von Maßnahmen durchgeführt worden, die genau zu diesem Ziel führen. Dann muss man auch dazu stehen. Man war damals der Auffassung, die Facharztschiene brauchen wir nicht in Deutschland, weil sie in anderen europäischen Ländern auch nicht gebraucht wird.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Zuschauertribüne begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus Wintertsdorf und Umgebung. Herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Frau Kollegin Anklam-Trapp für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme den Faden noch einmal auf, bei dem ich vorhin stehen geblieben bin. Ich war bei dem TMS, worauf die Frau Ministerin hingewiesen hat. Da mache ich den Brückenschlag zu Rheinland-Pfalz, nämlich zum gebührenfreien Erststudium, das unser Land ermöglicht. Andere große Universitäten wie Heidelberg und Tübingen machen dieses TMS-Programm ebenso, gerade um Mediziner zu qualifizieren, die persönliche Fähigkeiten haben, um diesem Beruf nachzugehen.

Wenn wir gerade dabei sind, welche persönlichen Fähigkeiten ein Mediziner haben muss und Dr. Rösler hier groß gelobt wurde, so möchte ich doch noch einen Satz zu einem Vorschlag von Herrn Dr. Rösler machen, der aus meiner Sicht völlig kontraindiziert ist, nämlich die Frage des Honorarmodells, das mehr und mehr Einzug hält. Das ist eine Entwicklung, der ich wirklich mit Sorgen entgegentreffe, zum Ersten wegen der Einkommensgerechtigkeit unter den Medizinern, zum Zweiten, weil die Komplikationen und die schwierigen Patienten, also alles das, was nicht glatt läuft, bei den Krankenhäusern hängen bleiben,

(Dr. Enders, SPD: Das ist eine Unterstellung! Es gibt Studien, die genau das Gegenteil beweisen!
Das nehmen Sie zurück!)

weil die Fallzahlen für die Zulassung an den Krankenhäusern, die notwendig sind für den Lehrauftrag bei Weiterbildung zum Beispiel zum Facharzt, Krankenhäuser attraktiv machen. Nur wenn sie einen Lehrauftrag haben, um Fachärzte ausbilden zu können, finden sie auch Personal, das sich dort bewirbt, um eine Ausbildung zu machen und dort tätig zu werden, zum Beispiel auch als Facharzt. Diese Krankenhäuser sind weitaus attraktiver als Krankenhäuser, die das nicht bieten können.

In diesem Sinne wird einer guten ärztlichen Versorgung nicht genug Rechnung getragen.

Ich komme zum Masterplan für Rheinland-Pfalz für die ambulante ärztliche Versorgung. Die Frau Ministerin hat einiges erwähnt. Ich möchte noch die Niederlassungsförderung hinzufügen, die durch die ISB-Bank mit verbilligten Darlehen möglich wird, außerdem den Wiedereinstiegskurs für Frauen, die ausgebildete Medizinerinnen sind, wobei sich immerhin die stattliche Anzahl von 133 Frauen beworben hat, um Hospitation und anderes machen zu können.

Meine Damen und Herren, der demografische Wandel auch in der Ärzteschaft ist da.

(Glocke des Präsidenten)

Wir haben gute Ärzte, die um die 50 Jahre alt sind und noch einige Jahre arbeiten müssen. Wir werden uns damit beschäftigen. Die Versorgung der Menschen ist uns ein Anliegen.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Herrn Dr. Schmitz für die FDP-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir bestreiten nicht, dass die Landesregierung in einzelnen Punkten das Richtige getan hat. Wir bestreiten nur, dass die Landesregierung bei der Geschwindigkeit, mit der die Probleme gewachsen sind und wachsen werden, mit ihren Lösungen intensiv und schnell genug ist. Das ist der Kern des Vorwurfs.

Die Landesregierung versucht, mit ihren Maßnahmen ein Großfeuer mit dem Gartenschlauch zu löschen. Das wird nicht gut gehen. Dagegen spricht die Lebenserfahrung.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns bei einer Studentenbefragung in diesem Versorgungsatlas anschauen, wo sich junge Studenten ausdrücklich nicht vorstellen können, sich niederzulassen, dann sagen 70 % der Studenten, dass sie sich nicht vorstellen können, sich in Orten unter 10.000 Einwohnern niederzulassen. Das

muss man doch zur Kenntnis nehmen. Das ist eine schlichte Katastrophe. Da bahnt sich doch etwas an, was mit diesen Maßnahmen überhaupt nicht mehr beherrschbar ist.

Wenn man dann nachfragt, was die jungen Mediziner an ihrem Berufsbild stört – auch da gibt der Atlas Auskunft –, dann sagen 93,7 %, Niederlassung bedeutet für mich ein hohes finanzielles Risiko. 91,7 % sagen, Niedergelassene werden mit medizinfremden Tätigkeiten überlastet. 90 % sagen, hohe gesetzliche Auflagen, 71 % sagen, wenig Freizeit. Nur 30 % glauben, dass sie ein adäquat hohes Einkommen erwartet.

Meine Damen und Herren, wir haben im letzten Winkel unseres Landes überall ALDI, NORMA und PENNY. Wir haben überall ausreichend Kfz-Werkstätten. Wir haben einen mobilen Einzelhandel, der alle Bürger erreicht. Nur im Ärztebereich, wo wir mit Methoden des Planens und Zuweisens agieren, funktioniert es nicht.

Man muss doch einmal aus diesen Fakten die Konsequenzen ziehen.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Ende. Sie werden das Problem neben allen gut gemeinten dirigistischen und stützenden Maßnahmen nur lösen können, wenn Sie die Attraktivität der Niederlassung insbesondere in der Fläche des Landes deutlich erhöhen.

Danke sehr.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der Aktuellen Stunde.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Wahlen

a) Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Kommission beim Landesbeauftragten für den Datenschutz

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/4585 –

Vorgeschlagen wird als stellvertretendes Mitglied der Kollege Martin Haller. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Wahlvorschlag ist somit einstimmig angenommen.

b) Wahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/4586 –

Vorgeschlagen wird Herr Kollege Dr. Matthias Krell. Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Stimm-

enthaltungen? – Somit ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen.

c) Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Landtags in den Interregionalen Parlamentarier-Rat

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
– Drucksache 15/4587 –

Als Mitglied des Interregionalen Parlamentarier-Rates wird die Abgeordnete Bettina Brück vorgeschlagen, als stellvertretendes Mitglied die Abgeordnete Elfriede Marmann-Kunz. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Somit ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen.

d) Wahl eines Mitglieds des Landtags in den Richterwahlausschuss

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
– Drucksache 15/4588 –

Für den Kollegen Dieter Burgard wird die Abgeordnete Elfriede Marmann-Kunz vorgeschlagen. Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Somit ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe nun die **Punkte 3, 4 und 5** der Tagesordnung auf, die gemeinsam beraten werden sollen:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/4126 –

Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Jugend

– Drucksache 15/4528 –

Beitragsfreiheit für Zweijährige in Kindertagesstätten

Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/4209 –

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Jugend

– Drucksache 15/4529 –

Bildungs- und Betreuungsangebote gleich behandeln – Wahlfreiheit durch Gutscheine schaffen

Antrag der Fraktion der FDP – EntschlieÙung –

– Drucksache 15/4236 –

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Jugend

– Drucksache 15/4530 –

Ich erteile Frau Kollegin Nicole Morsblech zur Berichterstattung zu diesen Tagesordnungspunkten das Wort. Es

wurde eine Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Beschluss dieses Hauses vom 3. Februar 2010 sind der Gesetzentwurf der CDU, der Antrag der SPD und der Antrag der FDP an den Ausschuss für Bildung und Jugend – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden. Ich glaube, an den Rechtsausschuss wurde nur der Gesetzentwurf überwiesen. Entschuldigen Sie bitte. Die zwei Anträge wurden nur an den Ausschuss Bildung und Jugend überwiesen.

Der federführende Ausschuss hat zunächst einmal die Ablehnung des Gesetzentwurfes empfohlen. Er hat die Annahme des Antrages der Fraktion der SPD und die Ablehnung des Antrages der Fraktion der FDP empfohlen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei SPD und CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Frau Kollegin Brigitte Hayn hat für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Hayn, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ab August dieses Jahres tritt der Rechtsanspruch für Zweijährige auf einen Kindergartenplatz in Kraft. Das bedeutet, dass das Land auch für diese Kinder die Elternbeiträge übernimmt.

Grundlage für den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion war die Tatsache, dass die Kostenerstattung nur den Eltern zugute kommen sollte, deren Kinder einen Kindergarten besuchen. Wählten die Eltern hingegen einen Krippenplatz für ihre Zweijährigen, müssten sie weiterhin bezahlen.

Nun haben unsere Kommunen zum Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige große Anstrengungen unternommen, um ihr Angebot sowohl an Plätzen in kleinen altersgemischten Gruppen, in geöffneten Kindergarten-Gruppen als auch bei Krippengruppen deutlich aufzustocken. Bekanntlich ist gerade beim Krippenangebot in den westlichen Bundesländern der Nachholbedarf besonders hoch. Die Eltern sollten aber in die Lage versetzt werden, aus pädagogischen Gesichtspunkten frei zu entscheiden, ob Kindergarten oder Krippe die für ihr Kind am besten geeignete Betreuungsform ist.

(Beifall bei der CDU)

Tritt nun die Beitragsfreiheit für Zweijährige wie geplant in Kraft, werden Eltern ihre Kinder aus nachvollziehbaren Gründen ab dem zweiten Lebensjahr nicht mehr in

die kostenpflichtige Krippe schicken, sondern im beitragsfreien Kindergarten anmelden. Die Planungen und Vorarbeiten der Kommunen würden Makulatur, da voraussichtlich die Plätze in den Kindergärten nicht mehr ausreichen und die Plätze in den Krippen nicht mehr voll besetzt wären. Eltern haben so keine wirkliche Wahlfreiheit bei der Entscheidung, welche Betreuungsform für ihr Kind die beste ist.

Auf dieser Grundlage hat die CDU vor drei Monaten im Februar-Plenum beantragt, auch die Eltern zu entlasten, die ihre Kinder in der Krippe betreuen lassen wollen. Eins ist klar: In der Kinderkrippe ist der Betreuungsaufwand höher, da der Personalschlüssel ein anderer ist. Daher ist natürlich ein Krippenplatz teurer als ein Kindergartenplatz. –

Mit Blick auf den desolaten Landeshaushalt fordert die CDU nicht die komplette Beitragsbefreiung, sondern die Übernahme der Beiträge in Höhe der Beträge, die für einen Besuch in einem Kindergarten anfallen. Die entstehende Differenz tragen entweder die Eltern oder die Kreise bzw. die kreisfreien Städte. Hier werden Eltern deutlich entlastet, und keine Betreuungsform wird bevorzugt oder benachteiligt.

(Beifall bei der CDU)

Auf diese Problematik haben wir übrigens bereits während der Haushaltsberatungen 2008 ohne Reaktion der Landesregierung und der Fraktion der SPD hingewiesen.

Was bietet nun die Landesregierung an? Am 15. Januar hat sie mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Vereinbarung bezüglich der Krippenbeiträge getroffen. Danach wird der Beitrag in Höhe des Kindergartenbeitrages für die Eltern erstattet, die ihr Kind dann in eine Krippe geben, wenn es wegen vollbesetzter Kindergruppen nicht im Kindergarten unterkommt. Das heißt, die Landesregierung geht offensichtlich davon aus, dass Eltern ihr Kind grundsätzlich im Kindergarten anmelden wollen und die Krippe einen Notbehelf darstellt. Die Wahlfreiheit, die wir als hohes Gut ansehen, und die Berücksichtigung der individuellen pädagogischen Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes werden somit konterkariert.

(Beifall der CDU)

Wie reagieren nun Eltern, die für ihr Kind eigentlich einen Krippenplatz suchen? Werden sie sich das Pokerspiel antun, sich so spät wie möglich um einen Kindergartenplatz zu bemühen in der Hoffnung, dass die Plätze ausgebucht sind, damit sie die dann beitragsfreie Notlösung Krippe anpeilen können? Was geschieht, wenn inzwischen auch die Krippe belegt ist? Müssen Eltern, deren Kind als Baby in eine Krippe kam, dieses mit zwei Jahren herausnehmen und in einem Kindergarten anmelden, um in den Genuss der Beitragsfreiheit zu gelangen?

(Zuruf von der SPD)

Meine lieben Kollegen der SPD, Sie haben schon im Februar-Plenum versucht, uns deswegen ein bisschen

lächerlich zu machen. Sie haben versucht, uns lächerlich zu machen und uns Probleme mit verstehendem Lesen unterstellt. Die Kollegin Raab hat sich laut Plenarprotokoll dafür ausgesprochen, für viel mehr Öffentlichkeitsarbeit und Information über das Kindertagesstättengesetz und die Beitragsfreiheit zu sorgen, damit wir besser aufgeklärt werden. Ich denke, auch die Eltern haben das Anrecht, genau aufgeklärt zu werden, was Sie hier beschließen.

Sie erfüllen Ihre eigenen Vorgaben nicht, die Sie in Ihrem Antrag, im vorletzten Spiegelstrich, stellen. Das betrifft die Information der Eltern über die Regelung mit den kommunalen Spitzenverbänden. Es erreichen uns Zuschriften von verunsicherten Eltern, die sich um viel mehr Fragen Sorgen machen als um die, die wir eben genannt haben. Beispielsweise nenne ich folgende: In welchem Umfang müssen sie sich um einen Kindergartenplatz bemühen, bevor sie einen beitragsfreien Krippenplatz beanspruchen können?

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, da müssen Sie etwas genauer und gründlicher arbeiten. Einem solchen Antrag können wir nicht zustimmen.

Liebe Frau Kollegin Morsblech, Ihr Antrag auf Betreuungsgutscheine enthält gute Ansätze. Zum Beispiel spielt der Grundsatz der Wahlfreiheit unter Einbeziehung der Tagespflege eine große Rolle.

(Baldauf, CDU: Wir lehnen es aber trotzdem ab!)

Auch die CDU hat in den letzten Haushaltsberatungen Betreuungsgutscheine beantragt, allerdings auf zweijährige Kinder beschränkt. Wir halten es angesichts der derzeitigen Haushaltslage für nicht verwirklichtbar, das Gutscheinmodell für alle Kinder vom ersten Lebensjahr bis zur Einschulung einzuführen. Es ist im Moment nicht finanzierbar. Ich denke, das müssen wir auf einen späteren Zeitpunkt in der Zukunft verschieben. Im Moment ist das für uns nicht seriös machbar.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Frau Kollegin Heike Raab hat das Wort.

Abg. Frau Raab, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrte Damen und Herren! Das Postfach von Abgeordneten ist immer gut gefüllt. Gestern haben wir wieder zwei Publikationen der Bertelsmann Stiftung darin gefunden.

Sehr verehrte Frau Kollegin Hayn, dort stand ein wunderbares Zitat von Reinhard Mohn, dem Begründer der Bertelsmann Stiftung, Mitglied der Gründerfamilie, „Wir müssen mehr Köpfe ans Denken bringen.“ Ich muss sagen, mehr Köpfe ans Denken bringen – nach Ihrem Redebeitrag scheint mir das nicht nur für das Bildungs-

system, sondern auch für die CDU-Landtagsfraktion und für Sie ein gelungenes Zitat zu sein.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Dr. Altherr, CDU: Hochmut kommt vor dem Fall! –
Zurufe von der SPD: Oh!)

Sie haben in Ihrem Redebeitrag, ich sage einmal, ein fiktives Problem dargestellt. Sie haben Prophezeiungen gemacht, was wäre, wenn der Kita-Platz und der Krippenplatz nicht ist. Ich möchte einmal sagen, das, was hier dargeboten wird und was wir auf sonst auf Bundes- und auf Landesebene präsentieren, regt uns sehr stark zum Nachdenken an.

Uns regt hier sehr stark zum Nachdenken an, dass beispielsweise aus CDU-Kreisen auch von dem Noch-CDU-Ministerpräsidenten im nahe gelegenen Bundesland angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise als erstes der Spargürtel an den Bereich Bildung angesetzt wird. Wenig gelbes Licht und viel schwarzer Schatten ist da im Bereich der Bildung.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Es ging zu Recht von der Bundesbildungsministerin und der Familienministerin ein Aufschrei los, dass sie gesagt haben, an diesem Punkt darf nicht gespart werden.

(Frau Thelen, CDU: Kommen Sie doch mal zur Sache!)

Aber ich gestatte mir hier an diesem Punkt Zweifel. Wir haben eben in der Aktuellen Stunde über die Finanzen insgesamt gesprochen. Wenn wir die CDU-Bundestagsabgeordneten in verschiedenen Interviews hören, dann habe ich große Zweifel, wie verlässlich das ist, was wir dort hören. Ich sage ganz klar, Sparen in der Bildung kommt uns teuer zu stehen. Das wissen wir in Rheinland-Pfalz, und deshalb haben wir seit 1991 einen unserer wichtigsten politischen Schwerpunkte immer auf den Bereich Bildung gesetzt und dies ausgebaut. Gerade frühkindliche Bildung legt ein lebenslanges Fundament. Das nützt uns nachhaltig. Das sichert die Chancen, und das schafft Bildungsgerechtigkeit. Im Länderreport werden wir in verschiedenen Bereichen und in verschiedenen Bundesländervergleichen dankenswerterweise immer in den Spitzenpositionen zitiert.

(Beifall bei der SPD)

Ein herzliches Dankeschön, liebe Doris Ahnen, an die Arbeit des Bildungsministeriums.

(Zuruf von der FDP)

Aber wir müssen auch nicht nur über diese Zahlen und Statistiken reden. Wenn wir über frühkindliche Bildung sprechen, dann brauchen wir auch keine fiktiven Probleme. Da müssen wir sehen, dass sich das Erwerbssystem verändert hat. Wir müssen Teilhabe sichern, und wir müssen Investitionen ganz wirkungsvoll einsetzen. Das tun wir mit all unseren Programmen.

Ich sage Ihnen ganz klar, zum Nachdenken regt auch das an, was wir von manchen CDU-Politikerinnen hören,

die da auch immer das eine oder andere sagen oder sich zu allen möglichen Themen äußern. Frau Hayn, ich meine jetzt nicht Sie, ich meine die CDU-Landesvorsitzende im Wartestand, die einerseits immer über die Schuldenbremse redet, und Sie stellen hier andererseits permanent neue finanzielle Forderungen. Das passt nicht zusammen, Frau Hayn.

(Beifall bei der SPD)

Aber dass Sie einen besonderen Umgang mit Geld pflegen und manchmal Einnahmen mit Ausgaben verwechseln, wissen wir von anderen Stellen. Ich sage Ihnen ganz klar, das führen wir hier nicht auf.

Herr Baldauf, ich sage Ihnen auch, ich hoffe, dass Sie, wenn Sie das Amt übergeben, auch die Kollegin, die jetzt Ihr Amt als Landesvorsitzende übernehmen will, einmal darüber informieren, welche Gespräche auch mit den Fraktionen zum Thema „Schuldenbremse“ geführt werden. Mir scheint, Sie haben da einen internen Abstimmungsbedarf, damit man bei Ihnen solche Sachen künftig auch einmal ordnungsgemäß regelt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Bracht, CDU: Mir scheint, Sie haben ein Informationsdefizit!)

Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat Rheinland-Pfalz erhebliche Anstrengungen zum Ausbau des gesamten Bildungssystems unternommen, weil gute Bildung für uns ein hohes Gut in Rheinland-Pfalz ist. Frühkindliche Bildung, Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an, den enorm hohen besten Betreuungsschlüssel, über 550 Ganztagschulen, kleinere Klassenstärken in den Jahrgangsstufen 5 und 6, Schulbuchausleihe, Schulstrukturreform mit Augenmaß – auch das im Vergleich zu anderen Bundesländern – und gebührenfreies Erststudium sind ein roter Faden in der Bildungspolitik, auf den wir richtig stolz sind.

Vor dem Hintergrund dieser Anstrengungen zum Ausbau des Bildungssystems und aber auch einer Haushaltsdisziplin und dass wir bei allem, was wir tun können, immer darauf schauen, dass wir sorgfältig überlegen können, wie wir das auch schultern und wie wir das stemmen können, haben wir im Ausschuss Ihren Antrag zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes abgelehnt.

(Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Im SPD-Antrag haben wir noch einmal deutlich gemacht, wie weit wir beim U-3-Betreuungsausbau sind und dass wir bereits vor den Bundesanstrengungen, vor dem Tagesausbaubetreuungsgesetz, damit begonnen haben. Bereits im Dezember 2005 haben wir unser Landesgesetz verabschiedet. Die kommunale Ebene hatte fast fünf Jahre Vorbereitungszeit, dies alles umzusetzen und eine solide finanzielle Grundlage für die Umsetzung des Rechtsanspruches der Zweijährigen zu schaffen.

Auch hier hat das Ministerium sorgfältig gearbeitet und gemeinsame Bemühungen mit Kommunen und Trägern zur Verwirklichung des Rechtsanspruches bravourös gemeistert. Wir wissen um die Herausforderungen, vor denen die Jugendämter insbesondere in den großen

Städten stehen. Wir wissen, dass da noch erhebliche Anstrengungen unternommen werden müssen. Wir sind aber dennoch besonders schnell beim Ausbau an Plätzen in Kitas für unter Dreijährige. Wie gesagt, wir haben einen Spitzenplatz im Bundesgebiet bei der Betreuungsquote bei allen westlichen Ländern. Wir konnten dies auch jüngst wieder in der „Süddeutschen Zeitung“ – Herr Präsident, gestatten Sie, dass ich das zitiere? – vom 24. April nachlesen, dass wir mit weitem Abstand mit 24,3 % vor Bayern mit 22 %, ganz zu schweigen von Baden-Württemberg mit 15,9 %, Hessen mit 16,3 % oder in Nordrhein-Westfalen mit 16,5 % dastehen.

Eines ist in Ihrem Antrag allerdings richtig, Frau Hayn. Für Familien stellt der Wegfall der Elternbeiträge eine bedeutsame Ersparnis dar.

(Beifall der SPD)

Das möchte ich gerne zitieren. Zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Rechtsanspruches der Zweijährigen auf einen Kindergartenplatz tritt bei uns nämlich zum 1. August 2010 auch die letzte Stufe des Plans zur vollständigen Beitragsfreiheit in Kraft. Das ist ein Riesenfund für die Eltern und für die Kinder in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu allen anderen Bundesländern. Wenn wir beobachten, wie lange man sich in Berlin um 10 Euro Kindergeldhöhung streitet, dann bin ich froh, dass bei uns die Eltern eine echte Entlastung haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben unterschiedliche Beträge zwischen 800 Euro bis 900 Euro für ein Kind in Rheinland-Pfalz. Das ist eine große Entlastung. Diese Entlastung soll allen Eltern zugute kommen. Dort, wo noch kein Kindergartenplatz angeboten werden kann, weil der Ausbau vielleicht noch nicht so schnell vorangeschritten ist, da hat auch hier das Land frühzeitig das Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden gesucht. Wir haben Einvernehmen erzielt, und bereits am 15. Januar 2010 konnte die Ministerin klarstellen, dass im Bedarfsfall, wo örtliche Träger der Jugendhilfe nicht dafür eintreten können, dass durch einen Kindergartenplatz der Rechtsanspruch erfüllt wird, sondern durch einen Krippenplatz, auch dieser beitragsfrei gestellt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist sicherlich wahr, man kann immer noch einmal eine Schippe obendrauf legen. Aber das ist auch ein Stück weit Methode, was Sie gerade im Bildungsbereich machen. Sie sehen, dass es hier gut läuft. Sie sehen, dass es so geht und wir auf dem richtigen Weg sind, und sie kommen dann immer mit neuen Anträgen, wo dann noch einmal einer obendrauf gelegt wird. Permanent kommen haushaltsrelevante Anträge, ohne die Kosten zu ermitteln. Die lassen sie einfach außen vor.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Genau! Ohne Haushaltsverantwortung!)

Ich weiß nicht, ob Sie da richtig nachrechnen, oder wie Sie das handhaben. Ich weiß auch, dass Sie beim Nachtragshaushalt, als wir über das Konjunkturpaket II gesprochen haben, wo ein ganz großer Schwerpunkt

auch in der Modernisierung von Schulen und im Ausbau von Kindertagesstätten liegt, sich hier enthalten haben, aber vor Ort stehen Sie auch gern auf jedem Foto, wenn der Spatenstich durchgeführt wird oder wenn die Einweihungen stattfinden. Das ist auch eine große Form von Bigotterie.

(Beifall der SPD)

Die SPD in Rheinland-Pfalz geht sachlich und sorgfältig mit diesen Problemen um. Wir schaffen hier Lösungen für die Eltern und für die Kinder in Rheinland-Pfalz. Wir gaukeln Ihnen auch nicht etwas vor. Wir versprechen den Menschen nicht das Blaue vom Himmel herunter, wie das beispielsweise in Hessen geschehen ist, wo sie in einem Wahlprogramm sagen, die Stellen- und Mittelausstattung der Schulen wird trotz des Rückgangs der Schülerzahlen durch den demografischen Wandel voll erhalten bleiben.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ich weiß gar nicht, warum ihr schon so im Wahlkampf seid! Was regt ihr euch so auf?)

Ein Jahr später heißt es dann: Wir müssen in den Schulen 45 Millionen Euro sparen. – So geht die CDU mit Menschen um. Wir stehen zu unserem Wort.

(Beifall der SPD)

Für die SPD ist klar, wir wollen mit unserer Bildungspolitik Chancen – – –

(Zurufe der Abg. Frau Kohnle-Gros und Bracht, CDU)

– Wir wollen mit unserer Bildungspolitik Chancen für jedes Kind eröffnen, bestmögliche Bildung von Anfang an, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Wir sind auf diesem Weg schon ein Riesenstück vorangekommen. Diesen Weg werden wir weiterhin erfolgreich beschreiten.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD –

Frau Kohnle-Gros, CDU: So viel Anmaßung auf einmal habe ich noch nicht erlebt! Muss man sich vorhalten lassen, dass man auf Termine geht, wenn man eingeladen ist?)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Nicole Morsblech von der FDP-Fraktion.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man Frau Kollegin Raab hört, gewinnt man den Eindruck, man müsse gar nicht mehr debattieren,

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Genau! – Baldauf, CDU: Genau!)

weil all das, was in Rheinland-Pfalz im Bereich der U-3-Betreuung geschieht, vorbildhaft und hervorragend sei.

(Beifall im Hause)

Sie freuen sich darüber. Für mich mutet das etwas merkwürdig an; denn wenn wir Gesetzentwürfe und Anträge einbringen, die ganz klare Alternativen aufzeigen, tun wir das nicht aus dem Bedürfnis heraus, uns selbst darzustellen, sondern weil wir meinen, dass gerade in dem Bereich, über den wir heute diskutieren, etwas massiv verbesserungswürdig ist.

(Beifall bei der FDP)

Das motiviert mich dazu, zum Ausdruck zu bringen, dass ich dankbar bin, dass wir das Thema noch einmal diskutieren. Die SPD führt mit ihrer Alleinregierung in diesem Jahr den Rechtsanspruch für zweijährige Kinder auf einen Kindergartenplatz und eine damit verbundene Beitragsfreiheit ein – das nehmen wir zur Kenntnis –, aber ich meine, es ist auch sehr wichtig, noch einmal kritisch hinzuschauen, welche Grundhaltung damit verbunden ist und wie hier Familien und Kindern wirklich geholfen wird.

Im Rahmen des gesamten Pakets „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ ist gerade dieses Angebot, nämlich der Platz in einer geöffneten Kindergartengruppe für Zweijährige, von Anfang an besonders kritisch beleuchtet worden. Ich kann mich noch gut an die gemeinsame Zeit erinnern. Wenn wir mit Erzieherinnen, wenn wir mit Fachleuten diskutiert haben, haben die uns bereits in der zurückliegenden Legislaturperiode darauf hingewiesen, dass das möglicherweise ein Angebot ist, das man mit Vorsicht einführen und besonders intensiv beobachten muss. Dies gerade im Hinblick auf den Betreuungsschlüssel für diesen Bereich.

Uns wurde gesagt, Kinder, die zwei Jahre alt sind, sind entwicklungspsychologisch noch sehr unterschiedlich. Sie sind auch sehr unterschiedlich in der Lage, sich in einer Gruppe von Drei- bis Sechsjährigen zurechtzufinden. Weil – das war die entscheidende und gravierende Kritik – aller Voraussicht nach der vorgesehene Betreuungsschlüssel für diese sehr wichtige und auch sehr intensive Arbeit in altersgemischten Gruppen nicht ausreichen wird, soll man da noch einmal genau hinschauen.

(Beifall der FDP)

Wenn wir jetzt in der Realität noch einmal genau hinschauen, haben wir nach wie vor eine sehr aktuelle und fundierte Studie, nämlich den Länderreport „Frühkindliche Bildung 2009“, der immer sehr gerne von Frau Kollegin Raab zitiert wird, der aber gerade in diesem Bereich keine guten Zahlen ausweist.

(Baldauf, CDU: So ein Pech!)

Er zeigt auf, dass die Betreuungsrelation in einer Krippengruppe erheblich günstiger ist im Vergleich zur geöffneten Kindergartengruppe. Er schreibt der Landesregierung in diesem Rahmen auch deutliche Kritik ins Buch. Er sagt, Rheinland-Pfalz weist im Schnitt mit einer

Erzieherin auf 4,6 Kinder im Bereich der Kinderkrippen – null- bis dreijährige Kinder zusammen in einer Gruppe – eine sehr gute Relation auf. Er sagt, für die geöffnete Kindergartengruppe hingegen sei ein Schlüssel von 1 : 8 im Moment aktuell. Dies wird äußerst kritisch bewertet. Kritisch wird in diesem Zusammenhang vor allem gesehen, dass sich in Rheinland-Pfalz jetzt schon sehr deutlich abzeichnet – jetzt, ohne die Beitragsfreiheit –, dass das Land für die Zweijährigen in der Hauptsache auf dieses Betreuungsangebot setzt und andere für die Entwicklung der Kinder weitaus günstigere Angebote dabei vernachlässigt.

(Beifall der FDP)

Genau diese Plätze sind unter Experten nach wie vor äußerst umstritten. Genau diese Plätze stellen Sie jetzt beitragsfrei. Das ist die Verhandlungsgrundlage, über die wir heute diskutieren. Wer Glück hat, kann jetzt auf einen Krippenplatz ausweichen, weil die Plätze in der geöffneten Gruppe schon gefüllt sind. Eine sozial gerechte, eine chancengerechte Wahlfreiheit gibt es für die Eltern und ihre Kinder bei Ihnen in diesem Bereich nicht.

(Beifall der FDP –

Hartloff, SPD: Das ist eine Behauptung!)

Wer einen Platz in einer Krippengruppe für sein zweijähriges Kind möchte, muss diesen künftig weiter voll bezahlen. Er bekommt von Ihnen keinen entsprechenden Zuschuss. Wer einen Platz in einer privaten Kindertagesstätte oder Krippe in Anspruch nehmen möchte, muss den Platz in Zukunft weiter voll zahlen, weil Sie den Trägern und den Menschen, die ihre Kinder dorthin bringen, keinen Zuschuss gewähren. Wer einen Platz bei einer Tagespflegeperson oder in einem Kinderstübchen in Anspruch nehmen will, der muss den Platz weiter voll bezahlen. Er bekommt keinen entsprechenden Zuschuss wie die Eltern, die den beitragsfreien Kindergartenplatz in Anspruch nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau diese Politik sieht die FDP-Landtagsfraktion äußerst kritisch.

(Beifall der FDP)

Eltern sollen sich, wenn sie ein geeignetes Betreuungsangebot für ihre kleinen Kinder suchen, frei entscheiden können, welches Angebot am besten auf das Kind, welches Angebot am besten auf die Familie und auch am besten auf die berufliche Situation der Eltern zugeschnitten ist. Eine alleinerziehende Krankenschwester im Schichtdienst hat mit dem kommunalen Kindergartenplatz von 7:00 bis 17:00 Uhr nicht die notwendige Flexibilität. Sie braucht in der Regel eine flexible Tagespflegeperson, die sie einsetzen kann. Bei Ihnen bekommt die nichts.

Eine Familie, die für ihr Kind einen sanften Übergang in der Ablösung aus der Familie und in der Ablösung von der möglicherweise noch betreuenden Mutter sucht und meint, ihr Kind bräuchte dafür auch mehr Ansprechpartner und eine intensivere Zuwendung, sucht in der Regel einen Krippenplatz wegen der Betreuungsrelation. Die bekommt bei Ihnen nichts Entsprechendes.

Die Pendlerfamilie, die täglich 120 Kilometer – 60 Kilometer hin und 60 Kilometer zurück – zum Arbeitsplatz zurücklegt – das ist in Rheinland-Pfalz durchaus keine Seltenheit –, braucht in der Regel erweiterte Öffnungszeiten bei einer Einrichtung. Die bekommt sie in der Regel im ländlichen Raum nur in einer privaten Einrichtung. Die bekommt bei Ihnen nichts, meine Damen und Herren.

Vor diesem Hintergrund kann ich nur noch einmal betonen, mit dem einseitigen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur, mit der einseitigen Beitragsfreiheit bestimmen Sie als Landesregierung politisch, wie die Betreuung und Erziehung im Kleinkindalter auszusehen hat. Wir wollen, dass die Familien, die Eltern, das bestimmen.

(Beifall der FDP)

Deshalb schlagen wir an dieser Stelle noch einmal den Bildungs- und Betreuungsgutschein in diesem Hause vor, den Eltern so einsetzen können sollen, wie sie und ihre Kinder das brauchen. Wir möchten, dass jeder einen gleichen, einen gerechten, einen hochwertigen Zuschuss bekommt, egal welches Betreuungsangebot er in dem Alter für sein Kind auswählt.

(Beifall der FDP)

Sei es ein Platz in einem kommunalen Kindergarten, einer kommunalen Krippe, einer privaten Einrichtung, bei einer Tagesmutter, einem Kinderstübchen, wir möchten, dass die Eltern diese wichtige Entscheidung – das ist ein äußerst wichtiger Moment für die Familien – treffen können und sie nicht für die Eltern vom Staat getroffen wird, meine Damen und Herren!

(Beifall der FDP)

Deshalb ist es uns wichtig, dass das einzelne Kind mit einem Gutschein gefördert wird und nicht der eine Betreuungsplatz die Eltern zu einer bestimmten Betreuungsform drängt. Das ist starr, unflexibel und zum Teil auch sehr ungerecht.

(Beifall der FDP)

Wir wollen, dass Kinder gerechte Chancen und einen gerechten Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Betreuung, Erziehung und Bildung bekommen. Die Beitragsfreiheit für Zweijährige, beschränkt auf einen eher schlecht ausgestatteten Kindergartenplatz, ist keine solch gerechte Chance.

(Beifall der FDP –

Pörksen, SPD: Das ist eine Unverschämtheit!)

Vor diesem Hintergrund werden wir den Antrag der SPD-Fraktion ablehnen und uns im Hinblick auf den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion der Stimme enthalten. Hier sehen wir, dass zumindest ein kleines Stückchen mehr Wahlfreiheit realisiert werden kann, wenn man diesen Gesetzentwurf zugrunde legen würde.

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP –

Fuhr, SPD: Das passt zur Debatte von heute Mittag! – Pörksen, SPD: Ihr seid schöne Pharisäer! –

Fuhr, SPD: Die mutige Enthaltung!)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich begrüße zunächst Besucher im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Senioren aus Otterstadt. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Frau Staatsministerin Doris Ahnen.

(Schweitzer, SPD: Die entschuldigt sich jetzt für die Beitragsfreiheit!)

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich versuche es in aller Ruhe, weil in dieser Debatte so viel Falsches gesagt worden ist, dass man eine Menge richtigstellen muss. Frau Abgeordnete Hayn, ich wundere mich schon. Dies ist auch an Ihre Adresse gerichtet. Wir haben über Dinge im Ausschuss diskutiert. Sie behaupten nach wie vor, dass Ihr Gesetzentwurf Dinge erreichen würde, die er so überhaupt nicht erreicht. Wir haben Ihnen sogar gesagt, wo Sie, wenn Sie das, was Sie erreichen wollen, machen wollen, etwas ändern müssen. Sie haben das alles nicht getan, sondern Sie haben sich wie bei der ersten Debatte an dieses Pult gestellt und behauptet, Ihr Gesetzentwurf würde Wahlfreiheit schaffen.

Aber er macht es nicht, das ist völlig klar, es sei denn, Sie meinen die Wahlfreiheit zwischen einem beitragsfreien Kindergartenplatz und einem nicht beitragsfreien Krippenplatz. Das sei Wahlfreiheit. Nichts anderes erreichen Sie nämlich. Sie gewähren noch nicht einmal einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Diese Stelle haben Sie in Ihrem Gesetzentwurf nach wie vor nicht geändert. Ich meine, dass Sie, wenn Sie sich mit diesem wichtigen Thema wirklich ernsthaft auseinandersetzen wollen, wenigstens sagen müssen: Ja, wir haben das gemerkt. Das haben wir nicht hineingeschrieben, aber wir korrigieren es jetzt. – Nein, Sie sprechen hier über denselben Gesetzentwurf und behaupten nach wie vor Dinge, die er überhaupt nicht erfüllt.

(Beifall der SPD)

Sie machen noch etwas. In Ihrer Denke gibt es auf der einen Seite die Landesregierung und auf der anderen Seite das einzelne Elternteil vor Ort. Die Landesregierung kümmert sich um alle Eltern, die sie anschreiben und ihr eine Frage stellen. Aber sie nimmt auch die kommunale Selbstverwaltung ernst. Dazwischen gibt es vor allen Dingen zunächst einmal die Jugendämter und die Träger von Einrichtungen, und die machen einen verdammt guten Job. Deswegen laufen die Eltern nicht

hilflos im Lande Rheinland-Pfalz herum, sondern sie haben Ansprechpartner in den Kindertagesstätten, in den Jugendämtern und, wenn es sein muss, beim Landesjugendamt, im Zweifelsfall sogar im Ministerium. Aber in erster Linie haben sie die Ansprechpartner vor Ort; denn wir nehmen die kommunale Selbstverwaltung ernst.

(Beifall der SPD)

Das haben wir gemacht. Wir haben eine völlig klare Regelung getroffen. Wir haben Folgendes gesagt: Wenn ab August ein Jugendamt den Eltern zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen beitragsfreien Kindergartenplatz einen Platz in einer Krippe anbietet, weil es diesen Rechtsanspruch nur so umsetzen kann und will – eine solche Wahlmöglichkeit hat das Jugendamt –, muss dieser Platz auch beitragsfrei sein. Wir haben – worauf wir stolz sind – nun einmal einen Rechtsanspruch auf einen beitragsfreien Kindergartenplatz, und dem können wir nicht als Alternative einen gebührenpflichtigen Krippenplatz an die Seite stellen.

Ich stelle mir vor, was Sie uns hier vorwerfen würden, wenn wir das täten. Sie würden uns vorwerfen, dass wir unsere Versprechen nicht halten. Wir haben von Anfang an beitragsfreie Kindergartenplätze versprochen, und die gibt es an der Stelle auch. Dabei bleiben wir.

(Beifall der SPD)

Wenn dieser Anspruch aus Sicht des Jugendamts durch einen Krippenplatz erfüllt werden soll, bekommt es von uns den Betrag – so haben wir es gesagt –, den es ansonsten für einen Ganztagsplatz erhielte, aber nur unter der Bedingung, dass es bereit ist, diesen Platz im Sinne der Eltern beitragsfrei zur Verfügung zu stellen.

Frau Hayn, eine kleine Anmerkung: So etwas haben Sie in Ihrem Gesetzentwurf ebenfalls nicht definiert: ob es um einen Teilzeit- oder einen Ganztagsplatz geht und welche Erstattung vorgesehen ist. Sie haben es bis heute nicht für nötig befunden, in Ihrem Gesetzentwurf entsprechende Korrekturen vorzunehmen.

(Schweitzer, SPD: Was machen die denn für einen Mist?)

Das ist das, was wir gemacht haben. Das haben wir den Kommunen mitgeteilt. Die Jugendämter vor Ort gehen absolut vernünftig damit um. Sie machen eine Bedarfsplanung, bei der das berücksichtigt wird, und selbstverständlich informieren sie die Betroffenen entsprechend. Wir haben also einen klaren, kommunizierten Weg eingeschlagen und versprechen nichts, was wir nicht halten können. Die Versprechen, die wir gegeben haben, werden eingehalten, und das ist für uns an der Stelle sehr wichtig.

Zweiter Punkt. Frau Morsblech weist auf die geöffnete Kindergartengruppe hin, darauf, wie schlecht die Kindergartengruppen ausgestattet seien und wie schlecht die Situation für die Kinder sei. Gut, mit dieser schlechten Situation liegen wir bundesweit auf Platz 1 oder Platz 2.

Man könnte einmal fragen, wie das bei anderen aussieht.

(Zuruf der Abg. Frau Morsblech, FDP)

Aber lassen wir das dahingestellt sein, und beschäftigen wir uns lieber mit dem, was wirklich passiert ist.

(Zuruf der Abg. Frau Morsblech, FDP)

– Frau Morsblech, ich habe sehr genau zugehört, und ich will es auch sehr genau erklären, damit hier nicht immer wieder das Falsche behauptet wird.

(Schweitzer, SPD: Das kommt trotzdem wieder!)

Wir kommen auf unseren Gesetzentwurf „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ zurück. Was hat die Landesregierung gemacht? Die Landesregierung hat erklärt: Wenn wir für die Zweijährigen einen verlässlichen Rechtsanspruch wollen, wird das nicht allein auf den bisherigen Wegen gehen. Deswegen haben wir von Anfang an gesagt, dass ein nicht unerheblicher Teil über die geöffneten Kindergartengruppen kommt. Das haben wir von Anfang an hineingeschrieben, und auch der Personalschlüssel war von Anfang an klar. All das ist offen kommuniziert worden.

(Frau Morsblech, FDP: Wir haben das von Anfang an kritisiert!)

Der Weg ist gut begründet. Er ist nicht nur entwicklungspsychologisch begründet. Aber es gibt viele Hinweise darauf, dass die Zweijährigen in ihrer Entwicklung der Gruppe der Drei- bis Sechsjährigen näherstehen als der Krippengruppe.

Dieser Weg ist aber auch ganz offen kommuniziert worden. Wir haben gesagt, dies ist eine der wenigen Chancen, um im Flächenland Rheinland-Pfalz überhaupt Plätze für Zweijährige anbieten zu können; denn um eine Krippengruppe einzurichten, braucht man zehn Kinder. Die kommen in den ländlichen Regionen aber an vielen Stellen nicht zusammen, und dann gäbe es dort überhaupt kein Angebot. Dann hätten wir ein Stadt-Land-Gefälle, das wir aber nicht wollten. Auch zu diesem Ansatz stehen wir bis heute.

(Beifall der SPD)

Ein dritter Punkt kommt hinzu. Wir haben gesagt, dass uns, wenn wir das nicht machen, in den ländlichen Regionen dieses Landes Gruppen kaputtgehen. Dann müssten wir Gruppen schließen, und Arbeitsplätze gingen verloren. Auch deswegen gehen wir diesen Weg. Auch aus diesem Grund stehen wir bis heute zu diesem Weg.

Wir haben nichts hinter vorgehaltener Hand gemacht. Wir haben nichts verschwiegen. Wir haben von Anfang an gesagt, wie wir es machen wollen und warum wir es so machen wollen. Die Praxis zeigt, dass wir mit diesem Weg richtig gelegen haben.

(Beifall der SPD –

Frau Morsblech, FDP: Das ist doch nicht der einzige!)

Dann bringen Sie Ihr Argument vor. Sie vergleichen den Personalschlüssel pro Kind in einer Krippengruppe mit dem Personalschlüssel pro Kind in einer Kindergarten-Gruppe. Das haben Sie gemacht, als Sie sich auf die Bertelsmann Stiftung bezogen haben. Sie selbst sagen doch, dass Kinder unter drei Jahren einen anderen Betreuungsaufwand haben als die über Dreijährigen. Insofern ist es doch völlig logisch, dass der durchschnittliche Personalschlüssel, den man für eine Gruppe von Zwei- bis Sechsjährigen errechnet, unter dem einer Gruppe liegt, in der nur unter Dreijährige betreut werden. Nichts anderes sagt die Bertelsmann Stiftung.

(Zuruf der Abg. Frau Morsblech, FDP)

Das ist völlig logisch. Auf das einzelne Kind entfällt deshalb nicht weniger Betreuungszeit, und schon gar nicht lasse ich zu, dass Sie von Leuten sprechen, die das Glück haben, einen Platz in einer vernünftigen Gruppe zu finden, und dem die angeblich schlechte Kindergarten-Gruppe gegenüberstellen. Die Krippengruppen sind bei uns gut ausgestattet, die geöffneten Kindergarten-Gruppen ebenfalls. Für beide bekommen wir bundesweit hervorragende Noten. Andere müssen sich noch lange nach der Decke strecken, bis sie einen solchen Personalschlüssel haben.

(Beifall der SPD)

Man kann sagen: Wir wollen, dass alle Eltern in diesem Land alles, was sie für richtig halten, wählen können. – Das mag der Idealzustand sein. Ich sage Ihnen nur: Abgesehen davon, dass es nicht finanzierbar ist, ist es auch in der Umsetzung völlig unrealistisch. –

(Zurufe von der CDU)

Wir müssen den Betroffenen vor Ort verlässliche Planungsgrößen geben, die möglichst flexibel zu sein haben. Aber es geht nicht, so zu tun, als ob ein Jugendamt in der Lage wäre, auf jeden einzelnen Wunsch zu reagieren. Das werden sie nicht schaffen. Es gehört zur Ehrlichkeit, das zu sagen. Man darf nur ein Versprechen geben, das man auch halten kann. Aber das muss man wirklich machen. Das haben wir beim Kindertagesstättengesetz getan.

Ich sage noch einmal: Wir haben das geschafft wie kein anderes Bundesland. Ich bin froh, dass wir in 67 Tagen in Rheinland-Pfalz einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf einen beitragsfreien Kindergartenplatz haben und wir diese Regelung an dieser Stelle um die notwendige Flexibilität vor Ort erweitert haben. Kein Land ist an dieser Stelle so weit wie wir. Ich glaube, wir können mit dem, was wir erreicht haben, wirklich zufrieden sein.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Dickes von der CDU-Fraktion. Die Redezeit beträgt noch drei Minuten.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst ganz kurz auf die Ausführungen von Frau Raab eingehen, die von Kürzungen bei der Bildung gesprochen hat. Vielleicht hat der eine oder andere – vielleicht auch Sie, Frau Raab – den Artikel von Herrn Schirmacher in der „FAZ“ gelesen, in dem er auf diese Vorschläge eingegangen ist. Ich fand ihn sehr bedrückend und auch sehr aussagekräftig.

Er hat festgestellt, dass alle heutigen und alle künftigen Rentner sofort aufschreien würden, wenn irgendein Politiker sich trauen würde, das Thema „Rentenkürzungen“ anzusprechen. Sollte es um Kürzungen im Bildungsbereich gehen, schreien sofort alle Bildungspolitiker auf. Er hat einen feinen Unterschied gemacht. Es schreien die Politiker und nicht die Eltern auf.

(Zuruf der Frau Abg. Brede-Hoffmann, SPD)

Er hat die Befürchtung geäußert, dass Bildungspolitik in einer älter werdenden Gesellschaft immer weniger wichtig genommen wird und sie dann möglicherweise nicht mehr wahlkampftauglich sei.

Dabei möchte ich für die CDU-Fraktion ganz klar betonen, dass die Bildungspolitik für uns oberste Priorität hat

(Zuruf der Frau Abg. Schleicher-Rothmund, SPD)

und im Sinne künftiger und älterer Generationen die beste Rentenpolitik ist; denn die künftigen Rentenzahler sitzen in den heutigen Kindergärten.

(Beifall der CDU)

Ich bitte, eines dabei ganz klar zu bedenken. Geld alleine macht keine gute Bildung aus. Deshalb muss alles auf den Prüfstand, was wir im Bereich der Bildung ausgeben. Es muss auf Nachhaltigkeit getestet werden. Genau das ist es, was die zukünftige Ministerpräsidentin immer wieder sagt. Das ist auch wichtig; denn die künftige Ministerpräsidentin hat in diesem Land eine Zukunft, für die sie verantwortlich ist.

(Beifall der CDU)

Dabei liegt der Fokus der CDU und auch der künftigen Ministerpräsidentin ganz klar im frühkindlichen Bereich; denn – das wissen wir aus sämtlichen Studien – Investitionen, die wir gerade hier treffen, werden sich später zehnfach auszahlen.

Deshalb hat die CDU-Landtagsfraktion als erste die Beitragsfreiheit für die Kindertagesstätten gefordert, die übrigens Sie, Herr Ministerpräsident, seinerzeit abgelehnt haben.

Wir möchten nicht, dass mit der Gießkanne ein und dasselbe Angebot für alle gemacht wird. Bedürfnisse von Familien und Kindern sind unterschiedlich. Das ist der Hintergrund des Antrags, den wir gestellt haben. Wir möchten passgenaue Angebote und Wahlfreiheit. Wir haben ganz klar ausgeführt, wie das finanziert wird. Es

ist kein bürokratisches Monster wie das, das Sie zum Beispiel mit der Lernmittelausleihe geschaffen hatten.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Wir möchten, dass das Jugendamt bei jedem die gleichen Beiträge übernimmt und Eltern die Wahlfreiheit haben, welches Angebot zu ihnen passt. Wir möchten – hier gebe ich Frau Kollegin Morsblech recht – eine Qualitätsoffensive in den Kindertagesstätten. Es stimmt, was sie gesagt hat.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Ende. Ich erinnere mich an eine Anhörung vor zweieinhalb Jahren, als Professor Sell für dieses Land betont hat, dass der Betreuungsschlüssel zwar für Sie gut, aber für die Kinder in unserem Land bei Weitem nicht ausreichend ist.

(Beifall der CDU –
Schweitzer, SPD: Habt Ihr größere Gruppen
beantragt?)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Kollegin Raab von der SPD-Fraktion.

Abg. Frau Raab, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben sehr oft, dass die CDU-Fraktion sehr populistische Anträge stellt, frei nach dem Motto, legen wir noch eine Schippe obendrauf. Ich glaube, das ist nur von einem Gedanken getragen, weil Sie wissen, dass Ihnen die Menschen in diesem Land das nicht abkaufen werden und Sie sich in der Opposition gut etabliert haben. Ich glaube, das wird mit diesen Gedanken, die Sie vorgetragen haben, auch noch lange so sein.

(Beifall bei der SPD –
Bracht, CDU: Anmaßung in Person! Sie steigern
sich noch!)

Sie haben ein paar Dinge vorgebracht, die wirklich abenteuerlich waren. Ich weiß nicht, ob der Noch-Ministerpräsident von Hessen auch sein Parteibuch zurückgegeben hat. Meines Wissens war er Mitglied der CDU oder ist noch Mitglied der CDU.

Diese Vorschläge, insbesondere im Bildungsbereich den Gürtel enger zu schnallen, kommen aus Ihren Reihen. Die werden aus unseren Reihen ganz klar abgeschmettert. Wir in Rheinland-Pfalz setzen ganz klare Kontrapunkte.

Wir halten an unserer guten Bildungspolitik, und zwar von der gebührenfreien Kindertagesstätte bis zum gebührenfreien Erststudium, fest. Daran rüttelt auch Ihr Geplapper, das Sie an einigen Stellen loslassen, nichts. Sie sollten Herrn Schirmmacher nicht nur selektiv zitieren. Er hat insbesondere ein Augenmerk darauf gelegt, dass man im Bereich der Bildungspolitik nicht sparen und es

nicht nur denen überlassen darf, die das dem Zufall überlassen.

Sehr geehrte Frau Kollegin Morsblech, gestatten Sie mir noch ein Wort. Es wäre natürlich ein wunderbares Schlaffenland, wenn wir auch in den kleinsten Ortschaften – wo ich herkomme, gibt es einsame Weiler und kleine Dörfer – eine Krippe und alles hätten. Ich sage Ihnen aber, dass in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz mit Tausenden von kleinen Gemeinden Hervorragendes an Bildungsangeboten und insbesondere Wahlfreiheit möglich geworden ist. Wir haben nicht nur sehr gute Kindertagesstätten, sondern auch Angebote für die Allerkleinsten. Darüber hinaus haben wir auch in dem Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ die Tagespflege ausgebaut. Wenn das keine Wahlfreiheit ist, weiß ich es nicht.

Das Thema der Gutscheine – wir haben schon oft darüber diskutiert – bietet keine Planungssicherheit für die Träger von solchen Einrichtungen. Gerade diese müssen, um ein flexibles und variables Angebot vorhalten zu können, Planungssicherheit haben.

Wir sind auf einem sehr guten Weg, alles noch besser zu machen. Das ist unser großes Ziel. Daran werden wir festhalten. Das ist der Maßstab sozialdemokratischer Bildungspolitik in diesem Land. Die werden wir noch fortsetzen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Nicole Morsblech von der FDP-Fraktion.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesem Hause nehme ich allen Fraktionen ab, dass sie gerade im Bereich der Bildung und der frühkindlichen Bildung nicht sparen wollen.

Frau Ministerin und Frau Kollegin Raab, wie flexibel man die Einrichtung von Krippengruppen und anderen Betreuungseinrichtungen handhabt, bestimmen Sie als Landesregierung. Es gibt sehr viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten als diese eine, die Sie im Moment handhaben und noch einmal vorgestellt haben.

(Beifall der FDP)

Sie bestimmen auch, welche Strukturen im Moment überhaupt entstehen und welche für die Eltern beitragsfrei sind oder möglicherweise mit einem Betrag bezuschusst werden können. Das bestimmen Sie im Moment sehr einseitig. Hier haben die Eltern keine Wahlfreiheit. Das kritisieren wir.

(Beifall bei der FDP)

Ich betone noch einmal, dass wir alle investieren möchten. Die Frage ist, mit welchem Grundverständnis wir

das tun. Sie möchten, dass weiterhin die Landesregierung und die Jugendämter bestimmen, welche Betreuungsplätze entstehen. Wir möchten, dass die Eltern und die Familien bestimmen, welche Betreuungsplätze entstehen. Wir vertrauen auch auf die Kräfte der Menschen vor Ort, das vernünftig zu handhaben. Sie vertrauen nur Ihren eigenen Staatsstrukturen.

(Beifall der FDP)

Abschließend kann man natürlich auch noch einmal zum Argument der Finanzierbarkeit sagen, dass das, was Sie hier finanzieren, auf tönernen Füßen steht. Das muss man an anderer Stelle diskutieren. Das, was wir vorschlagen, muss nicht unbedingt mehr kosten; denn über die Höhe eines Zuschusses kann man auch vor dem Hintergrund der aktuellen finanzpolitischen Lage mit uns und den Betroffenen diskutieren. Das ist aber genau der Punkt, den Sie uns in der Vergangenheit angekreidet haben. Wir haben immer gesagt,

(Glocke des Präsidenten)

wir möchten, dass alle gerecht dasselbe bekommen, egal, was die Eltern gerade im frühkindlichen Bereich aussuchen. Sie sagen, sie bekommen nur etwas, wenn sie den einen Platz nehmen.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist die Grundargumentation, bei der wir auseinander sind.

Danke.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Doris Ahnen.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Morsblech, das stimmt. An der Stelle mit Ihrem Gutscheinsystem sind wir auseinander. Das können wir gar nicht übertünchen. Hier sind wir nicht einer Meinung, weil das differenzierende Modell und aus meiner Sicht auch in der Gesellschaft differenzierende Modell von uns nicht gewollt wird. Das habe ich mehrfach deutlich gesagt. Das sage ich heute auch gern noch einmal, weil es aus meiner Sicht nicht vernünftig zusammenführt, sondern eher zu Spaltungen führt. Das ist der eine Punkt.

Über den zweiten Punkt kann man sehr sachlich miteinander diskutieren. Sie versteigen sich dazu, bei 2.400 Kindertageseinrichtungen zu sagen, wir würden nur auf unseren staatlichen Planungen und staatlichen Elementen bestehen.

Sie wissen genau, dass mindestens die Hälfte dieser Kindertagesstätten in einer freien Trägerschaft ist, die Kirchen eine große Rolle und viele andere eine Rolle übernehmen und wir diesen Trägern größtes Vertrauen

entgegenbringen. Versteigen Sie sich doch nicht in solche Behauptungen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Ich sage Ihnen noch eins dazu: Diskutieren Sie doch einmal mit diesen Trägern, was die von Ihren Gutscheinsmodellen halten. Dann werden Sie einen Eindruck davon haben, dass wir ein gutes Zusammenwirken gerade mit den freien Trägern haben und dadurch Pluralität gewährleisten.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen unmittelbar über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 15/4126 – ab, da die Beschlussempfehlung die Ablehnung empfiehlt. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP abgelehnt.

(Ministerpräsident Beck: 14! –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Herr Kollege Pörksen, wir befinden uns im Abstimmungsverfahren. Ich kann natürlich wesentlich lauter sprechen. Das müssen Sie wissen.

Wir kommen dann aus praktikablen Gründen zur unmittelbaren Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/4236 –. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4209 –, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Kollege Bracht, wir sind jetzt bei Tagesordnungspunkt 4.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Ja, natürlich.

(Unruhe im Hause)

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der FDP angenommen.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Herr Kollege Baldauf, das entscheide ich hier ganz alleine.

(Beifall der SPD –
Heiterkeit im Hause)

Ich sage damit nicht, ich würde immer richtig entscheiden. Aber ich entscheide so, wie ich es hier wahrnehme.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zu dem Versorgungslasten-
teilungs-Staatsvertrag
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/4392 –
Zweite Beratung**

dazu:
**Beschlussempfehlung des Haushalts-
und Finanzausschusses
– Drucksache 15/4594 –**

Zur Berichterstattung erteile ich Herrn Abgeordneten Schreiner das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie der Name schon sagt, geht es um die Versorgungslastenteilung bei Dienstherrwechsel. Erforderlich war eine Gesetzesänderung aufgrund einer Änderung des Grundgesetzes. Konkret ändert sich im Verfahren, dass statt laufender Zahlungen, die bei Eintritt eines Versorgungsfalls fällig geworden wären, die Versorgungslastenteilung in Zukunft so geregelt wird, dass es eine kapitalisierte Einmalzahlung gibt. Das war sowohl im Haushalts- und Finanzausschuss als auch im Rechtsausschuss unstrittig. Beide Ausschüsse empfehlen einstimmig die Annahme.

(Vereinzelt Beifall im Hause)

Vizepräsident Bauckhage:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter.

Im Ältestenrat ist eine Behandlung ohne Aussprache vereinbart worden. Wir kommen sofort zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4392 – in zweiter Beratung, da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Gerichts-
organisationsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/4455 –
Zweite Beratung**

dazu:

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses

– Drucksache 15/4595 –

Zur Berichterstattung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Wilke das Wort.

Abg. Dr. Wilke, CDU:

Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Gesetzentwurf, der zur Beschlussfassung und endgültigen Beratung ansteht, hat die Landesregierung am 13. April 2010 in den Landtag eingebracht. Gegenstand dieses Gesetzes ist die Konzentration aller Streitverfahren nach dem Asylverfahrensgesetz beim Verwaltungsgericht in Trier, also landesweit für alle Verwaltungsgerichte.

Die Begründung der Landesregierung ist, dass es in diesen Verfahren über die Jahre einen ganz erheblichen Rückgang gegeben hat. Was ehemals 12.000 Verfahren im Jahr an Neueingängen waren, sind jetzt gerade noch einmal gut 500. Zur Abwicklung dieser Verfahren ist erhebliches Spezialwissen notwendig, und genau das legt eine Konzentration an einem Gerichtsstandort von unseren vier Verwaltungsgerichten nahe.

Solche Konzentrationen gibt es auch in anderen Sachbereichen. Ich nenne nur die Disziplinarrechtsstreitigkeiten, die auch in Trier zentral verhandelt werden. Die Streitigkeiten über die Vergabe von Studienplätzen werden in Mainz verhandelt.

Die Landesregierung erwartet sich von dem Gesetz eine Sicherung des Gerichtsstandorts in Trier; denn das muss man auch dazusagen, das Verwaltungsgericht in Trier ist von dem Rückgang der Verwaltungsstreitverfahren in den letzten Jahren insgesamt besonders betroffen gewesen.

Der Landtag hat in seiner 87. Sitzung am 28. April 2010 den Gesetzentwurf ohne Aussprache zur Beratung an den Rechtsausschuss überwiesen. Der hat gestern in seiner 38. Sitzung das Gesetz beraten und einstimmig diesem Parlament zur Annahme empfohlen.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Bauckhage:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter.

Da der Ältestenrat vereinbart hat, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln, kommen wir zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 15/4455 –. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz

zu erheben! – Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**...tes Rechtsbereinigungsgesetz
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/4456 –
Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
– Drucksache 15/4596 –**

Zunächst hat zur Berichterstattung Herr Abgeordneter Schneiders das Wort.

Abg. Schneiders, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf eines Rechtsbereinigungsgesetzes in der Drucksache 15/4456 vom 28. April 2010 wurde vom Landtag an den Rechtsausschuss überwiesen. Der Rechtsausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf beraten.

Meine Damen und Herren, Rechtsbereinigung ist eine Daueraufgabe. Sie erbringt durch die ständige Überprüfung des vorhandenen Rechtsbestands auf seine Fortgeltung die Notwendigkeit und Anpassungsbedürftigkeit hin sowie durch dessen geordnete Darstellung einen unverzichtbaren Beitrag zur Klarheit und Überschaubarkeit der geltenden Rechtsvorschriften. Ob sich dabei jemand tatsächlich draußen für die Bekämpfung oder die Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Dasselfliege interessiert, spielt dabei keine Rolle. Wichtig sind die Klarheit und die Überschaubarkeit.

Die ständige bereinigende Pflege des 1947 neu geschaffenen Landesrechts konnte zu dem Ergebnis führen, dass die bis zum Jahr 1983 vorübergehend auf mehr als 1.500 angestiegene Zahl der Landesgesetze und Landesverordnungen insbesondere durch sechs Bereinigungsgesetze und vier Bereinigungsverordnungen auf heute weniger als 1.140 Rechtsvorschriften verringert wurde.

Mit dem 11. Rechtsbereinigungsgesetz sollen nun neun Gesetze und 23 Verordnungen vollständig sowie eine Rechtsverordnung teilweise aufgehoben werden. Die Vorschriften kommen aus den sieben Geschäftsbereichen, wie der Entwurf uns lehrt.

Der Rechtsausschuss hat entschieden und beschlossen, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Bauckhage:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter.

Es ist im Ältestenrat eine Behandlung ohne Aussprache verabredet.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4456 –. Wir können sofort abstimmen. Wer für den Gesetzentwurf der Landesregierung ist, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4456 – einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer ist für den Gesetzentwurf? – Damit ist der Gesetzentwurf von allen Fraktionen einstimmig angenommen.

Wir kommen zu **Punkt 9** der Tagesordnung:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
– Drucksache 15/4495 –
Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
– Drucksache 15/4597 –**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hoch.

Abg. Hoch, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 15/4495 – „Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes“ beraten. Ihm war dies am 29. April 2010 durch den Landtag überwiesen worden. Der Rechtsausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf abzulehnen.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Kluge Entscheidung!)

Vizepräsident Bauckhage:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. Es ist eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wilke von der CDU-Fraktion.

Abg. Dr. Wilke, CDU:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Über eines sind wir uns hier im Haus einig – das hat schon die erste Beratung gezeigt –, der Rechtsstatus von Betroffenen, also solcher Personen, gegen die sich der Untersuchungsauftrag eines Untersuchungsausschusses richtet, ist, so wie er derzeit im Untersuchungsausschussgesetz geregelt ist, unbefriedigend.

Dass Minister, Exminister, aber auch Fahrer und Sekretärinnen im Landesdienst umfassend aussagen müssen, selbst wenn sich eine Untersuchung gegen sie richtet, aber hoch dotierte Manager von landeseigenen Gesell-

schaften, wie zum Beispiel der Nürburgring GmbH, das nicht tun müssen, ist unlogisch.

(Beifall der CDU und bei der FDP)

Gerade der laufende Untersuchungsausschuss zum Thema „Nürburgring GmbH“ zeigt überdeutlich die Konsequenzen; denn dass die Herren Lippelt und Kafitz ihre Aussage verweigern, führt zu einer massiven Beeinträchtigung unserer Ausschussarbeit.

Spitzenmanager des Rings, an die wir viele, wirklich viele Fragen zu richten hätten, stehen uns als Zeugen nicht zur Verfügung. Also ist es konsequent, wenn wir jetzt mit diesem Gesetzentwurf, den wir eingebracht haben, sagen, dieses umfassende Aussageverweigerungsrecht für die Geschäftsführer solcher Gesellschaften muss weg.

Jetzt entnehme ich den Medien, dass die SPD-Kollegen unser Gesetz wegen einer angeblich unzulässigen Rückwirkung ablehnen.

(Pörksen, SPD: Was heißt hier „angeblich“? –
Zuruf von der SPD: Quatsch ist das!)

Dazu drei Punkte:

1. Mit einer echten Rückwirkung haben wir es schon einmal gar nicht zu tun;

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

denn dieses Gesetz tritt jetzt in Kraft und gilt für die weitere Zeit der Ausschussberatungen.

(Pörksen, SPD: Das ist doch wohl lächerlich!)

2. Es wird nur Verfahrensrecht geändert. Es ist bekannt – das müsste auch Ihnen bekannt sein, Kollege Pörksen –, beim Verfahrensrecht sind die Anforderungen an solche Änderungen, auch mit einer gewissen Rückwirkung – einer unechten Rückwirkung, wie man das fachtechnisch exakt nennt – sowieso niedriger als bei materiellem Recht. Das ist verfassungsrechtlich mehrfach entschieden.

3. Es gibt – das scheint mir wichtig, auch hier heute noch einmal zu erwähnen; ich habe es schon einmal getan – eine ausführliche Abwägung des Wissenschaftlichen Dienstes, was denn überwiegt.

(Pörksen, SPD: Man muss nicht immer alles glauben!)

– Sonst glauben Sie doch auch immer dem Wissenschaftlichen Dienst.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ist das Interesse des Ausschusses an Aufklärung wichtiger, oder ist das Interesse der Betroffenen wichtiger, dass alles so bleibt, wie es die ganze Zeit war, das heißt, dass sie die Aussage verweigern können, ohne dafür irgendeine Begründung geben zu müssen?

Ergebnis des Wissenschaftlichen Dienstes: Die Abschaffung des umfassenden Aussageverweigerungsrechts ist gut vertretbar. – Unsere Meinung ist das auch, weil die Beeinträchtigung dieser Ausschussarbeit massiv ist, wie wir tagtäglich, also in 16 Sitzungen jetzt gespürt haben, und andererseits die Folgen der Gesetzesänderung für die Betroffenen nicht erheblich sind; denn sie fallen nicht der Rechtlosigkeit anheim, wie ganz gern suggeriert wird;

(Pörksen, SPD: Das wäre ja wohl die Höhe!)

denn wenn ihnen strafrechtliche Verfolgung droht – das wissen Sie selbst, Herr Pörksen –, können sie immer noch das Zeugnis verweigern, wie jeder andere Zeuge auch. Aber sie müssen es begründen.

(Baldauf, CDU: So ist es!)

Wenn ihnen keine strafrechtliche Verfolgung droht, dann müssen sie aussagen. Wenn das käme, dann wären wir in unseren Ausschussberatungen, in unseren Möglichkeiten, diese Vorgänge um den Nürburgring aufzuklären, deutlich weiter.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie von der SPD das jetzt ablehnen, dann berauben Sie – anders kann man es nicht sagen – den Ausschuss wesentlicher Erkenntnismöglichkeiten. Dann frage ich Sie: Wie sollen wir denn dann in dem Untersuchungsausschuss unserem Auftrag, den dieses Parlament erteilt hat, überhaupt richtig gerecht werden?

(Zuruf von der CDU: So ist es! –
Pörksen, SPD: Das ging bisher auch!)

Also da bleibt einem doch nichts anderes, als den Verdacht zu äußern, dass Sie an wirklicher Aufklärung der Vorgänge am Nürburgring

(Pörksen, SPD: Jetzt kommt es!)

nicht richtig ernsthaft interessiert sind.

(Beifall der CDU und bei der FDP)

Nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ haben Sie sich jetzt dafür ausgesprochen, den Betroffenenstatus komplett abzuschaffen, aber – der Haken steckt natürlich im Kleingedruckten – erst ab der nächsten Landtagsperiode.

(Pörksen, SPD: Das ist doch wohl logisch!)

Das heißt also, für diesen Ausschuss greift das nicht mehr.

(Pörksen, SPD: Das geht doch wohl gar nicht! –
Eymael, FDP: Doch!)

Wir waren dazu gesprächsbereit – ich darf das noch einmal erwähnen –, aber nicht ohne Abschaffung des Zeugnisverweigerungsrechts mit sofortiger Wirkung.

Auf dieses Angebot unseres Fraktionsvorsitzenden an Ihren Fraktionsvorsitzenden haben wir nichts mehr gehört.

(Pörksen, SPD: Sie vielleicht nicht!)

Eigenartig. Das muss jeder für sich dann würdigen.

Wenn Sie also das, was wir hier vorschlagen, jetzt nicht mittragen, dann bleibt der Verdacht eines gebremsten Aufklärungswillens an Ihnen hängen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ein Spiel auf Zeit nützt hier nichts, sondern wir brauchen dieses Gesetz hier, und wir brauchen es jetzt. Deswegen besinnen Sie sich bitte noch einmal eines anderen.

Danke schön.

(Beifall der CDU –

Pörksen, SPD: Nach dieser Rede sicher nicht! –

Ramsauer, SPD: Bei Philippi sehen wir uns wieder!)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich grüße den neuen Bürgerbeauftragten mit seiner Ehefrau. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoch von der SPD-Fraktion.

Abg. Hoch, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dr. Wilke, ich bin ein bisschen überrascht,

(Pörksen, SPD: Wie? Überrascht?)

dass Sie angeblich aus den Medien erfahren, dass die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf vorlegt, der den Betroffenenstatus ganz abschaffen will. Ich habe es Ihnen gestern von Angesicht zu Angesicht – Sie saßen mir gegenüber – ausführlich im Rechtsausschuss erklärt, und wir haben auch im Vorfeld schon mehrere Gespräche hier rund ums Plenum gehabt.

Wenn Sie dann heute immerhin wissen, dass es von Ihrem Fraktionsvorsitzenden ein Angebot, angeblich, worauf Sie nichts mehr gehört haben, an unseren Fraktionsvorsitzenden gab – gestern haben Sie noch behauptet, es hätten überhaupt keine Gespräche stattgefunden –, dann muss ich sagen, ein bisschen müssen Sie schon bei der Wahrheit bleiben, wenn Sie hier einen Verfahrenshergang schildern.

(Beifall der SPD –

Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD –

Pörksen, SPD: Am besten ganz bei der Wahrheit!)

Sie haben völlig recht, die Ausgangslage, dass es unbefriedigend ist, einen solchen Betroffenenstatus zu haben,

und die Ausgangslage, dass es ein Anachronismus ist und das parlamentarische Untersuchungsverfahren nicht – – –

Vizepräsident Bauckhage:

Herr Hoch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herr Abgeordneten Baldauf?

Abg. Hoch, SPD:

Bitte sehr.

Vizepräsident Bauckhage:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Kollege, nachdem Sie mich jetzt hier mit erwähnt haben mit „angeblichem Gespräch“, wären Sie bitte so gut und würden Sie dieses Wort „angeblich“ wieder zurücknehmen und erst Ihren Fraktionsvorsitzenden fragen? Sind Sie bitte so gut?

Abg. Hoch, SPD:

Falls ich „angeblich“ gesagt habe, nehme ich das zurück. Es hat ein Gespräch von Ihnen mit unserem Fraktionsvorsitzenden gegeben. Gestern hat Herr Dr. Wilke behauptet, ein solches Gespräch hätte niemals stattgefunden, es hätte keine Gespräche gegeben.

(Beifall bei der SPD –

Ramsauer, SPD: Darum ging es!)

– Darum ging es. Das hat er gestern im Rechtsausschuss behauptet.

Vizepräsident Bauckhage:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Wilke, Herr Hoch?

Abg. Hoch, SPD:

Nein, es ist jetzt Schluss. Herr Dr. Wilke hat gleich noch Zeit, darauf etwas zu entgegnen. Ich habe jetzt meine Redezeit, gleich können Sie ja wunderbar wieder reden.

(Heiterkeit bei der CDU –

Schweitzer, SPD: Er ist sowieso nur körperlich anwesend!)

Herr Dr. Wilke, jetzt monieren Sie den ganzen Gesprächshergang. Ich habe es beim letzten Mal schon gesagt: Das ist ein Parlamentsgesetz. Sie schmeißen ein solches Parlamentsgesetz binnen 24 Stunden, als das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes vorlag,

hier ins Plenum und wundern sich dann, dass nicht alle „juchhe“ schreien.

Über so etwas redet man vorher. Üblicherweise – das wissen Sie auch – regelt man solche Statusgesetze im Parlament tatsächlich mit Inkrafttreten einer neuen Wahlperiode, damit dort Klarheit ist. Das wird unser Gesetzentwurf auch vorsehen. Das ist eine blitzsaubere Regelung.

Das, was Sie machen, ist überhaupt keine blitzsaubere Regelung.

Sie machen eine weitere Ausnahme in einem bestehenden Gesetz, und Sie ordnen darüber hinaus noch, wie Sie sagen, eine sofortige Wirkung an. Dies hat aber für die Betroffenen den Effekt der Rückwirkung, weil sie in dem Status, der ihnen eingeräumt wird, beeinträchtigt werden.

Vizepräsident Bauckhage:

Herr Abgeordneter Hoch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schneiders?

Abg. Hoch, SPD:

Nein.

Ich habe Ihnen beim letzten Mal schon gesagt, Spielregeln ändert man nicht während des Spiels. Das ist nicht nur ein mieser Stil, sondern man muss auch vernünftig damit umgehen: So, wie man sich selbst seine Spielregeln schafft, wird es auch draußen wahrgenommen.

(Beifall der SPD)

Damit es keine Missverständnisse gibt: Das, was Sie uns mit mangelnder Aufklärung vorzuwerfen versuchen, glauben Sie doch selbst nicht.

(Eymael, FDP: Doch, das glauben sie!)

Sie machen es an der Zeugenaussage von Herrn Kafitz und Herrn Lippelt fest, wissend, dass der Betroffenenstatus gar nicht das einzige ist, was ihnen das Zeugnisverweigerungsrecht einräumt, sondern vielmehr § 55 der Strafprozessordnung. Das heißt, ihnen steht ohnehin ein Zeugnisverweigerungsrecht zu.

(Eymael, FDP: Nein, nein!)

Das heißt, Sie machen eine rechtsstaatlich bedenkliche Option, Abwägung hin oder her. Die Restrisiken, die der Wissenschaftliche Dienst aufzeigt, habe ich Ihnen das letzte Mal schon erläutert, und wir sind nicht gewillt, sie einzugehen.

Ich sage Ihnen, machen Sie eine rechtsstaatlich saubere Lösung. Wir werden einen Gesetzentwurf vorlegen, der den Betroffenenstatus ganz abschafft. Dann werden im Übrigen auch die weiteren Rechte, die damit verbunden sind, abgeschafft. Diese Rechte bleiben nämlich durch Ihren Gesetzentwurf unberührt. Ich darf also als Betrof-

fer in einer vertraulichen Sitzung heute anwesend sein, und ich darf sogar die Zeugen befragen, was den anderen verwehrt ist. Dies wird vernünftig geregelt werden, und Sie haben dann alle Chancen, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen und zu zeigen, dass Sie es damit ernst meinen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Abgeordneter Dr. Wilke das Wort.

Abg. Dr. Wilke, CDU:

Vielen Dank, Herr Präsident! Eigentlich würde ich gern eine Langintervention und nicht nur eine Kurzintervention machen; so viel ist bei dem, was mein Vorredner gesagt hat, richtigzustellen.

Ich möchte nur auf drei Punkte eingehen. Ich habe heute nichts anderes gesagt als gestern. Ich habe gesagt, dass wir Gesprächsbereitschaft signalisiert haben, von Ihnen aber nichts kam. Sie waren in der Bringschuld, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der unserem Vorschlag entsprochen hat.

(Ramsauer, SPD: Die Frage ist, was war! – Heiterkeit bei der SPD)

– Ja, unser Angebot war glasklar: Abschaffung des Betroffenenstatus. – Darüber lässt sich diskutieren, wenn gleichzeitig das Aussageverweigerungsrecht mit sofortiger Wirkung abgeschafft wird. Dies war das glasklare Angebot des Kollegen Baldauf, und darauf ist Herr Hartloff bis heute nicht eingegangen.

Ich komme zu meinem zweiten Punkt. Sie haben soeben von gutem parlamentarischem Brauch gesprochen: Parlamentsrecht ändern wir immer nur für die nächste Legislaturperiode. – Lieber Herr Hoch, wie war das denn mit der Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes im Zusammenhang mit dem Anwesenheitsrecht von Mitarbeitern bei vertraulichen Sitzungen? Wann haben wir das geändert?

(Ramsauer, SPD: Wer wollte denn das? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Wann haben wir das geändert? Zu welchem Zeitpunkt haben wir das geändert? – Wir haben es im laufenden Ausschuss geändert, mit sofortiger Wirkung. Nichts anderes schlagen wir in diesem Zusammenhang vor.

(Beifall der CDU –

Schweitzer, SPD: Man sollte euch nichts mehr zugestehen! Gar nichts mehr!)

Von daher sind Ihre Argumente an den Haaren herbeigezogen. Sie wollen einfach nicht dem Ausschuss die Möglichkeit geben, die er braucht. Das geht mit Ihnen

heim. Die Menschen oben hören das, und die Menschen draußen werden es hören.

(Pörksen, SPD: Das ist nicht zu fassen! So gehen Sie mit den Menschen um! Das ist schrecklich!)

Es tut mir leid, das bleibt an Ihnen hängen.

Danke.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Herr Abgeordneter Hoch, Sie können auf diese Kurzintervention antworten,

(Schweitzer, SPD: Das lohnt doch nicht! Auf so einen Mist würde ich nicht eingehen!)

Sie haben aber auch noch eine Redezeit von zwei Minuten und 58 Sekunden.

Abg. Hoch, SPD:

Ich antworte nur auf die Kurzintervention.

Herr Dr. Wilke, es ist schon fast eine Sauerei, was Sie machen.

(Beifall der SPD)

Die Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes aufgrund der Anwesenheit der Wissenschaftlichen Mitarbeiter war Ihr Wunsch!

(Schweitzer, SPD: Weil Sie unfähig sind!)

Das war Ihr ausdrücklicher Wunsch. Es war ein großer Kompromiss, und Sie wissen selbst, welche Bauchschmerzen es uns bereitet hat, dies im laufenden Verfahren zu ändern.

Wenn Sie früher so mit Ihren Freundinnen und Freunden draußen im Garten gespielt haben, so nach dem Motto „hier, kleiner Finger, ganze Hand“, und wenn Sie während des Spiels auch noch die Spielregeln ändern, kann ich mir vorstellen, dass die alle keinen Spaß mehr hatten, und Sie waren ziemlich schnell ganz einsam.

(Zuruf von der SPD: Das merkt man heute! – Heiterkeit bei der SPD – Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Günter Eymael von der FDP-Fraktion.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass ich es selbst war, der im Untersu-

chungsausschuss den Betroffenenstatus grundsätzlich infrage gestellt hat. Das stimmt auch, und Herr Kollege Pörksen gibt mir recht; denn dieser ist überfällig. Es gibt ihn nicht mehr auf der Bundesebene, und es gibt ihn auch kaum mehr auf der Länderebene. Insofern hat er auch zu Ungerechtigkeiten geführt, und er ist letztlich für die Arbeit im Untersuchungsausschuss selbst problematisch.

Die Ungerechtigkeit geht so weit, dass im Grundsatz der Fahrer oder die Sekretärin im öffentlichen Dienst aussagen müssen, während der Hauptgeschäftsführer oder der Finanzdirektor eines mehr oder weniger im Landesbesitz befindlichen Unternehmens nicht aussagen muss. Er kann sein Schweigerecht in Anspruch nehmen. Das ist die Ungerechtigkeit, die ich sehe. Deswegen teile ich die Auffassung, die in dem neuen Gesetzentwurf verankert ist. Das ist sozusagen ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Bei aller Auslegung der Rechtslage: Ob es sich nun um eine echte oder um eine unechte Rückwirkung handelt, wie der Wissenschaftliche Dienst es beschreibt, ob der Vertrauensschutz auf der einen Seite besteht und auf der anderen Seite das Allgemeinwohl in der Abwägung zu berücksichtigen ist, das ist Sache der Rechtsauslegung. Wir schließen uns dem Wissenschaftlichen Dienst an. Wir sagen, es ginge, und deswegen stimmen wir diesem Gesetz auch zu.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Hartloff von der SPD-Fraktion.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wurde in der Debatte mehrfach angesprochen, deshalb möchte ich ganz kurz zur Klarstellung etwas sagen.

Herr Kollege Baldauf hat ebenso wie Herr Kollege Martin mit mir ein Gespräch über die sehr einfache Frage geführt, ob man den Betroffenenstatus so, wie er derzeit mit Rückwirkung und den anderen Einschränkungen im Gesetzentwurf der CDU vorgesehen ist, abschaffen sollte oder ob man – wie wir es vorgeschlagen haben – den Betroffenenstatus für die Zukunft insgesamt abschaffen sollte. Letzteres halten wir für eine gesetzlich saubere und sinnvolle Regelung.

Ich habe Herrn Kollegen Baldauf in dem Gespräch, das sehr kurz war, meine Auffassung dargelegt: Nein, wir werden der Frage, den Betroffenenstatus mit Rückwirkung abzuschaffen, nicht zustimmen, sondern wir wollen den Betroffenenstatus insgesamt abschaffen.

(Baldauf, CDU: Sie haben gesagt, ich nehme es mit!)

– Ich nehme es so mit, das ist richtig. Aber ich habe auch gesagt, das werden wir so nicht machen. Ich will nun auch gar nicht die Hintergründe eines weiteren

Gesprächs damit vertiefen. Die Fraktionsvorsitzenden müssen miteinander sprechen können, um Regelungen treffen zu können. Das ist ganz einfach.

Warum machen wir es so, wie wir es vorschlagen? Warum glauben wir, dass es eine sinnvolle Regelung ist, den Betroffenenstatus erst zu Beginn der nächsten Legislaturperiode abzuschaffen? – Die Frage des Betroffenenstatus hat sich aus unserer Sicht überlebt, und es gibt keinen besonderen Grund, ihn zu erhalten. Das Strafrecht reicht aus.

Aber – und dies sage ich nun an die Adresse der Rechtsstaatspartei, als die Sie sich immer bezeichnen –, im Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes tauchen durchaus Zweifel auf, die auch Sie gesehen haben. Mit einer Frage setzt sich der Wissenschaftliche Dienst überhaupt nicht auseinander: Wenn ein Gesetzgeber – das sind wir in diesem Fall – ein Gesetz mit Rückwirkung zur Anwendung bringt, wird es in aller Regel von Gerichten angewandt, also von unabhängigen Richtern. – In diesem Fall aber würden wir für ein Verfahren des Parlaments, das wir selbst anwenden, mit Rückwirkung einen Rechtsstatus verändern, bei dem es Betroffene gibt. – Das ist eine spannende Frage für ein Verfassungsgericht. Allerdings müssen wir nach unserer Ansicht nicht die Vorlagen für ein Verfassungsgericht liefern.

Ich komme abschließend noch zu der Frage des laufenden Untersuchungsausschusses und der in der Presse genannten Zeugen, gegen die im Moment ermittelt wird. Sie haben ein Zeugnisverweigerungsrecht.

(Eymael, FDP: Nein, nein!)

Das könnte vielleicht wegfallen.

Herr Eymael, Sie haben das Vergnügen, im Untersuchungsausschuss zu sitzen, Sie wissen das besser. Ich sage Ihnen, momentan wird gegen Personen ermittelt. Mir wäre es am liebsten, wenn diese Herrschaften – ob vertraulich oder nicht vertraulich – in aller Öffentlichkeit Erklärungen abgeben könnten, müssten oder sollten.

Damit hätte ich überhaupt kein Problem.

(Glocke des Präsidenten)

Es wird auch so kommen. Aber aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit, aus Gründen des Vertrauensschutzes müssen solche Schutzmaßnahmen auch gegeben sein. Deshalb: Für die Zukunft ja, für die Rückwirkung aus dem aktuellen Anlass nein.

(Glocke des Präsidenten –
Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat der Abgeordnete Herbert Mertin für die FDP-Fraktion.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um zwei unterschiedliche Lebenssachverhalte, nämlich die Frage, ob im laufenden Untersuchungsverfahren eine Änderung möglich ist. Da wird es sicherlich nicht möglich sein, im laufenden Verfahren mit Wirkung für das laufende Verfahren den Betroffenenstatus insgesamt abzuschaffen.

(Strutz, FDP: Genau!)

Deshalb haben wir uns entschlossen, dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes zuzustimmen, weil dieser Veränderungswunsch in der sehr moderaten und sehr geringen Bandbreite, wie er hier zum Ausdruck gebracht wird, es uns unter Abwägung des auch zugegebenermaßen vorhandenen verfassungsrechtlichen Risikos ermöglichen würde, im Untersuchungsausschuss Erkenntnisgewinne zu erzielen. Das muss man sehen.

Es geht auch hier um Persönlichkeiten, bei denen derzeit kein strafrechtliches Ermittlungsverfahren läuft. Ich habe mich erkundigt. Ich ging auch davon aus, es wäre so.

(Pörksen, SPD: Nein! Nein!)

Es ist aber derzeit nicht der Fall. Insofern können wir diesen Erkenntnisgewinn nur so erlangen.

In Abwägung der Risiken und der Möglichkeiten, diesen Erkenntnisgewinn zu erlangen, meinen wir, wäre es vertretbar, dieses Risiko einzugehen. Wenn Sie das anders sehen, respektieren wir das.

Auf der anderen Seite teile ich jetzt schon mit, dass wir einem Entwurf, der den Betroffenenstatus für die Zukunft abschafft, auf jeden Fall auch zustimmen werden, weil sich aus unserer Sicht dieser Betroffenenstatus überholt hat. Das Problem ist nur, ihn im laufenden Verfahren mit Rückwirkung insgesamt abzuschaffen, geht nicht. Deswegen sind wir in der Lage, letztlich beiden Vorschlägen zuzustimmen. Wir werden heute dem CDU-Entwurf zustimmen.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 15/4495 –. Wir können unmittelbar über den Gesetzentwurf abstimmen, da die Beschlussempfehlung des Ausschusses die Ablehnung empfiehlt.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Ich stelle fest, der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der FDP abgelehnt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Gerichts-
organisationsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/4547 –
Erste Beratung**

Es ist eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart worden.

(Eymael, FDP: Nein! Ohne Aussprache! –
Ramsauer, SPD: Ohne Aussprache!)

– Die Fraktionen haben vereinbart, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln. Die Landesregierung könnte trotzdem, wenn sie wollte, den Gesetzentwurf begründen. – Auf die Begründung wird verzichtet.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Rechtsausschuss zu überweisen. Wer der Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist an den Rechtsausschuss überwiesen.

Ich rufe nun die **Punkte 11 und 12** der Tagesordnung auf, die gemeinsam beraten werden sollen:

**Jahresbericht 2009
Besprechung des Berichts des Bürgerbeauftragten
(Drucksache 15/4357)
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 15/4384 –**

**Bericht des Petitionsausschusses
gemäß § 112 GOLT**

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Abgeordneten Dröscher, für den Bericht des Petitionsausschusses das Wort.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, deren Betroffenheit und die Schilderung dessen, was Sie für einen Verwaltungsmissstand halten, die Mitglieder des Petitionsausschusses immer wieder neu herausfordern und auch motivieren, herausfordern auch, weil wir uns auch manchmal instrumentalisiert fühlen oder auch, man könnte fast sagen, vorgeführt fühlen. Als Beispiel nenne ich den inhaftierten Petent, der mit seiner Eingabe erreichen möchte, dass er einen Schrubber mit gelbem Stiel statt mit rotem Stiel erhält. Ein Schelm, wer dahinter eine politische Absicht vermutet.

Motivierend ist es aber auch, weil wir in vielen Fällen Bürgerinnen und Bürgern in dramatischen Notsituationen helfen können. Wir können vermitteln und auch erklären. Das ist auch ein bisschen Mediation.

Durch unsere Arbeit gewinnen wir, wie kaum eine andere Institution oder Gruppe, Kenntnis darüber, wie sich Gesetze und Verwaltungsvorschriften auf den Alltag der

Menschen auswirken. Das Petitionsrecht – estgeschrieben in Artikel 11 der Landesverfassung – ist für die Bürgerinnen und Bürger auch ein direkter Weg zum Parlament.

Das Petitionsrecht garantiert jenseits formaler Verwaltungs-, Rechtsbehelfs- und Gerichtsverfahren ganz allgemein das Recht, sich mit Anliegen an die Behörden und Volksvertretungen zu wenden. Es unterliegt keiner Fristenregelung. Es ist kostenfrei und eröffnet die Möglichkeit der Einflussnahme auf die politische Willensbildung. Wir sind gerade dabei, über öffentliche Petitionen zu reden. Bei Legislativeingaben ist das ohnehin so.

Es verstärkt die Rückkoppelung zu Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung, wirkt also auch integrierend. Außerdem steht es jedermann zu, auch Ausländern und zum Beispiel Minderjährigen.

Das Petitionsrecht regelt in Artikel 90 a seit 1971 die Einrichtung des Petitionsausschusses als ständigen Pflichtausschuss des Landtags, dem auch ausdrücklich die Entscheidung über Parlamentspetitionen übertragen wird, also ein Zuständigkeitsmonopol. Dieser Ausschuss ist kein eigenständiges Verfassungsorgan, sondern ein Organ des Parlaments. Mit dem 1974 beschlossenen Landesgesetz zur Einrichtung eines Bürgerbeauftragten ist dieses Zuständigkeitsmonopol nicht verändert worden, da der Bürgerbeauftragte im Wesentlichen vorbereitend und unterstützend für den Petitionsausschuss tätig wird. Der Bürgerbeauftragte ist sozusagen die personelle Institutionalisierung des Petitionsrechts der Bürgerinnen und Bürger.

Der scheidende Bürgerbeauftragte Ullrich Galle, der sein Amt abgegeben hat, hat für das vergangene Jahr seinen 15. Bericht abgeliefert. Der erste stammt aus dem Jahre 1995 und wurde im Jahr 1996 gegeben. Ich habe ihn mir herausgesucht. Er ist schon etwas in Ehren vergilbt. Er umfasst etwa die Hälfte der Seiten, die der heutige Bericht hat. Er ist aber immer noch sehr spannend zu lesen.

Ich möchte auf einige wenige Zahlen eingehen. Wir haben über 5.000 Neueingaben im Jahr 2009 gehabt. Das ist etwa das Doppelte von dem, was im Jahr 1995 war. Wir haben auch die hunderttausendste Petition überhaupt gehabt, die zu unserer Freude jetzt auch im Jahre 2010 einvernehmlich abgeschlossen wurde. Viele von Ihnen haben den hunderttausendsten Petenten auch im Landtag erlebt.

Die Quote der Eingaben, bei denen geholfen oder weitergeholfen werden konnte, liegt nach wie vor bei über 70 %. Die Schwerpunkte – leicht verschoben in diesem Berichtsjahr – liegen vor allem in der Ordnungsverwaltung, in der Rechtspflege, im Sozialwesen und im Bereich Landwirtschaft und Umwelt.

Eingaben aus dem Strafvollzug – ein wichtiger Bereich für uns – umfassen etwa knapp 15 %. Hier kann ich darauf verweisen, dass ich nachher noch ein paar Worte zur Strafvollzugskommission sage.

Wichtig für den Ausschuss sind die Legislativeingaben. Hier gab es Schwerpunktbildungen, zum Beispiel zum

Landesgesetz über gefährliche Hunde. Es gab zur Änderung des Schulgesetzes, Stichwort Kopftuch, eine Reihe von Eingaben, und es gab eine ganze Reihe von Eingaben zur Änderung des Rundfunkgebührenstaatsvertrags, wo eine Neuordnung ansteht.

Wir haben über öffentliche Petitionen diskutiert. Wir haben uns über die Frage des barrierefreien Bauens informiert. Wir haben im November 2009 den Ausschuss in Brüssel besucht und haben uns über die Arbeit des Ausschusses des Europäischen Parlaments informiert.

Es standen Gespräche mit dem europäischen Ombudsmann und mit dem Ministerpräsidenten der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien auf dem Programm dieser Reise.

Ich sage ein paar Worte zur Strafvollzugskommission, die ein ständiger Unterausschuss des Petitionsausschusses ist. Wir hatten im Jahr 2009 sieben Sitzungen, davon zwei auswärtige. Die auswärtigen Sitzungen finden in der Regel in Justizvollzugsanstalten statt. Wir waren in Koblenz und in Diez.

Wir haben in diesem Jahr gemeinsam mit dem Ministerium eine ganze Reihe von sehr wichtigen Themen besprochen. Es ging um die Neuorganisation der Sicherungsverwahrung. Das ist eine ganz wichtige Geschichte in der Verschiebung zwischen Diez und Wittlich. Wir haben über die Weiterentwicklung des Jugendarrestvollzuges gesprochen. Wir haben das Taschengeld in der Untersuchungshaft behandelt. Wir haben den Vollstreckungsplan besprochen. Eine ganz spannende Geschichte war die Reise nach Stuttgart, die wir gemacht haben. Wir haben uns dort über den Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen in Baden-Württemberg informiert. Arbeit für Gefangene ist auch bei uns im Land ein wichtiges Thema.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch ein paar Worte des Dankes, und zwar zunächst Dank an Ulrich Galle, der seit 1995 Anwalt der Bürgerinnen und Bürger war. Mit ihm habe ich seit 1996 – ich glaube, ich bin der letzte Mohikaner aus dieser Zeit – eine enge Zusammenarbeit im Ausschuss gehabt. Seit 2001 war das als Vorsitzender des Ausschusses der Fall.

(Beifall bei SPD und CDU)

Seine Persönlichkeit hat dieses Amt geprägt. Er hat es zu einer Institution im Land gemacht, die die Bürgerinnen und Bürger kennen und der sie vertrauen. Die Zusammenarbeit im Ausschuss – ich darf das für die Ausschussmitglieder auch sagen – war partnerschaftlich und zumindest für mich freundschaftlich. Ulrich Galle hinterlässt eine Lücke. Wir haben die Lücke inzwischen geschlossen. Ich denke, dazu komme ich nachher noch mit einigen Worten. Nochmals ein herzliches Dankeschön an Ulrich Galle für 15 Jahre Arbeit in diesem Bereich. 15 Berichte hat es gegeben. Es war eine spannende Geschichte, mit ihm zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Ein herzliches Dankeschön vom Ausschuss auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl im Büro des

Bürgerbeauftragten, also Peter Schöpflin und sein Team – Peter Schöpflin ein besonderes Dankeschön dafür, dass er in der Karenzzeit dieses Amt gut verwaltet hat –, als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landtagsverwaltung, die uns als Ausschuss unterstützen. Das sind Iris Eschenauer und ihr Team. Also beiden Gruppen ein herzliches Dankeschön. Ohne sie wäre unsere Arbeit nicht möglich.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich halte es für selbstverständlich oder ich habe die selbstverständliche Erwartung, dass der neue Bürgerbeauftragte Dieter Burgard, den ich hier sehe, die richtige Balance zwischen Tradition und Zukunft finden wird, das heißt, dass er ebenfalls dieses Amt prägen wird. Für den Ausschuss kann ich die weiterhin engagierte Zusammenarbeit versprechen, Dieter Burgard. Ich denke, dass wir die Dinge gemeinsam weiter zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger betreiben.

Ich gebe noch einige Denkanstöße. Der Rechtsfrieden ist allein durch mit staatlicher Macht durchsetzbare Entscheidungen nicht zu gewährleisten. Davon bin ich fest überzeugt. Der mündige Bürger – das erleben wir im Ausschuss eigentlich täglich – ist auch ein kritischer Bürger. Die Akzeptanz staatlichen Handelns erfordert zunehmend eine neue Streitkultur und demokratische Konfliktlösungsstrategien. Das habe ich schon mehr als einmal an dieser Stelle gesagt, neben der Prüfung der Rechtmäßigkeit, die im Gesetz steht, wird die Frage der Zweckmäßigkeit behördlichen Handelns mehr in den Mittelpunkt treten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Petitionsausschuss hat in dem vergangenen Berichtsjahr viel Arbeit gehabt. Darauf weist der ausführliche Bericht des Bürgerbeauftragten hin. In vielen Fällen wurde den Bürgerinnen und Bürgern des Landes zu ihrem Recht verholfen. Wir haben auch vielen erklärt, warum es nicht so ist, wie sie sich das gerne vorstellen. Ich denke, das ist unsere Aufgabe.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und bei CDU und FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das war der Bericht des Vorsitzenden des Petitionsausschusses gemäß § 112 der Geschäftsordnung. Wir behandeln die Punkte 11 und 12 gemeinsam. Ich bitte um Wortmeldungen. – Das Wort hat Frau Elfriede Meurer.

Abg. Frau Meurer, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Anfang März liegt uns der wie immer umfangreiche Jahresbericht des Bürgerbeauftragten vor. Herr Dröschner hat es bereits gesagt, die Zahl der Eingaben ist mit 5.141 leicht zurückgegangen. Sie liegt aber immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Davon waren laut diesem Bericht 1.244, also rund ein Viertel der Eingabe-

ben, unzulässig. Es handelt sich bei diesen unzulässigen Eingaben unter anderem auch um sehr viele Legislativeingaben. Deren Zuständigkeit liegt nach der Geschäftsordnung des Landtags beim Petitionsausschuss. Somit sind sie nicht im eigentlichen Sinne unzulässig, sondern der Bürgerbeauftragte ist schlicht und ergreifend nicht zuständig. Bearbeitet werden sie, wie schon gesagt, im Petitionsausschuss.

Herr Dröscher hat schon erwähnt und bei der letzten Aussprache wurde es schon gesagt, dass die 100.000 Petition eingegangen ist. Sie fiel aber in das 36. Berichtsjahr. Mittlerweile ist sie positiv abgeschlossen.

Nach wie vor liegt der Strafvollzug mit über 500 Eingaben an vorderster Stelle. Die JVA in Koblenz und in Korbach, die in dem Bericht und in der Pressemitteilung als Sorgenkinder im Strafvollzug bezeichnet werden, sind zu Recht enttäuscht und verärgert. Hier wird der Eindruck erweckt, die Vollzugsbeamten würden ihrer schwierigen und anspruchsvollen Aufgabe nicht gerecht. Das ist mitnichten so, im Gegenteil. Die CDU-Fraktion weiß um die hohe Belastung im Vollzug.

Im Übrigen wird in Einzelbeispielen, speziell an dem Beispiel Nummer 6, die schwierige Situation deutlich, das wurde schon erwähnt. Das Beispiel Nummer 6 trägt den Titel „Der gewünschte Schrubber konnte nicht beschafft werden“, der Petent bestand in dem Fall auf einem gelben Kunststoffschrubber. Daran wird, glaube ich, deutlich, dass nicht alle Eingaben aus dem Strafvollzug gleich zu werten und zu sehen sind.

Auch die hohe Steigerung in dem Sachgebiet Ordnungsverwaltung muss differenziert betrachtet und bewertet werden. Wenn es sich von 421 Eingaben zum Unterpunkt „Straßenverkehrsrecht, Führerschein, Öffentlicher Personennahverkehr, Bahn“ bei zwei Drittel der Eingaben im Grunde um eine Petition handelt, muss eine rein statistische Falldarstellung zumindest relativiert werden. In diesem Fall ging es um die Reaktivierung der Hunsrückbahn. Hier haben sich 278 Bürger und Bürgerinnen dieser Petition angeschlossen.

Die Untergruppe „Bestattungswesen“ macht das auch noch einmal deutlich. Von 144 Eingaben wenden sich 127 Bürgerinnen und Bürger gegen die Abschaffung der Doppelgräber auf dem Friedhof in Thalfang. Eigentlich sind es 18 Petitionen nach meiner Rechnung.

Ich nenne noch ein Beispiel. Im Landesdurchschnitt – so ist es ermittelt oder so ist der Teiler – wenden sich elf von 10.000 Bürgern an den Bürgerbeauftragten. Im Kreis Bernkastel-Wittlich sind es in diesem Berichtsjahr fast 36, also mehr als dreimal soviel. Auch das ist ein Beispiel, wie der Bericht ohne differenzierte Betrachtung ein verzerrtes Bild darstellt. Von den 404 Eingaben sind 127 Bürgerinnen und Bürger, wie schon erwähnt, gegen die Abschaffung der Doppelgräber. Bei der Hunsrückbahn weiß ich nicht, wie viel Bürger das im Einzelnen waren, aber eine große Zahl wird aus dem Kreis Bernkastel-Wittlich sein. Wenn man das alles abzieht, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass die Menschen im Kreis Bernkastel-Wittlich nicht mehr und nicht weniger Petitionen einreichen als die im Landesdurchschnitt.

Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die Form des Berichts weiterentwickelt werden soll. Es stellt sich die Frage, wenn sich Bürger einer Petition anschließen, ob es dann sinnvoll ist, in der Statistik immer wieder eine neue Petition zu erfassen. Zu welchem Ergebnis man bei dieser Frage auch immer kommt, ohne Differenzierung ist eine solche Statistik meiner Meinung nach nicht aussagekräftig. Sollten wir zur Einführung der öffentlichen Petitionen kommen, würden wir nach dieser Zählweise schnell zu gigantischen Rekordzahlen kommen.

Meine Damen und Herren, wie bereits eingangs erwähnt, gibt es die Institution des Bürgerbeauftragten bereits seit 36 Jahren in Rheinland-Pfalz. Der Bürgerbeauftragte ist eine erfolgreiche und für die Bürger nutzbringende Einrichtung, die wir für unentbehrlich halten.

(Beifall bei der CDU)

Der Bericht stellt die unterschiedlichsten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger dar. Herr Dröscher ist schon auf verschiedene eingegangen. Gerade wegen der vielfältigen Anliegen ist es umso erfreulicher, dass über 78 % der Eingaben für die Petenten positiv abgeschlossen werden konnten. Das ist ein gutes Ergebnis, das die erfolgreiche Arbeit aller Beteiligten darlegt. Auf die gute Zusammenarbeit mit den Verwaltungen wird erneut hingewiesen und sollte deshalb auch hier nicht unerwähnt bleiben.

Abschließend möchte ich mich im Namen der CDU-Fraktion herzlich für die konstruktive und wie immer sachorientierte Zusammenarbeit mit dem ausgeschiedenen Bürgerbeauftragten – wir werden ihn gleich noch einmal sehen – Ulrich Galle, seinem Stellvertreter und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bürgerbüro bedanken.

In den Dank einschließen möchte ich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags sowie die Kolleginnen und Kollegen der beiden anderen Fraktionen aus dem Petitionsausschuss und der Strafvollzugskommission. Ich bin sicher, dass sich die erfolgreiche und effektive Zusammenarbeit auch mit dem neuen Bürgerbeauftragten Dieter Burgard zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz fortsetzen wird.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei SPD und FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Meurer. Sie haben in fünf Minuten und 56 Sekunden alles darstellen können.

(Heiterkeit im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wansch von der SPD-Fraktion.

Abg. Wansch, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe die Anregung verstanden.

Die Aussprache zum diesjährigen Jahresbericht 2009 des Bürgerbeauftragten stellt eine gewisse Zäsur dar,

weil es der letzte Bericht des bisherigen Bürgerbeauftragten Ulrich Galle ist. Seit 1974 haben wir in Rheinland-Pfalz die Institution des Bürgerbeauftragten, zunächst mit Dr. Rösler, gefolgt 1987 von Walter Mallmann und über 15 Jahre nun Ulrich Galle als erfolgreiche Bürgerbeauftragte.

Seit wenigen Wochen hat nun Dieter Burgard dieses wichtige Amt übernommen. Mehr als 5.100 Eingaben im Jahr 2009 – etwa dasselbe Niveau wie im Vorjahr – belegen, dass diese unmittelbare Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, sich an den Bürgerbeauftragten und damit an den Landtag zu wenden, hohe Akzeptanz, ja Vertrauen findet und gern und rege genutzt wird. Eine hohe Zahl bedeutet aber auch tausendfache Unzufriedenheit von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber den öffentlichen, den kommunalen und den Landeseinrichtungen. Die hohe Erfolgsquote von über 70 % macht sicherlich den Bürgerinnen und Bürgern auch Mut, sich an das Büro des Bürgerbeauftragten mit seinen Mitarbeitern zu wenden.

Der Jahresbericht zeigt Erfolge, aber auch Grenzen des Machbaren auf. In den Eingaben geht es von der Senkung eines Bordsteins bis zur Frage der Friedhofssatzung, von GEZ-Gebühren bis zum Streit über einen Straßennamen. Nach wie vor waren auch die regelmäßigen Sprechstage des Bürgerbeauftragten Ulrich Galle, die großen Anklang fanden, Beleg von seiner großen Bürgernähe. Wir können sicherlich davon ausgehen, dass Dieter Burgard als Bürgerbeauftragter diesen wichtigen Weg der Bürgernähe weiter fortsetzen wird. Der Bürgerbeauftragte ist vor allem Zuhörer. Er ist Ratgeber und Organisator von Hilfen und Aufklärung. Menschen mit Behinderungen, Menschen im Strafvollzug, asylsuchende Menschen, Menschen in materieller Not und Menschen in sozialer Bedrängnis wissen es zu schätzen, wenn sie beim Bürgerbeauftragten mit Respekt Gehör finden, ja meist auch Hilfe finden.

Bürger fühlen sich gegenüber öffentlichen Verwaltungen oft ohnmächtig und auch nicht kundenfreundlich beraten und informiert. Es zeigt sich immer wieder, mehr und verlässliche Kommunikation ist sicherlich ein Schlüssel zu mehr Zufriedenheit der Kunden. Mitwirkung im Petitionsverfahren ist eine Pflicht, die von allen öffentlichen Einrichtungen beachtet werden muss. Lästiges Abtun von Petitionen hilft keinem, sondern die Chancen sollten ergriffen werden, eigenes Handeln infrage zu stellen, dies gegebenenfalls zu ändern oder eine Bestätigung des Vorgehens zu bekommen. Moderne Dienstleister hinterfragen sich auch immer wieder selbstkritisch. Zum kundenorientierten Handeln von Verwaltungen gehört auch selbstverständlich, dass wir verständliche Antragsformulare und Bescheide haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Netzwerk von Ansprechpartnern des Bürgerbeauftragten auf kommunaler Ebene, Landesebene und auf grenzüberschreitender Ebene ist Basis für viele unbürokratische Hilfen und Eingehen auf Petenten. Sorgen bereiten weiterhin sicherlich die Eingaben, die das Sozialwesen betreffen. Die Zahl der Eingaben in diesem Sachgebiet hat in diesem Jahr weiter zugenommen. Die Schwerpunkte der Eingaben sind dabei unverändert und betreffen vor allem die Bereiche der Unterkunftskosten, der

Bewilligung bzw. der Fortsetzung von Zahlungen des Arbeitslosengeldes II, die Höhe der gezahlten Leistungen, die Gewährung von einmaligen Beihilfen sowie Beschwerden über die Art und Weise der Bearbeitung.

Im Januar 2005 trat das Zuwanderungsgesetz in Kraft. Damit begann auch die segensreiche Arbeit der Härtefallkommission. Lösungen können – so zeigt es nun auch die Praxis, wie der Bericht das auch darstellt – vermehrt zügig schon im Vorfeld der Härtefallkommission in den Ausländerbehörden vor Ort gefunden werden. Offensichtlich bewirkt die gesetzliche Altfallregelung nach wie vor, dass die Zahl der Eingaben deutlich niedriger ist als in den vergangenen Jahren.

Mit großen und kleinen Anliegen wandten sich wieder Hunderte von Inhaftierten der Justizvollzugsanstalten an den Bürgerbeauftragten. Grundsätzlich hat die Strafvollzugskommission als Unterausschuss des Petitionsausschusses in den letzten Jahren in alle Justizvollzugsanstalten Einblick gewinnen können. Der Bürgerbeauftragte sorgt nachhaltig durch das persönliche Gespräch vor Ort mit den Inhaftierten und dann der Leitung und im Justizministerium dafür, dass der Strafvollzug ein Stück mehr auf die Rechte achtet und die Zeit der Haft humaner gestaltet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bericht des Bürgerbeauftragten geht aber auch auf die Weiterentwicklung des Petitionsrechtes ein. Die Einführung der öffentlichen Petition wird von ihm als nächster Schritt bezeichnet. Bei der Besprechung des Jahresberichtes 2008 des Bürgerbeauftragten hatten dies für die SPD-Fraktion die Kollegen Peter Wilhelm Dröscher und Dieter Burgard im Dezember 2009 angekündigt. Die Beratungen in der SPD-Fraktion mit dem Ziel, die rechtlichen Voraussetzungen für öffentliche Petitionen zu schaffen, wurden im Frühjahr dieses Jahres fortgesetzt. Hilfreich war dabei auch ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes vom April 2010 unter dem Titel „Einführung von Online-Petitionen“.

Zusammenfassend kann ich für meine Fraktion erklären, dass wir noch vor der Sommerpause die öffentliche Petition in die parlamentarische Beratung einbringen werden.

(Beifall der SPD)

Petitionen, die von allgemeinem Interesse sind, können dann per Internet von einer größeren Zahl von Bürgerinnen und Bürgern unterstützt und diskutiert werden. Mit dieser zeitgemäßen Weiterentwicklung des Petitionsrechts werden die positiven Erfahrungen von der Bundesebene auf die Landesebene in Rheinland-Pfalz übertragen. Rheinland-Pfalz ist damit das zweite Bundesland nach Bremen, das die öffentliche Petition einführen wird. Ich hoffe, dass wir gemeinsam mit den anderen Fraktionen die rechtlichen Voraussetzungen für öffentliche Petitionen schaffen. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD im Petitionsausschuss erwarten auch hier wie in den vergangenen Jahren eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, so dem Bürgerbeauftragten, der Landtagsverwaltung und den Ausschusskolleginnen und -kollegen der beiden anderen Fraktionen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Abschluss danke ich noch einmal für die Kolleginnen und Kollegen der SPD im Petitionsausschuss dem ausgeschiedenen Bürgerbeauftragten Ullrich Galle für seine Arbeit. Über 15 Jahre hinweg hat er kompetent, engagiert und bürgernah dieses Amt ausgeführt. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die wir gemeinsam hatten, kann mit Sicherheit zum Wohle der Bürger beschrieben werden.

Auch dem stellvertretenden Bürgerbeauftragten, Herrn Schöpflin, mit dem kompetenten Arbeiterteam danke ich im Namen der SPD-Fraktion sehr herzlich. Dies ist mehr als eine Pflichterfüllung. Es ist Respekt vor der Bewältigung der nicht einfachen Aufgabe, Tausenden von Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, dass sie mit ihren kleinen und großen Anliegen Resonanz finden und einvernehmliche Abhilfe das unermüdliche Ziel ist. Die Bürger wissen, Petitionsrecht ist ihr gutes Recht.

Dem neu gewählten Bürgerbeauftragten Dieter Burgard wünsche ich bei seinen nicht leichten Aufgaben in diesem Amt viel Glück und Erfolg. Seine bisherige jahrelange Tätigkeit im Petitionsausschuss als Sprecher meiner Fraktion hierzu haben ihm umfangreiche Erfahrungen in diesem Aufgabengebiet beschert. Er hat damit beste Voraussetzungen, um in seinem Amt erfolgreich bestehen zu können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Rita Wagner von der FDP-Fraktion.

Abg. Frau Wagner, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle wissen, wie schwierig es mitunter für die Bürger ist, das für sie oft unverständliche Handeln der Behörden in jeder Nuance nachvollziehen zu können. Jeder Abgeordnete bekommt im Laufe der Zeit Eingaben von besorgten Bürgerinnen und Bürgern, die sich nicht mehr anders zu helfen wissen, weil sie Probleme mit dem Staat oder mit Ämtern haben.

Das Amt des Bürgerbeauftragten ist besonders für diejenigen geschaffen worden, die im Umgang mit Ämtern und Behörden in problematischer Situation Hilfe benötigen. Oft liegen die Ursachen solcher Probleme Jahre oder Jahrzehnte zurück, sodass sie nicht immer gleich klar ersichtlich sind. Oft ist das Klima zwischen Verwaltung und Bürger aufgrund wechselseitiger Vorwürfe und Missverständnisse vergiftet und die Situation festgefahren. Oft ist bereits bei der Bürgerin oder dem Bürger Resignation eingetreten. Hier kann die Einrichtung des Bürgerbeauftragten als neutrale Stelle versuchen, zu

vermitteln und dabei mehr erreichen, als wir das als Abgeordnete tun können.

Herr Galle hat sich über lange Jahre hinweg mit Souveränität und Einsatz seiner Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gewidmet. Hierfür gebühren ihm unser aller Dank und unsere höchste Anerkennung.

(Beifall der FDP und der SPD)

Der Bürgerbeauftragte besteht aber nicht allein aus einer Person, sondern er ist eine Institution des Landes. Daher möchte ich Dank und Anerkennung auch gegenüber jenen aussprechen, die hinter den Kulissen im Büro des Beauftragten tätig sind und ihn tatkräftig unterstützen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Der Bericht informiert in gewohnt sachlicher und ausführlicher Form über die Tätigkeit des Bürgerbeauftragten und über die von ihm im Einzelnen vorgenommenen Maßnahmen und umfangreichen Aktivitäten.

Ohne jetzt im Einzelnen die Zahlen und Beispiele zu wiederholen, zeigt der Bericht meiner Einschätzung nach eines sehr deutlich: In der heutigen Zeit ist der Bürgerbeauftragte für viele Bürgerinnen und Bürger mehr denn je eine wertvolle Hilfe.

Gestatten Sie mir dennoch einen kurzen Exkurs. Die Arbeit des Bürgerbeauftragten ist nicht immer einfach. Petenten pflegen gelegentlich einen Ton, eine Wortwahl, die jeden Respekt vermissen lassen. Wären wir beim Fußball, so müsste man die gelbe oder gegebenenfalls rote Karte zücken. Ein respektvolles Miteinander in allen Fällen sollte das Ziel sein. Eine Etikette wäre manchmal ganz nett.

Ich bin zuversichtlich, dass Herr Burgard das von Herrn Galle gut bestellt hinterlassene Feld weiter pflegen und ausbauen wird. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit dem Bürgerbeauftragten und wünsche Herrn Galle bereits an dieser Stelle für die Zukunft alles Gute und danke ihm gerne noch einmal im Namen meiner Fraktion für das in der Vergangenheit für die Bürgerinnen und Bürger Erreichte.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Wir sind damit für heute am Ende der Behandlung der Tagesordnungspunkte angelangt. Ich lade Sie zur 90. Plenarsitzung für morgen, Donnerstag, den 27. Mai 2010, 09:30 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

E n d e d e r S i t z u n g: 18:35 Uhr.